Donnerstag, 19. Juli 1984 - D *

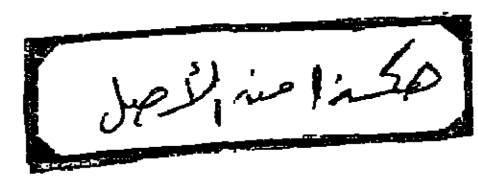
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 167 - 29.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 36,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.



POLITIK

Steuerreform: In der FDP denkt man immer noch daran, die geplante Steuerreform mit einem Volumen von 20,2 Milliarden DM in nur einem Schritt zum 1. Januar 1986 zu verwirklichen. Das hat der Vorstand der bayerischen Liberalen *einstimmig vorgeschlagen.* Auch FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher signalisierte auf der Sitzung Zustimmung, wenn der Überschuß der Bundesanstalt für Arbeit tatsächlich drei Milliarden DM betragen sollte. Auch die CSU *hatte sich ursprünglich gegen die* vom Kabinett beschlossene Zwei-Stufen-Lösung ausgesprochen. (S. 4)

Prozeß ausgesetzt: Das Verfahren gegen vier Mitglieder des polnischen Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR) ist gestern in Warschau ausgesetzt worden. Angehörige der Angeklagten hoffen, daß sie nun unter die bevorstehende Amnestie fallen werden.

Ägypten rüstet: Von 1985 an soll das moderne französische Kampfflugzeug Mirage 2000 in Kairo montiert werden. (S. 6)

Grenzkontrollen: Der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Boeden, hat sich für „Ersatzlösungen" anstelle der jetzt wegfallenden regelmäßigen Grenzkontrollen an der Grenze zu Frankreich und nach Belgien ausgesprochen. *Auch müsse die grenzüberschreitende* Zusammenarbeit bei der Fahndung verbessert werden.

Wieder Gespräche: Erstmals seit dem Falkland-Krieg im Frühjahr 1982 haben England und Argentinien *wieder Gespräche geführt.* Delegationen beider Länder trafen sich gestern abend in Bern. (S. 8)

Kühler Gruß: Ohne den sonst üblichen überschwenglichen Tenor hat das SED-Zentralkomitee seine Glückwunsch-Adresse zum 75. Geburtstag des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko verfaßt. (S. 6)

Heute: Nominierung des Spitzenkandidaten der Demokratischen Partei für die US-Präsidentschaftswahlen. – Premier Fabius stellt neues französisches Kabinett vor.

WELT-Serie zum 20. Juli 1944 (I)

Am 20. Juli jährt sich zum 40. Mal der Tag, an dem Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg ein Attentat auf Hitler verübte. Das historische Datum hat heute Symbolwert für den Widerstand im Dritten Reich. Seite 7

WIRTSCHAFT

Forstwirtschaft: Das Bundeskabinett hat Ernährungsminister Kiechle mit der Prüfung zahlreicher Hilfemaßnahmen zugunsten der Forstwirtschaft beauftragt, die von Beschränkungen des Holzimports bis zur direkten finanziellen und steuerlichen Unterstützung reichen. (S. 9)

Werbung: Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) in Bonn erwartet für dieses Jahr ein Wachstum der Werbeeinnahmen um fünf Prozent; vor dem Streik allerdings hatte die Prognose auf sechs Prozent gelautet. Werbeumsätze über 14 Milliarden Mark.

Börse: Nach anfänglichen Kursgewinnen gaben die Aktien im weiteren Verlauf nach. WELT-Aktienindex 138,5 (138,2). Am Rentenmarkt notierten öffentliche Anleihen weitgehend unverändert. Dollar-Mittelkurs 2,8515 (2,8420) Mark. Goldpreis je Feinunze 346,25 (347,15) Dollar.

KULTUR

Gidon Kremer: „Lockenhauser Kammermusikfest" – das ist für avancierte Musikfreunde eine feste Institution. Kremers anspruchsvolle Festspielkonzeption – 14 lange Kammerkonzerte in zwei Juli-Wochen – ist 1984 glanzvoll aufgegangen, obwohl er sich trotz der Konkurrenz in Wien und Salzburg ganz auf Mozart kapriziert hatte. (S. 15)

Schneede geht: Der Direktor des Hamburger Kunstvereins, Uwe Schneede, hat zum Jahresende gekündigt, um voraussichtlich eine neugeschaffene Professur für die Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität München oder eine andere Position zu übernehmen. In seiner elfjährigen Tätigkeit hat Schneede 65 Ausstellungen veranstaltet.

ZITAT DES TAGES



» Öffnen Sie die Tür, wenn wir anklopfen. Arbeiten Sie mit der *Wirtschaft El Salvadors zusammen!* «

José Napoleon Duarte, Präsident der Republik El Salvador, zu Repräsentanten der deutschen Wirtschaft (S. 8) FOTO: DPA

SPORT

Tennis: Björn Borg wird nach seiner Niederlage in Stuttgart in diesem Jahr kein Turnier mehr bestreiten. 1985, „nach besserer Vorbereitung", will er ein neues Comeback versuchen. (S. 14)

Olympia: IOC-Präsident Samaranch hat dem Organisations-Komitee von Los Angeles „hervorragende Arbeit" bescheinigt. Er ist überzeugt, „daß diese Spiele ein großer Erfolg werden".

AUS ALLER WELT

Apollo-Chef gestorben: Im Alter von nur 58 Jahren ist der 1926 in Wien geborene ehemalige Chef des amerikanischen Apollo-Mondlande-Programms, George M. Low, gestorben. Low war 1940 mit seinen Eltern in die USA eingewandert. Er hat 27 Jahre lang bei der Nasa gedient.

Freund und Helfer: Mit einer Stafette von Autobahn-Polizisten, die ihre regulären Streifenfahrten unternahmen, ist das Gepäck eines jungen Trampers aus den Niederlanden vom Grenzkontrollpunkt Aachen bis in den Hunsrück „nachgesandt" worden. Der junge Mann hatte, begeistert über eine neue Mitfahrgelegenheit, seine Reisetasche mit Paß und Geld in einer Wechselstube vergessen.

Wetter: Wolkig, weiter zu kühl.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der neue Premier will die „Modernisierung Frankreichs"

Fabius gibt heute seine Regierungsliste bekannt / Spekulation um die KPF

A. GRAF KAGENECK / DW. Paris

Einen Tag vor der Bekanntgabe des neuen französischen Kabinetts des Premierministers Laurent Fabius *konzentrierten sich gestern die* politischen Spekulationen in der französischen Hauptstadt auf die Frage, ob weiterhin kommunistische Minister an der Regierung beteiligt werden. Dem bisherigen Kabinett hatten vier kommunistische Minister angehört.

Das Parteiorgan der KPF, „L'Humanité", berichtete nur die Nachricht über den Regierungswechsel. Zuvor hatte es in einer Verlautbarung des am Vorabend zusammengetretenen Politbüros geheißen, der Regierungswechsel ändere nichts an der Tatsache, daß die 1981 vereinbarte Politik nicht mehr eingehalten werde und zu ihr zurückgekehrt werden müsse.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Rücktritts der französischen Regierung soll sich der Kommunist Jack Ralite, bisher Staatssekretär für den Arbeitsmarkt, für den Austritt der Kommunisten aus der Regierung ausgesprochen haben. Seine kommunistischen Kabinettskollegen Anicet Le Pors und Marcel Rigout hätten sich dagegen für die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung eingesetzt, berichtete die Pariser Zeitung „Le Monde" am Mittwoch.

Die wichtigsten Politiker der KPF wurden gestern abend vom Premierminister empfangen. Die KPF-Führung wollte vor der für 21 Uhr angesetzten Sitzung des Zentralkomitees der Partei die Bedingungen einer weiteren Regierungsbeteiligung der Kommunisten bei Fabius erkunden.

Die drei KP-Politiker – Generalsekretär Georges Marchais, der bisherige Verkehrsminister Charles Fiterman und der Vorsitzende der KP-Fraktion in der Nationalversammlung André Lajounie – gaben beim Betreten des Amtsitzes von Fabius keine Erklärungen ab. Marchais hatte wegen der Regierungsumbildung seinen Rumänienurlaub unterbrochen.

SEITE 2:
Julitheater mit Umbesetzung

Nach der Sitzung teilte Marchais lediglich mit, daß die KPF von der neuen französischen Regierung eine entschlossene Wachstumspolitik gefordert habe, mit der die Arbeitslosigkeit in Frankreich bekämpft werden soll.

Marchais machte keine Angaben darüber, ob Fabius in einer Weise antwortete, die der KPF die weitere Beteiligung an der Regierung ermögliche. Er wolle zunächst seinem Zentralkomitee berichten.

Die KPF hatte den Regierungskurs *in den letzten Monaten* zunehmend kritisiert. Die Ernennung von Fabius dürfte ihre Besorgnis eher verstärkt haben, da der bisherige Industrieminister als Verfechter der industriellen Sanierung und einer strengen Sparpolitik gilt, während die KP vor allem Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit fordert.

In Regierungskreisen und in der Sozialistischen Partei wird eine Aufkündigung des drei Jahre alten Regierungsbündnisses der beiden Linksparteien für unwahrscheinlich gehalten. Trotz immer härter gewordener Kritik der Kommunisten an der Politik Mitterrands und Mauroys, die als „Trend zu einer Rezentralisierung

● Fortsetzung Seite 8

Esser: Streik hat Spannungen erzeugt

Dennoch zu Gesprächen mit Gewerkschaften bereit / Arbeitsmarkt nicht entlastet

DW. Köln

Eine Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, verlangt, „damit wir uns das leisten können, was wir uns zur Zeit *nicht so ohne weiteres leisten können*". In einem WELT-Interview plädierte Esser auch dafür, daß sich die deutsche Wirtschaft alles zu eigen mache, „was an technologischer Entwicklung in der Luft liegt". Bei einem realen Wirtschaftswachstum von drei Prozent könnten etwa 250 000 Arbeitsplätze entstehen. Esser widersprach entschieden der These, daß durch Arbeitszeitverkürzungen Arbeitsplätze geschaffen würden. Das Gespräch mit Esser führten Herbert Kremp und Manfred Schell.

WELT: Was hat der Streik die deutsche Wirtschaft gekostet?

Esser: Es handelt sich um Milliardenausfälle. Daran gibt es gar keinen Zweifel, auch wenn die Verluste von Branche zu Branche sehr unterschiedlich sind. Der Bundesbankpräsident hat davon gesprochen, daß sich die Annahme, wir würden ein reales Wirtschaftswachstum von 3 bis 3,5 Prozent erreichen, deshalb im Jahre 1984 nicht erfüllen wird.

WELT: Machen Sie sich diese Einschätzung zu eigen?

Esser: Ich neige sehr stark dazu, hoffe aber, daß wir, wenn Nachholprozesse *intensiv einsetzen, doch in die Nähe* von drei Prozent Wirtschaftswachstum kommen werden.

WELT: Wie stark hat unsere Exportindustrie durch die Arbeitskämpfe gelitten. Im Ausland hört man immer wieder, daß abgesehen von der Qualität deutscher Produkte und der Qualität unserer Montagekapazitäten die fristgerechte Lieferung zu den hervorragenden Merkmalen der deutschen Wirtschaft gehört?

Esser: Es ist in der Tat so, daß die Service-Leistung, die Zuverlässigkeit und die Qualität der deutschen Exportwirtschaft uns einen guten Ruf eingebracht haben. Wir sollten alle Kraft daran setzen, daß dieses auch nach den Auseinandersetzungen so bleibt. Begreiflicherweise hat es im Ausland verbreitetes Unverständnis gegeben über unsere Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzungen.

WELT: Kommen wir zu den psychologischen Auswirkungen des Arbeitskampfes. Sind hier Brüche im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zurückgeblieben?

Esser: *Man muß hierbei eine Unterteilung* vornehmen nach dem Verhältnis zwischen Unternehmensleitungen in breitestem Sinne und Belegschaften in den Werken, die mittelbar oder unmittelbar durch den Streik betroffen waren. Durch die Art und Weise, wie der Arbeitskampf geführt worden ist, gibt es ein Spannungspotential. Denken Sie nur daran, daß sich streikende und arbeitswillige Arbeitnehmer gegenübergestanden haben. Das ist nun die Aufgabe der Betriebe, hier wieder zu einer Annäherung zu kommen. Der zweite Bereich betrifft das Verhältnis zwischen den Arbeitgeber-Verbänden und den Gewerkschaften. Hier hat der Streik tiefgreifende Spannungen erzeugt. Die Rechtsverletzungen, die es dabei am laufenden Band gegeben

■ Fortsetzung Seite 6

„Tornado"-Absturz durch Radiowellen?

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Haben die elektromagnetischen Ausstrahlungen des Kurzwellensenders „Radio Free Europe", der in der Nähe von Holzkirchen steht, den Absturz des „Tornado"-Kampfflugzeu*ges vor knapp zwei Wochen* wenn auch nicht ausschließlich verursacht, so doch wesentlich beeinflußt? Auf diese Frage konzentrieren sich die Untersuchungen des Flugunfalls, bei dem ein Schwenkflügler der deutschen Luftwaffe vom Fliegerhorst *Nörvenich (Eifel) in der Nähe* der oberbayerischen Gemeinde Unterlaindern abstürzte. Beide Besatzungsmitglieder wurden dabei getötet.

Der Flugschreiber des „Tornado", der bei dem Absturz automatisch aus der Maschine herausgeschossen wurde und so auch von den Flammen etwaiger Treibstoffexplosionen nicht in Mitleidenschaft gezogen wird, gibt für die Vermutung, daß das elektromagnetische Feld des starken Senders die Avionik des Flugzeuges beeinträchtigt habe, entsprechende Hinweise. Nach den Aufzeichnungen des „crashrecorders" flog der „Tornado" in 230 Meter *Höhe* mit 800 Kilometer pro Stunde in der Nähe der Antennenmasten von „Radio Freies Europa" vorbei, das Sendungen in osteuropäischen Sprachen in die Länder des Ostblocks richtet. Dabei wurde das elektronische Steuerungssystem der Maschine gestört. Als Folge davon stellten sich die Tragflächen – für die Besatzung völlig unerwartet – aus ihrer horizontalen Lage senkrecht. Das Flugzeug verlor dadurch sehr schnell an Höhe. Den beiden erfahrenen Offizieren blieb nicht mehr die Zeit, durch Gegensteuern am Knüppel wieder in die normale Fluglage zurückzukehren. Fast senkrecht bohrte sich die Maschine in den Boden und explodierte.

Am Dienstag rief der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Eimler, alle für den Flugbetrieb der „Tornado"-Geschwader Verantwortlichen in seinem Stab und der Marine zusammen. Die Offiziere kamen dabei zu dem Schluß, daß „dieser Flugunfall mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine Verkettung mehrerer Faktoren zurückzuführen ist, die in ihrer Summe zum Absturz geführt haben". So hieß es gestern in einer Verlautbarung der Hardthöhe.

Eine der Ursachen ist, daß die Tragflächen des „Tornado" nicht mehr direkt, also mechanisch, durch den Steuerknüppel bewegt werden. Der Steuerknüppel sendet vielmehr elektrische Signale an den Bordcomputer, der wiederum Stellzylinder bewegt, die auf die Steuerflächen wirken. Fachleute nennen das System „Fly-by-wire". Rundfunkwellen können es beeinflussen, ganz besonders, wenn sie sehr energiereich sind. Auf diese Gefahr wird in den technischen Handbüchern für den „Tornado" hingewiesen. Ratlos sind die Experten allerdings deshalb, weil der andere „Tornado", der neben der Unglücksmaschine flog, von den Strahlungen nicht beeinträchtigt worden war.

Demokraten für höheren Verteidigungsetat

TH. KIELINGER, San Francisco

Die Demokratische Partei unterstützt in ihrer Parteitags-Plattform eine Steigerung der Verteidigungsausgaben, allerdings in geringerem Umfang als dies von den Republikanern geplant ist. Damit ist der Vorstoß von Jesse Jackson, die Delegierten des Parteitages zu einer Senkung des Verteidigungsetats zu verpflichten, fehlgeschlagen. Jackson versprach dennoch, für den Spitzenkandidaten zu arbeiten, wer immer das auch sein werde. Die Auflagen zur Begrenzung des Einsatzes militärischer Macht die Senatoren Gary Hart einbrachte, wurden dagegen von den Delegierten akzeptiert. Sie sehen unter anderem vor, „kein amerikanisches Leben aufs Spiel zu setzen oder einseitig militärisch einzugreifen, wo unsere Ziele unklar sind; ... wo die Kräfte des heimischen Landes, die sie unterstützen, sich keine Mühe geben".

Seite 3: Nicht Sieger, aber Star

§-218-Klage: Verfahren wird fortgesetzt

KNA, Mannheim

Das Verfahren gegen die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen wird „im Rahmen der verbliebenen Möglichkeiten" vor dem Sozialgericht Dortmund fortgesetzt. Das kündigte der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin, Rechtsanwalt Wolfgang Philipp, an.

Von der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts, daß die gesetzlich normierte Kassenleistung an Dritte den persönlichen, durch das Mitgliedschaftsverhältnis zur Krankenkasse bestimmten Rechtskreis der Klägerin „nicht berührt", sei seine Mandantin „zutiefst betroffen", betonte Philipp. Die Auffassung, daß die Abtreibungsfinanzierung der Paragraphen 200 f und 200 g der Reichsversicherungsordnung objektiv verfassungswidrig sei, bleibe unwiderlegt.

Seite 8: Kritik am Konzept

Bahr warnt Kreml vor Fortsetzung der Kampagne

DW. Moskau

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat bei seinem gestern in Moskau beendeten Gesprächen auch die von der UdSSR gegen die Bundesrepublik Deutschland geführten Revanchismus-Kampagne angesprochen. Eine Fortsetzung der Kampagne würde Konsequenzen haben, die „auch für die SPD bedeutsam sind".

Bahr sagte, er habe seine sowjetischen Gesprächspartner daran erinnert, daß er bei seinen dem Moskauer Vertrag vorausgegangenen Gesprächen mit UdSSR-Außenminister Gromyko darauf aufmerksam gemacht hätte, daß „eine Normalisierung zwischen unseren beiden Staaten nicht möglich ist, wenn das Ziel der deutschen Einheit, wie es dem Willen der Bevölkerung entspricht und wie es im Grundgesetz niedergelegt ist, unter den Vorwurf des Revanchismus gestellt wird".

Seite 8: Attacken Moskaus

DER KOMMENTAR

Sperrfeuer?

HERBERT KREMP

Die Bundesregierung registriert aufmerksam die Verschärfung des sowjetischen Tones. Die Attacken beziehen sich erstens auf den Beschluß des Rates der Westeuropäischen Union (WEU), die letzten für die Bundesrepublik noch bestehenden Beschränkungen bei der Herstellung konventioneller Waffen (strategische Bomber und Langstreckenraketen) aufzuheben. Sie beziehen sich zweitens auf die Modernisierung der konventionellen Luftabwehr durch die Raketen „Patriot" (USA) und „Roland" (Frankreich). Drittens wird der Bundesrepublik vorgeworfen, neben Militarisierung und Kriegsvorbereitung sei dort eine „Aktivierung von Neonazis" zu beobachten.

Moskau kleidete die Kampagne in eine Demarche seines Bonner Botschafters, der am 10. Juli schriftlich und mündlich gegen *den WEU-Beschluß protestierte.* Die sowjetischen Medien orchestrierten in der Folge alle drei Klagen. Der Stabführung des Kreml folgte als nächster Polen und nun auch die „DDR", die allerdings die gestopfte Trompete benutzte. *Diese Abstufung ist nicht uninteressant.* Die Bedenken des „Neuen Deutschland" gegen den WEU-Beschluß nehmen sich wie eine Pflichtübung aus. Die beiden anderen Themen werden nicht erwähnt. Vor allem aber fehlt jeder Hinweis auf das Potsdamer Abkommen, das im sowjetischen Aide-mémoire herangezogen wird. Die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen, heißt es dort, sei nicht „im Einklang mit dem Geist und Buchstaben" des Abkommens.

Die Bundesregierung war in der geharnischten Antwort auf das Memorandum natürlich mit keinem Wort auf Potsdam eingegangen; das heißt aber nicht, daß man den Hinweis übersehen hätte. Es *ist eine ständige Haltung* der Bundesregierung (nicht erst der gegenwärtigen), daß die Ergebnisse von Potsdam und der anderen alliierten Kriegskonferenzen eine „res inter alios acta", eine Angelegenheit unter Dritten sind, die das Deutsche *Reich nicht* gebunden hat und die Bundesrepublik nicht bindet. Nach den Regeln des Völkerrechts begründen vertragliche Übereinkünfte für einen Drittstaat ohne dessen Zustimmung weder Pflichten noch Rechte. Deutschland war an der Potsdamer Konferenz nicht beteiligt.

Über den Zweck der sowjetischen Kampagne kann die Bundesregierung nur Vermutungen anstellen. Vielleicht feiert *Gromyko* seinen Geburtstag auf einschlägige Art. Man könnte sich allerdings denken, daß die Dissonanzen eine gezielte Begleitmusik zu Honeckers Besuchsplänen darstellen. Der Staatsratsvorsitzende reist zu „Revanchisten", wenn wir die Sowjets richtig verstehen.

Honecker kommt am 26. September

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker soll am Mittwoch, dem 26. September, zu seinem angekündigten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland eintreffen. Honecker soll bis zum 29. September bleiben und sich in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und vermutlich auch Bayern aufhalten.

Auf diesen Zeitraum haben sich nach Informationen der WELT aus dem Berliner Senat die Bundesregierung und Ost-Berlin bereits seit längerem verständigt. Spätestens im August sollen die Vorgespräche über eine Reihe von Erleichterungen, die die „DDR" vor oder nach dem Besuch Honeckers einseitig in Kraft setzen müßte, abgeschlossen sein.

Honecker wird voraussichtlich erst Ende Juli von seinem Urlaub auf der Ostseeinsel Vilm nach Ost-Berlin zurückkehren. Erst danach werden auf „DDR"-Seite die Entscheidungen darüber fallen, zu welchen Konzessionen auf humanitärem Gebiet Ost-Berlin gegenüber Bonn bereit ist.

In Bonn wird damit gerechnet, daß Honecker lediglich mit einer kleinen Delegation anreist. Ihr gehören vermutlich neben seinem engsten Mitarbeiter Frank-Joachim Herrmann, dem Leiter der Staatsrats-Kanzlei, Honeckers designierter Nachfolger Egon Krenz, Außenminister Oskar Fischer sowie der erst im Mai ins Politbüro aufgerückte deutschlandpolitische Experte und SED-Kontaktmann zur DKP, Professor Herbert Häber, an.

Am Kanal wächst der Zorn der Lkw-Fahrer

wth. London

Die Bemühungen um die Beendigung des Hafenarbeiterstreiks in Großbritannien endeten ergebnislos. „Eine Lösung ist heute so fern wie am ersten Streiktag", erklärten die Funktionäre der Hafenarbeiter-Gewerkschaft. Die Möglichkeit, daß die Regierung Notstandsmaßnahmen ergreift, ist damit näher gerückt.

In den Häfen beiderseits der Kanalküste, wo Hunderte von Lastwagen wegen der britischen Hafenblokkade gestrandet sind, wächst der Zorn der Fahrer über diesen Streik. In Calais revanchierten sich die Lastwagenfahrer, indem sie mit ihren Wagen die Zugangsstraßen zum Hafen versperrten und damit den Passagierverkehr blockierten.

Die britischen Docker hatten bisher den Passagierverkehr von ihren Streikaktionen ausgenommen, um nicht vollends das Wohlwollen der britischen Öffentlichkeit zu verlieren. In Calais kam es wegen der Gegenaktion der Fahrer zu ersten schweren Störungen im Passagierverkehr. Einige Fähren mußten stillgelegt werden, andere wurden nach Ostende und Dünkirchen umgeleitet. Auf der anderen Seite des Kanals, wo vor Dover 180 Lastzüge stillgelegt wurden, erwägen die Fahrer, unter ihnen zahlreiche Deutsche, ähnliche Gegenmaßnahmen.

Obwohl einige Gemüse- und Obstladungen in den Wagen an der französischen Küste verdorben sind, hat es noch keine ernsten Versorgungsschwierigkeiten in Großbritannien gegeben.

G

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Reagans Kielwasser

Von Thomas Kielinger

Im farbigen Ablauf des Demokraten-Parteitages hat man bisher übersehen, daß es auch so etwas wie ein Wahlprogramm gibt, mit dem die Partei das Ufer der Präsidentschaft erreichen will. Was gibt sie her, diese „Platform"?

Erste Erkenntnis: Der Tenor der politischen Debatte Amerikas wird weiterhin von den Republikanern bestimmt. Die Demokraten erwähnen nicht einmal viele ihrer alten Lieblingsideen: Arbeitsbeschaffungsprogramme, Erweiterung des öffentlichen Korridors, Sozialreformen wie neue Gesundheitsgesetzgebung und dergleichen. Nur milde wird von Korrektur an der Reaganschen Steuerpolitik gesprochen, von Hilfe für Schulen und Erziehungsprogramme. Auch protektionistische Anwandlungen wurden weitgehend unterdrückt. Dafür ist man für Erhöhung des Verteidigungsetats. Das gibt alles nicht viel her für SPD-Polemik gegen Reagans Amerika, im Unterschied zum angeblich guten Amerika der angeblich abrüstungswilligen Demokraten. Gesenkt soll nur die Wachstumsrate des Verteidigungsetats werden, nicht etwa der Etat selber. Ach ja, und die MX und der B-1-Bomber sollen wieder abgeschafft werden.

Widersprüche auch in der Außenpolitik: die „sowjetische Bedrohung" und die Notwendigkeit einer „starken nationalen Verteidigung" werden bemüht. Aber dann setzte Gary Hart einen Katalog solcher Einschränkungen der militärischen Bewegungsfreiheit durch, daß die USA in Zukunft hilflos wie ein Gulliver in Liliputanerfäden festlägen. Mondale wird noch einmal bereuen, diesen Forderungen zugestimmt zu haben: sie sprechen seinem Ruf nach amerikanischer Stärke hohn.

Hohn sprechen in diesen Tagen auch die Sowjets den Behauptungen der Demokraten, Reagan verweigere den Dialog mit dem Kreml und bringe die Welt an den Rand nuklearer *Katastrophen. Soeben wurde in Washington das neue Abkommen* über eine Verbesserung des „heißen Drahts" geschlossen, und Weltraumwaffen-Abrüstungsgespräche dürften im September starten. Diese Überraschungen scheinen so gar nicht auf der Linie sowjetischer Taktik zu liegen, Reagan bei der Wiederwahl nicht behilflich zu sein.

Jetzt sieht es eher so aus, als wollten die Sowjets Walter Mondale auf seiner Plattform zum Kentern bringen.

Hilfe für Duarte

Von Bernt Conrad

José Napoleon Duarte hat in Bonn die Unterstützung erhalten, die er als demokratisch gewählter Präsident der Republik El Salvador erwarten durfte. Wenn es eine Hoffnung für das nun schon jahrelang vom Bürgerkrieg erschütterte, von Links- und Rechtsextremisten in die Zange genommene mittelamerikanische Land gibt, dann verkörpert sie Duarte. Ihn zu stärken, liegt im Interesse der Menschen von El Salvador und dient der Stabilisierung der gesamten Region.

Erfreulicherweise hat die Koalition das erkannt und daraus nützliche Schlußfolgerungen gezogen. Dabei ist die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe, die sich in der konkreten Bereitstellung von 50,6 Millionen Mark im Rahmen der finanziellen *und technischen Zusammenarbeit niedergeschlagen hat,* mindestens ebenso wichtig wie der politische Zuspruch, der Duarte von Kohl, Weizsäcker und Genscher zuteil wurde. El Salvadors Wirtschaft muß angekurbelt werden. Ohne Wachstum - darauf hat der Präsident unmißverständlich hingewiesen - sind dauerhafte Lösungen, vor allem auch der bitteren sozialen Probleme, in seinem Lande nicht möglich.

Es ist zu hoffen, daß die deutsche Industrie dem Appell des Präsidenten: „Öffnen Sie die Türen, wenn wir anklopfen" Folge leisten wird. Die noch vorherrschende Zurückhaltung ist zwar verständlich. Aber sie muß überwunden werden, wenn nicht Enttäuschung das demokratische Experiment in El Salvador ernsthaft gefährden soll.

Dies wäre jenen nur allzu recht, die jede Hilfe für die sandinistische Diktatur in Nicaragua bejahen, Duarte jedoch als „Komplizen des Völkermords" diffamieren. Den politisch einäugigen Demonstranten, die „Duarte raus aus der BRD" rufen und der Bundesregierung „vasallenhafte Gefolgschaft der Reagan-Politik" vorwerfen, geht es natürlich nicht um Demokratie und Menschenrechte in Mittelamerika oder anderswo. Es ist ein gutes Zeichen, daß die Bundesregierung wenigstens hier, entgegen dem Druck der vasallenhaften Gefolgschaft einer wirklichen Diktatur, auf dem Teppich bzw. auf dem Sofa geblieben ist.

Berliner Privatamnestie

Von Enno v. Loewenstern

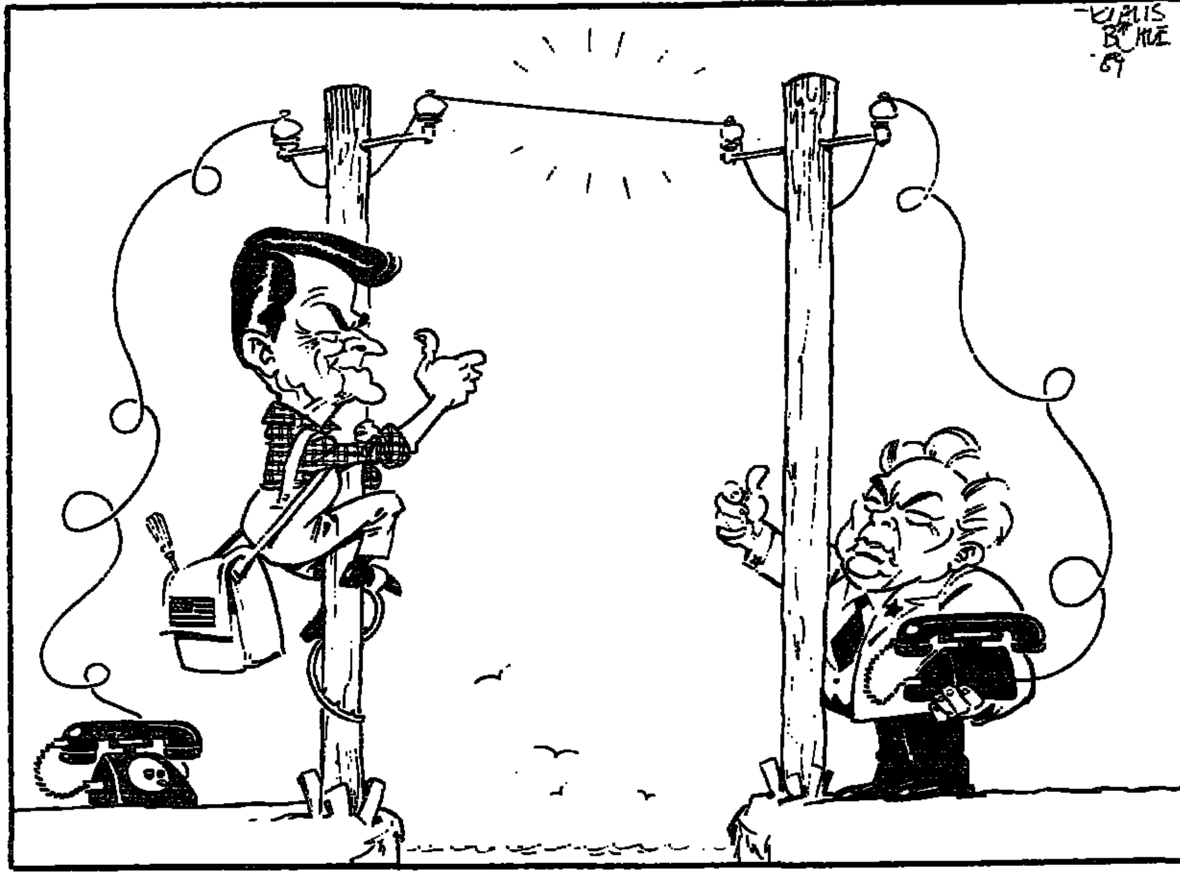
Eine Amnestie für Parteispender soll es nicht geben. Aber Gewalttäter sollen amnestiert werden, und wenn der Rechtsstaat sich doch noch geniert, dann eben über eine Privatamnestie. Die Verfahren gegen Berliner Hausbesetzer sollen dadurch abgewürgt werden, daß die Hausbesitzer ihre Strafanträge wegen Hausfriedensbruchs zurücknehmen.

Richtiger: daß sie zur Zurücknahme genötigt werden. Die unterschwellige Kampagne in Berlin läuft schon lange. Manchen privaten Hausbesitzern hilft man durch Telephonterror und andere bewährte revolutionäre Mittel auf die Sprünge. Auf *die Neue Heimat als hauptsächlich betroffenem Hausbesitzer* wächst indessen der Druck einer sich bereits drohend formierenden städtischen Koalition der Zukunft aus SPD, Alternativer Liste und radikalen Kräften in Kirche und Gewerkschaften. Das derzeitige Sommerloch an geistiger Führung in der Stadt ermutigt den Druck.

Das Alibi heißt „Wiederherstellung des Rechtsfriedens". Tatsächlich bewirkt man natürlich das Gegenteil, wenn man Gewalttätern zeigt, daß sie letztlich nichts riskieren und folglich jederzeit neu anfangen dürfen. Die Sympathisanten wissen, was sie tun. Hoffentlich weiß es auch die Stadtregierung.

Zumal da eine delikate Frage ungeklärt geblieben ist. Die Hausbesetzer haben in aller Regel Strom und Wasser abgezapft, ohne zu bezahlen. Diese Straftaten sind Offizialdelikte; sie müssen von Amts wegen verfolgt werden. Verfolgt die Staatsanwaltschaft sie? Oder haben die Hauseigentümer sich auch noch erpressen lassen, die ausstehenden Rechnungen zu bezahlen?

Die Berliner Strom- und Wasserwerke jedenfalls sind zu keiner Privatamnestie aus den Taschen der übrigen Gebührenzahler berechtigt. Sollte man meinen – aber was wissen wir über die neueren Entwicklungen des Rechtsstaates.



Neu gespannt KLAUS BÖHLE

Julitheater mit Umbesetzung

Von August Graf Kageneck

Das Sommertheater findet nicht am Rhein, sondern an der Seine statt. Der Spielplan bringt *eine kunstvoll arrangierte Serie* von Donnerschlägen, die den Zuschauer am Einschlafen hindern. Das Volk verlangte die Absetzung gewisser Stücke. Der Souverän trug dem Rechnung. In Frankreich wird über die Straße noch etwas bewegt – wie vor 195 Jahren. Damals wie heute ging es um Freiheiten. Heute wie damals wirbeln Köpfe.

Der Rücktritt des Premierministers Pierre Mauroy war längst fällig. Aber er bedurfte eines Anstoßes. Zwei Millionen Demonstran*ten lieferten ihn am 24. Juni, als* Paris von den Rufen nach dem Freiheitsrecht widerhallte, über die Erziehung seiner Kinder selber bestimmen zu können. Acht Tage vorher hatten dreißig Millionen Wähler die Europawahl dazu benutzt, die Sieger von 1981 wieder in die Schranken zu weisen, hinter denen sie seit Gründung der 5. Republik so lange vegetiert hatten: ein knappes Drittel des Stimmenaufkommens.

Es war eine unvermeidliche Quittung. Etwas weniger als die *Hälfte der Franzosen hatte im* Mai 1981 ingrimmig der Linken das Feld überlassen müssen, das man 23 Jahre lang behauptet hatte. Mit Belustigung zunächst, dann mit Schrecken hatte man zugesehen, wie Sozialisten und Kommunisten nun den Acker auf ihre Weise bestellten oder entstellten. Und das Volk der Linken jubelte. Manna ergoß sich über die Unterprivilegierten. Der Reiche wurde brutal geschröpft. Nicht aus wirtschaftlichen Zwängen, sondern aus ideologischer Verbohrtheit. Es herrschte die Stunde der Gnade, der berauschenden Zukunftserwartungen und der süßen Rache.

Der Katzenjammer folgte der Hybris. Schon nach vierzehn Monaten stand man vor dem Scherbenhaufen einer dilettantisch angelegten Wirtschaftspolitik. Das Steuer wurde so brutal herumgerissen, daß viele Passagiere ins Wasser geschleudert wurden. Die Gefoppten tobten. Nun gab es plötzlich nicht mehr das Volk der Linken, sondern das schnell wachsende Heer der „Enttäuschten des Sozialismus". Schlag um Schlag zahlten die Wähler den Verführern ihre Frevel heim. Nun mußten Männer mit Erfahrung und Augenmaß her, um das Staatsschiff wirtschaftlich wieder flottzumachen. Um den ho*hen Preis, neue Schichten von Ent*täuschten zu mobilisieren. Der Name Jacques Delors steht für diese Phase opfervoller Sanierung.

Sie war im Begriff, Früchte zu tragen. Das Wort des glücklosen Pierre Mauroy nach der dritten Franc-Abwertung im März 1983, alle Ampeln der Wirtschaft stünden nun wieder auf Grün, schien sich achtzehn Monate später doch noch zu bestätigen. Da machte das Regime den verhängnisvollen Fehlgriff, der Nation eine Schulreform aufzuzwingen, die den jahrhundertealten Dualismus des Bildungswesens zugunsten einer staatlich-öffentlichen, gleichmacherischen, ohne Zweifel sozialistisch orientierten Einheitsschule aufhob. Mit nachtwandlerischer Fatalität schaufelte man sich selber das Grab. Hatte das Volk mit Murren die Austerity hingenommen, die alle Versprechungen von 1981 über Nacht in ihr Gegenteil verkehrt hatte, so ging es hier um ein „unverfremdbares Gut" (Mitterrand), das seit 1789 als erstes der drei Grundpostulate der Revolution in die Gesetzestafeln der Republik gemeißelt ist: Die Freiheit des Bürgers vor dem Zugriff des Staates.

Mitterrand hat ein zu feines Gespür für politische Grundwellen, um nicht zu fühlen, daß der Rubikon nun überschritten worden war.



Es raste der See und erhielt sein Opfer: Mitterrand mit dem zurückgetretenen Premier Mauroy FOTO. DPA

Die Prärogativen, welche die 5. Republik dem höchsten Mann im Staate einräumt, boten ihm aller*dings auch die Mittel, die Lage* wiederherzustellen. Der Präsident handelte schnell und entschlossen in drei Akten: Rückzug des Schulgesetzes, Ankündigung einer Verfassungsänderung zur Ausweitung des Volksentscheids, Wechsel des Premierministers. Ein reinigendes Gewitter an den Iden des Juli, rechtzeitig zum Nationalfeiertag, der an jenen Straßensturm vor knapp zwei Jahrhunderten erinnert. Vor wolkenlosem Himmel – wenn auch nur in der Natur, nicht in übertragenem Sinne – kündigt sich nun die zweite Ära des Sozialismus an. Was für eine – die eines Sozialismus à la française, wie Mitterrand ihn in berechneter Unschärfe seit drei Jahren skizziert: eines reinen und harten, eines dramatischen Sozialismus unter der Stabführung eines 37jährigen Technokraten aus der Elite der Grande Nation, der gewiß kein Marxist ist? Eines Sozialismus, womöglich, ohne die Kommunisten? Alles, was man weiß, ist, daß Mitterrand die Führung voll in der Hand hat und daß er dramatischer Effekte willens und fähig ist. Was man nicht weiß, ist, ob dem Wähler diese Effekte genügen.

Frankreich hat wirtschaftspolitisch nicht nur vieles versäumt, sondern vieles aus ideologischen Gründen gezielt falsch gemacht zu einer Zeit, als nun gerade eine marktwirtschaftliche Orientierung auf die rasch heraufziehende Zukunft viel inneren und äußeren Protektionismus beseitigen mußte, als eine in vieler Hinsicht bequem gewordene Gesellschaft sich dem rauhen Wind des Wettbewerbs stellen mußte und gerade nicht auf die sozialistische Scheinbequemlichkeit gewiesen werden durfte. Wenn das Gespann Mitterrand–Fabius eine echte Ideologendämmerung inszeniert, wenn es einen Sozialismus ohne sozialistischen Inhalt schafft, dann kann der Anschluß gelingen – aber welche Wähler es der Partei danken sollen, ist eine andere Frage. Die Franzosen sind pragmatisch, scharfsinnig und gefühlsbetont. Mitterrand hat sich bei der letzteren Eigenschaft sehr lange aufgehalten.

IM GESPRÄCH Laurent Fabius

L'egghead sportif

Von August Graf Kageneck

Zwischen der Planwirtschaft und Ihnen, Herr Rocard, gibt es den Sozialismus." Der Mann, der den Führer des rechten Flügels der Sozialistischen Partei auf dem Parteikongreß in Metz 1979 mit derart griffiger Formel in die Schranken wies, ist heute mit 37 Jahren der jüngste Regierungschef der 5. französischen Republik. Damals sorgte Laurent Fabius, erst seit fünf Jahren zur Partei Mitterrands gehörig, aber schon zu dessen Intimus aufgerückt, dafür, daß dem vom rechten Flügel her bedrängten Parteichef eine Mehrheit aus der Mitte und der Linken erhalten blieb. Mitterrand hat offenbar nicht vergessen, wem er den Fortgang seiner Karriere verdankt. In der Nacht zum Mittwoch machte er das Fohlen von damals, längst zum sieggewohnten Rennpferd herangewachsen, zu seinem neuen Premierminister.



Schmale Hände, scharfer Verstand: Fabius FOTO · DPA

Laurent Fabius sonnt sich schon lange in der Sonne seines Protektors im Elysée-Palais. Als der auffällig gutaussehende junge Mann aus jüdischem Großbürgerhaus mit den exquisiten Manieren und der lasziven Sportlichkeit eines Herrenreiters 1974 an die Türen der von Mitterrand neugegründeten Sozialistischen Partei klopfte, trauten die hartgesottenen Apparatschiks in der Chefetage ihren Augen nicht. Der Herr habe sich, so hieß es, offenbar verlaufen; man sollte ihm den Weg zu den Eierköpfen in der Umgebung des liberalen Papstes Giscard d'Estaing weisen. Aber Mitterrand glaubte dem Einstandsbekenntnis des Neophyten, und er war sofort von dessen phänomenaler intellektueller Kapazität überzeugt. Fabius hatte nicht nur die Schlußdiplome der nationalen Verwaltungs- und der höheren Normalschule vorzuweisen, er hatte einen Doktor der Philosophie erworben und einige gescheite Bücher geschrieben. Darunter über das „ungleiche Frankreich", das schon seine Neigung zum Sozialismus erkennen lasse. Fabius hatte außerdem eine Formel bereit, wie man Sozialismus mit den Erfordernissen einer modernen Wirtschaft und der dritten industriellen Revolution in Einklang zu bringen habe.

Wenn der Parteichef die Probe aufs Exempel nicht gleich machte, so, weil der Postulant zu jung und die Reihe verdienter Meister des Sozialismus, die für höhere Würden anstanden, zu lang war. Aber Fabius rückte, von wenigen bemerkt, damals in die engste Führerreserve des Bosses ein. Er organisierte die Parteikongresse von 1979 und 1981 als Etappen zum Machtantritt, er managte die Wahlkampagne für die Präsidentschaft. Und als dem jovialen Amateur Mauroy die Stunde schlug, fiel die Wahl Mitterrands für den Nachfolger auf *Fabius und nicht auf die Älteren* – Delors, Rocard oder Dumas.

Ob die schmalen Hände des neuen Regierungschefs jetzt noch die Zeit haben werden, verzückt antiquarische Kostbarkeiten aus dem Laden seines Vaters hin- und herzuwenden oder über die Klaviertasten zu gleiten, steht dahin. Es kommen harte Zeiten auf den jungen Mann zu. Wenn sie intellektuell zu meistern sind, ist er der Mann dafür.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die französische Presse beschäftigte sich am Mittwoch hauptsächlich mit der Kabinettsumbildung:

LE FIGARO

Der erste Eindruck ist nicht der einer vollständigen Beherrschung der Lage. Es wird ganz besonders schwierig sein, zu erklären, warum die folgende Ordnung gewählt worden ist: Zuerst den Volksentscheid ankündigen und dann die Regierung wechseln. Es wäre tausendmal angemessener gewesen, zuerst die neue Regierung zu bilden und dann den Volksentscheid anzukündigen. Stattdessen besteht der Eindruck einer Unordnung im Umkreis des Staatschefs, der mehr und mehr isoliert ist, und die das Land tief prägen könnte. **(Paris)**

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Auf jeden Fall gehört die Operation Fabius zum großen Traum vom Kompromiß, den man dem Präsidenten nachsagt ... Es geht in Wirklichkeit jedoch nicht bei dieser Umbildung um Fabius, sondern um Mitterrand ... Der Rest, was werden die Kommunisten machen, was wird Delors unternehmen usw., ist zweitrangig. Es geht nur um Cäsar.

l'Humanité

Der Rücktritt der Regierung von Pierre Mauroy und die Ernennung von Laurent Fabius zum Premierminister widersprechen nicht den Sorgen, die das Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs ausgedrückt hat ... Die Kommunisten meinen, daß die nächste Regierung sich dieser Aufgabe vorrangig zuwenden muß. Auf diesem Weg wird sie ohne Zweifel der Erwartung der Mehrheit der Franzosen entsprechen. Die Linke wird dann wieder das Vertrauen des Volkes gewinnen. **(Paris, KPF)**

LE MATIN

Die tatsächliche Frage ist vielleicht die, zu erfahren, ob Laurent Fabius die Wahlen von 1986 vorbereiten und gewinnen soll, oder ob er sich bereits als künftiger Erbe betrachtet. Er hat weniger als zwei Jahre für die Antwort Zeit. **(Paris)**

LIBERATION

Angesichts seiner Beziehung zu seinen Kollegen, die offensichtlich nicht *sehr von Herzlichkeit gekennzeichnet* ist, und seines offensichtlikchen Mangels an Autorität wird Fabius viel stärker Mitterrands Kabinettschef der beiden letzten Jahre der Legislaturperiode sein. **(Paris)**

LES ECHOS

Mit klingendem Spiel setzt François Mitterand den Sozialismus der zweiten Art ein – eine Art Sozialdemokratie à la française, die einer Allround-Suche nach Gebieten des Konsens näher ist als irgendeinem Programm „des Wandels". **(Paris)**

Wie eine Hoffnung für Lateinamerika verdorben wurde

Nicaraguas Revolution: Polarisierung statt Pluralismus / Von Werner Thomas

Oben an der südlichen Ausfallstraße Managuas, nahe der Residenz des deutschen Botschafters, liegt ein katholisches Theologenseminar, in dem der junge Priester Luis Amado Pena einem ungewissen Schicksal entgegensieht. Er steht, konterrevolutionärer Aktivitäten beschuldigt, seit vier Wochen unter Hausarrest. Sein Name ging durch die Weltpresse. Der Papst meldete sich zu Wort, nachdem zehn ausländische Priester ausgewiesen wurden, die für Pena demonstrierten. Pena (39) betrachtet sich als ein Opfer der sandinistischen Revolution, die am heutigen Donnerstag ihren fünften Jahrestag feiert.

Es waren fünf bewegte Jahre, die ein Aufsehen erregten, das in keinem Zusammenhang stand mit der Größe dieses Staates: 2,8 Millionen Menschen, in der Mehrheit arm und einfach. Ein typisches Entwicklungsland. Nicaragua emotionalisierte dennoch die Gemüter, besonders in der Bundesrepublik, wo das schlechte Gewissen wegen des eigenen Wohlstands und ein modischer Antiamerikanismus ein Solidaritätsgefühl für die Männer in Managua schuf. Die Sympathiefront reichte von der Nullbockgeneration bis zu liberalen Christdemokraten.

Alles hatte freilich verheißungsvoll begonnen. Die Sandinisten, die einst einen Volksaufstand gegen die brutale Somoza-Diktatur entfachten und die Macht übernahmen, gelobten einen neuen Weg revolutionärer Veränderungen. Keine Modellkopien (Tomas Borge damals: „Sandinismus ist Sandinismus"), Blockfreiheit, politischer Pluralismus. Borge, als Innenminister Herr über Polizei und Staatssicherheitsbehörde, verkündete eine „generöse" Revolution, ein Versprechen, das er insofern hielt, als es keine Massenhinrichtungen gab *wie einst in* Kuba. *Man redete sich* im „neuen Nicaragua" oder im „freien Nicaragua" mit „Hermano" (Bruder) an und die Bevölkerung blickte erwartungsvoll in die Zukunft. Die Comandantes genossen ihre Popularität als Befreier von einer brutalen Diktatur. Am populärsten war Eden Pastora. Und nun Nicaragua im Juli 1984: ein Land der Uniformträger, der Massenorganisationen, der Slogans und der Indoktrinierung gegen den „Imperialismus". Ein Land des Blockwartsystems (Komitees zur Verteidigung des Sandinismus), der Sondergerichte und akuter Warenknappheiten. Ein Land des Kirchenkonfliktes, der Flüchtlinge. Ein Land, auf dessen Straßen sowjetische und osteuropäische Fahrzeuge rollen und das besonders enge Beziehungen zum sozialistischen Lager pflegt. Ein Land, in dem wieder Blut fließt: Antisandinistische Brigaden (Contras), von dem amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt, bedrohen die Comandantes. Ein Land, das den Revolutionsexport in die Nachbarschaft fördert.

Die enttäuschten Sympathisanten dieser Revolution lassen sich kaum zählen. Die prominentesten waren Eden Pastora, der legendäre „Comandante Cero", der frühere Zentralbankpräsident und Junta-Vertreter Arturo Cruz, Violeta Chamorro, die Witwe des während der Somoza-Zeit ermordeten Verlegers und Oppositionsführers Pedro Joaquin Chamorro, die der ersten sandinistischen Junta angehörte. Von den Tausenden Ingenieuren und Technikern, die Nicaragua den Rücken kehrten und Lücken hinterließen, spricht jedoch kaum jemand.

Aus Freunden sind Feinde geworden, weil Nicaragua doch nicht ein neues Entwicklungsmodell wählte. „Die Sandinisten kopierten das marxistische Modell der Machtausübung und Machterhaltung" urteilt ein langjähriger diplomatischer Beobachter, „und polarisierten dadurch die Gesellschaft."

Es kam gar zur Konfrontation mit dem einflußreichen katholischen Klerus, dem die Sandinisten *durch die Unterstützung einer* systemkonformen „Volkskirche" das Wasser abgraben wollten. Der kämpferische Erzbischof Miguel Obando Bravo – der bald Kardinal werden soll – ist jedoch ein charismatischer Gegner, der den Vatikan mobilisierte. Der Papst wird wohl nie jene denkwürdige Messe in Managua im März vergangenen Jahres vergessen, als ihn die Comandantes niederschreien ließen: „Alle Macht dem Volk". Dies war wohl das denkwürdigste Ereignis der letzten fünf Jahre dort.

So schwierig die innenpolitische Situation heute auch sein mag: Die Sandinisten sitzen fest im Sattel. Die „Contras" machen zwar militärische Fortschritte, können jedoch ein System nicht so leicht gefährden, das einen so perfekten Überwachungsapparat besitzt. Nicaragua wird sandinistisch bleiben, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten doch noch intervenieren. Was zur Zeit undenkbar ist.

Der Marsch in Richtung Marxismus bedeutet aber auch weitere Krisen und Konflikte. Erzbischof Obando Bravo befürchtet „eine noch schwierigere Zukunft". Arturo Cruz sagte einmal: „Die Sandinisten hätten alles viel einfacher haben können, hätten sie ihre ursprünglichen Versprechen gehalten." Aber es ist nicht die Art von Kommunisten, Versprechen zu halten.

Jackson ist nicht der Sieger, aber er ist der Star

Er wird nicht der Herausforderer Ronald Reagans werden, und doch ist er in mancher Hinsicht ein Gewinner im Vorwahlkampf der Demokraten. In San Francisco hatte er vor einem sehr beziehungsreichen Hintergrund seinen großen Auftritt: Jesse Jackson.

Von THOMAS KIELINGER

An diesem Abend zeigte San Francisco, was es hergeben kann, wenn es um Lebensvielfalt geht. Der demokratische Parteikonvent näherte sich einem seiner Höhepunkte, der Rede Jesse Jacksons, des schwarzen Stars der amerikanischen politischen Opposition. Aber nicht weit vom Parteitagszentrum, das seinen Namen dem 1978 ermordeten Bürgermeister Moscone verdankt, in dessen Stadtrat der erste homosexuelle Abgeordnete von San Francisco diente, findet am gleichen Abend der „Ball der Nutten" statt, „Hookers' Ball", *ein Jahresereignis*, das sich nicht mit gesellschaftlichem Beiwerk begnügt, sondern richtig berufsmäßig an den Mann geht.

San Francisco ist der Regenbogen des Lebens, kein Augenaufschlag des Menschlichen ist ihm fremd. Dies ist keine frivole Bemerkung. Amerika als Labor der Gesellschaft besitzt hier seinen Vorposten, der sich nicht verstecken will, verstecken kann. Hier wohnt der Mammon neben dem Blumenkind, der Hedonismus neben dem Erfolgstrieb, Geist neben Materialismus, die Hi-Tech-Forscher neben den Aussteigern, *Asiaten* neben Europäern, und um alle schlingt sich auf drei Seiten das Meer, als wollte es den Gesellschaftspakt, genannt San Francisco, in fest umrissenen Konturen halten.

Der Auftritt Jesse Jacksons vor dem Parteitag der Demokraten hatte hier seinen unvergleichlichen Hintergrund. Die „Regenbogenkoalition", zu deren Sprecher Jackson sich auf*geschwungen hat, vereint in sich, wie* er mit poetischem Einfall entrollte, nicht nur die amerikanischen Nationalfarben Rot, Weiß und Blau, sondern „Rot, Gelb, Braun, Schwarz und Weiß – und alle sind sie kostbar im Angesichte Gottes". Was San Francisco für den Lebensstil Amerikas, das ist Jackson für den politischen Prozeß des Landes – eine Schaumkrone, die die weiter und weiter rollende Bewegung des Fortschritts anzeigt, unabhängig davon, ob das bei der nächsten Wahl zum Erfolg führt oder nicht.

Die Demokraten setzen in diesem Jahr ohnehin mehr gesellschafts-historische als strikt politische Marken; das gilt von der Ernennung von Frau Ferraro als Kandidaten für das Vizepräsidentenamt, das gilt von Jacksons Kandidatur und dem stürmischen Empfang, den der Prediger durch die Delegierten erhielt. Freilich kam Jackson dem Publikum entgegen, mit einer Verbeugung und Demutsgeste, die in den Annalen politischer Rhetorik beispiellos sein dürfte.



Jubel um den Außenseiter: Jesse Jackson in San Francisco

FOTO: AP

Gleich zu Anfang seiner Rede sagte Jackson: „Wenn in meinen schlechten Momenten ein Wort, eine Tat, eine angezeigte Haltung, ein Irrtum der Laune, des Geschmacks oder des Tons irgend jemandem mißvergnügen bereitet. Schmerz verursacht, *oder Furcht geweckt haben sollte*, so war dies nicht mein echtes Selbst. Wenn es Anlässe gab, wo meine Weintraube vertrocknete und meine Freudenglocke ihre Resonanz verlor, so vergebt mir bitte. Schiebt es auf meinen Kopf, nicht auf mein Herz, welches in grenzenloser Liebe für die ganze Menschheit fühlt. Ich bin kein Vollkommener, nur ein öffentlicher Diener, der sein Bestes versucht. Seid geduldig. Gott hat mich noch nicht abgeschrieben."

Die versammelten Delegierten standen jubelnd, manche in Tränen aufgelöst. Viele Weiße, die wenig mit dem typischen Stil fundamentalistischer Ansprache, wie er bei den schwarzen Baptisten-Predigern des Südens gepflegt wird, in Berührung kommen, zeigten sich von der ungewöhnlichen Offenheit dieses Mannes hingerissen.

Ob die jüdische Gemeinde Amerikas in der Jackson-Beichte schon die Versöhnungsgeste erkennt, auf die man lange gewartet hatte, nach den vielen Wochen der Spannungen, mag noch ungewiß sein. Aber einen Schritt zur Heilung war diese Rede ohne Zweifel. Man durfte in ihr aufgehoben wähnen, die gesamte unglückliche Episode um die antisemitischen Ausbrüche des Louis Farrakhan, des schwarzen Moslemführers und Jackson-Freundes.

Aber um Vergebung und Einigkeit fleht öffentlich nur ein Mann, der sich des Einflusses seiner Mission klar bewußt ist. Er spricht über seine Schwächen – aber aus einer Position der Stärke. Jackson: „Wenn ich in meinen erhabenen Momenten einiges Gute getan, meine Dienste angeboten, etwas Licht geworfen, einige Wunden geheilt, Hoffnung wiedererweckt, jemanden aus der Apathie und der Indifferenz aufgerüttelt oder ihn sonst irgendwie auf seinem Weg geholfen habe, dann war diese Kampagne nicht umsonst." Untertreibung als rhetorische Kunst. In Wahrheit weiß Jackson, daß er für Millionen von Schwarzen, die sich durch sein Charisma in den politischen Prozeß hineinziehen lassen, Lichtblick und Leitfigur geworden ist.

Er bedeutet gleichzeitig einen nicht *zu unterschätzenden Balsam für die* Farbigen Amerikas in ihrer noch weithin unglücklichen Lage. Er ist ein Mann, der Heilung, Fortschritt und Vergebung predigt, nicht Konfrontation und Radikalität. Der Einfluß der Religion auf das friedliche Verhalten der amerikanischen unterprivilegierten Schichten ist zu wenig berücksichtigt worden bei der Frage, warum dieses Land, was so krasse Armut, *so krasses Elend kennt*, nicht stärker in gesellschaftlichen Aufruhr gerät. Hier kommt dem Reverend ein weit über seine politische Wirkung *hinausreichender Einfluß zu.*

Auch San Francisco scheint ständig um mehr und noch mehr Toleranz und Vergebung zu bitten; doch schimmert die Stadt im Auf und Ab ihres pittoresken Geländes vor lauter Stolz nicht für alle über den schon *erreichten Fortschritt. Nicht für alle* ist dies das passende Pflaster. Kinder zum Beispiel haben hier keine ideale Spielwiese. Der Bauboom und die damit einhergehenden *Bodenpreis*-Explosionen, daneben die bereits schon über 20 Prozent homosexuell eingestellte Bevölkerung, bedrohen von zwei Seiten her die Wurzeln des Mittelstands, die Entfaltung der Familie. Viele ziehen in den südlichen Korridor in Silicon Valley, nach San José oder nach Oakland. San Francisco verliert an Einwohnern, will nicht über die 700 000 hinaus. Dafür pflegt *es das Nonplus ultra an demokrati*scher Verwaltung, wo jede Minderheit sich berücksichtigt fühlen darf.

So wenig wie San Francisco läßt sich die Demokratische Partei Amerikas auf einen Nenner bringen. Vielleicht sollte man bei beiden von Koalitionen sprechen, in die das Leben seine Fülle preßt – wenig tauglich als Regierungsform, aber ein Spiegel der Gesellschaft.

Die Kleinen stellen die Weichen

Zwei ehemalige Generale könnten nach den Wahlen in Israel am nächsten Montag Schlüsselrollen bei der sicher notwendigen Koalitionsbildung spielen: *Ezer Weizman und Rafael Eytan.*

Von PETER M. RANKE

Jeden Nachmittag setzt sich Yael drei Stunden lang an ihr Diensttelefon und läutet Wähler an. Sie wirbt für die Arbeiterpartei und läßt sich oft beschimpfen, wenn sie an politische Gegner gerät. Mit Frauen könne sie argumentieren, aber nicht mit Männern vom regierenden Likud-Block, sagt sie. „Die Israelis sind wie die Franzosen. Immer wählen sie gegen irgendetwas. Niemals *für eine Politik.*"

Was oder wen werden die Israelis am Montag wählen? Es geht immer in Israel in erster Linie um Personen, nicht um Programme. Der Anteil der Unentschlossenen schwankt noch immer um die 15 bis 20 Prozent.

„Jeden Abend sehe ich mir die dreiviertelstündige Wahlsendung der Parteien im Fernsehen an", meint ein deutschstämmiger Journalist. „Aber je mehr ich zuschaue, um so überzeugter bin ich: Von denen kannst du eigentlich keinen wählen." Tatsächlich sind die Wahlspots selten überzeugend. *Es fehlt an Sachaussagen*, nicht an Propaganda. Die beiden gegnerischen Parteiführer, Shamir vom Likud als Regierungschef und Peres *als Oppositionsführer der Arbeiter*-Partei, bleiben ohne Ausstrahlung.

Die beiden entscheiden auch nicht die Wahl. Weder Likud noch Arbeiter-Partei kommen über 40 bis 50 Sitze hinaus zur absoluten Mehrheit der 120 Knesset-Mandate. Also schauen sie sich schon heute nach Koalitionspartnern um. Nur für den Fall einer großen Koalition, die von Shamir angeregt wird, aber von Peres nur zu hohen Bedingungen zu haben ist, könnten die oft nahezu erpresserischen Forderungen kleiner Parteien oder Einzelpolitiker abgelehnt werden.

Die Wirtschaftskrise, die Siedlungen in den besetzten Gebieten und der Rückzug aus Südlibanon *stehen* weiterhin im Zentrum des Wahlstreits. Der eventuelle Wirtschaftsminister der Arbeiter-Partei, Gad Yaacobi, will eine Milliarde Dollar bei den Staatsausgaben sparen; und zwar durch einen Rückzug aus Libanon in sechs bis neun Monaten, durch Ein*sparung der Siedlungskosten, durch* Einfrierern von Löhnen, Preisen und Steuern – wenn die Gewerkschaften mitmachen.

Die jetzige Welle von Streiks der Histadrut, des mächtigen Gewerkschaftsbundes, soll die Likud-Regierung unter Druck setzen. Aber man zweifelt, ob die Gewerkschaften gegenüber dem Austerity-Programm einer Regierung Peres stillhalten würden.

Die Arbeiterpartei ist noch keineswegs auf der Siegerstraße, denn in außenpolitischen Fragen hat Likud keine schlechten Argumente. „Sollen wir Libanon einseitig den Syrern überlassen, indem wir bedingungslos abrücken?", fragt Regierungschef und Außenminister Shamir. Angeblich läßt er im geheimen mit Damaskus verhandeln, um Israels Nordgrenze durch eine stillschweigende Vereinbarung zu sichern. Abmachungen mit den libanesischen Drusen, keine bewaffneten Palästinenser in Südlibanon zu dulden, bestehen bereits. Außerdem ist das Verhältnis zur großen Bündnismacht USA so problemlos wie lange nicht. Haifa ist praktisch ein Stützpunkt der 6. US-Flotte geworden, weitgehende Abmachungen sind bald unterschriftsreif.

Und die besetzten Gebiete? Auch die Arbeiterpartei will höchstens 60 Prozent des Jordan-Westufers aufgeben, und der *eventuelle* Verteidigungsminister Rabin hat den Jordan sogar als Grenze bezeichnet. Aber für den angekündigten Siedlungsverzicht findet die *Arbeiterpartei keinen* arabischen Partner, selbst Jordaniens König Hussein kommt auch dann nicht an den Verhandlungstisch. Au*ßerdem: Die knapp 30 000 Siedler ge*ben unter einer Regierung Peres bestimmt nicht auf, wählen werden sie ihn ohnehin nicht.

Gerade bei den Auseinandersetzungen um die besetzten Gebiete, um Judäa und Samaria, und damit um die Zukunft der Palästinenser, rükken zwei Ex-Generale ins Rampenlicht. Es sind der frühere Luftwaffenchef Ezer Weizman mit seiner Yahad-Partei und der ehemalige Staatschef Rafael Eytan mit der Techiya. Beiden Gruppierungen traut man je fünf bis sieben Sitze und damit entscheidende Rollen bei der *Koalitionsbildung* zu, während die bisher wichtige National-Religiöse Partei zerfallen ist.

Wie die Arbeiter-Partei wirbt Weizman besonders um die etwa 250 000 Stimmen der israelischen Araber und Drusen, die jetzt fünf Knesset-Sitze innehaben. Er bringt sich als Mitstreiter des Friedens von Camp David in Erinnerung, als Freund des ermordeten Präsidenten Sadat und als Kämpfer für die Gleichberechtigung der Araber. Auf seiner Wahlliste sind Araber und Drusen gut placiert. Weizman hat viel Zulauf, zumal er der kommunistischen Rakah-Partei arabische Stimmen abnimmt. Für Arbeiter-Partei wie für Likud ist er als Koalitionspartner möglich. Weizman erinnert vor allem auch daran, daß die israelischen Araber die einzigen Palästinenser in der Welt sind, die frei wählen können.

Dagegen ist Eytan nur als Partner des Likud-Blocks denkbar. Mit seinen nationalistischen Gefährten Nee*man und Geula Cohen kämpft* er für weitere Siedlungen in Judäa und Samaria und will damit auch die „Religiösen" und seine große Anhänger*schaft in der Armee mobilisieren.*

Auf Seiten des Likud führt nur Ex-General Arik Sharon einen ähnlich motivierten Feldzug wie Eytan. Die Klage der Arbeiter-Partei, der *Libanon*-Krieg sei völlig sinnlos gewesen, treibt ihnen die Soldaten und die Verwandten der Gefallenen zu, die diese angebliche Sinnlosigkeit nicht für sich akzeptieren. Eytans Argument gleicht dem des jetzigen Verteidigungsministers Arens. Die PLO sei zerschlagen und von der Nordgrenze vertrieben, und man müsse alles tun, damit sie nicht zurückkehrt.

Am Dienstag ist die Entscheidung gefallen. Staatspräsident Herzog muß dann keineswegs den Führer der stärksten Knesset-Fraktion mit der Regierungsbildung beauftragen, sondern den Politiker, der die besten Aussichten zur Koalitionsbildung hat. Peres, wie es jetzt aussieht, oder doch wieder Shamir? (SAD)

WIE WAR DAS? *Die Stunde des Neil Armstrong*

Von ADALBERT BÄRWOLF

Fast wäre er überhaupt nicht zum Mond geflogen. Im Mai 1968 bestieg Neil Armstrong auf dem texanischen Luftstützpunkt Ellington ein vierbeiniges Gestell, das ohne jegliche aerodynamische Hilfen wie etwa Flügel nicht den Eindruck machte, fliegen zu können. Das Gestell bestand lediglich aus zusammengeschweißten Rohren und zwei Ku*gelbehältern. In der Mitte befand sich* ein Düsentriebwerk, auf dem Armstrong Platz nahm. Er saß auf dem frei fliegenden Mondlandetrainer. 16 Steuerdüsen sollten die Lage des unirdisch anmutenden Apparates in der Luft regeln.

Armstrong gab Gas. Senkrecht stieg das Gestell auf seinem heißen Gasstrahl 60 Meter hoch. Da fiel plötzlich der Heliumdruck für die Lagensteuerungs-Düsen ab. Die Maschine taumelte, geriet außer Kontrolle. Armstrong zog den gelben Griff des Schleudersitzes und schoß sich in ei*nem weiten ballistischen* Bogen ab. Der Mondlande-Simulator schlug auf dem und wurde vollständig zerstört. Armstrong blieb unverletzt.

Morgen vor 15 Jahren, am 20. Juli 1969 – in USA war es Nachmittag – landete Neil Armstrong das in Silber- und Goldfolie eingewickelte Mondboot „Eagle", das er eigentlich „Haystack" getauft hatte, nach einer Flugzeit von vier Tagen, sechs Stunden, 45 Minuten und 57 Sekunden auf dem Apollo-Landeplatz Nummer 2 im Meer der Ruhe. Er überschoß das Landesziel um mehr als sechs Kilometer und war mit seiner Pilotenleistung überhaupt nicht zufrieden.

Dreißig Meter über der Mondoberfläche wirbelte das Landetriebwerk Staub *auf*, der wie Bodennebel *die* Sicht behinderte. Armstrong hatte Mühe, seine Vorwärts- und Seitenbewegung einzuschätzen. Zehn Meter über dem Mondboden driftete das Landefahrzeug nach links und rückwärts. Ohne Rückfenster konnte Armstrong nicht nach hinten sehen. Er konnte es nicht wagen, das Landegerät so aufzusetzen. Schließlich gelang es ihm, die Rückwärtsbewegung zu stoppen, doch die Linksdrift hielt an. Fast *mit dem letzten Tropfen* Treibstoff zeigte ein Licht den Kontakt mit dem Boden an. Houston meldet sich: „Roger, tranquility, wir haben euch am Boden. Einige von uns sind fast blau angelaufen. Wir atmen wieder. Thanks a lot."



Am 20. Juli 1969 wurde der Mond aus dem Reich *der Träume* gerissen: Sechs Stunden nach der Landung (inzwischen zeigte der Kalender den 21. Juli) betrat als erster Mensch Neil Armstrong den Erdtrabanten, später folgte ihm Co-Pilot Edwin Aldrin.

FOTO: TELEBUNK

Der Mond war weiß, aschgrau, bräunlich. Die heißen Triebwerksgase hatten einige Felsbrocken frakturiert. Als Armstrong nach oben durch das Rendezvous-Fenster sah, hing die *blauweiße* Erde über *ihm*. Sechs Stunden später stieg er aus, setzte als erster Mensch seinen Fuß auf einen anderen Himmelskörper. Für immer hatte er sich den Mantel der Geschichte umgehängt.

Eigentlich hätte nicht Armstrong, sondern Edwin Aldrin, sein Co-Pilot, als erster den Mond betreten sollen. Noch vier Monate zuvor hatte Aldrin diesen Schritt geübt. Doch dann entschied Washington, daß es für das Image der USA besser wäre, nicht den Soldaten Aldrin sondern den Zivilisten Armstrong die Leiter zum *Mond zuerst betreten zu lassen.*

War die Mondlandung ein „großer Schritt für die Menschheit", wie Armstrong sagte? Sicher im Rückblick auf die Jahrtausende. Doch über seine Wirkung auf die Menschheit zeigte sich Armstrong später enttäuscht. Was bleibt, ist der Beweis, daß der Mensch auf dem Mond leben kann. Die USA demonstrierten damit ihre Vorherrschaft im Weltraum. Mit der Landung auf dem Mond, der immer jenseits aller Träume lag, haben wir aber auch, so scheint es, das Staunen verloren.

Trotz Krieg und Krise feiern die Comandantes die Revolution

WERNER THOMAS, **Managua**

Flaggen. Slogans. Reden. Musik. Die nicaraguanische Hauptstadt Managua, deren Zentrum noch immer von den Ruinen des Erdbebens Ende 1972 beherrscht wird, feiert den fünften Jahrestag der Revolution. Am 19. Juli 1979 war die Somoza-Diktatur nach blutigen Gefechten gefallen, die sandinistischen Comandantes übernahmen die Macht.

Die damalige Euphorie kontrastiert kraß mit der gedämpften Stimmung heute. Spontan versammelten sich 1979 die Menschen auf dem Platz vor der Kathedrale, um den siegreichen Revolutionären zuzujubeln. Jetzt lassen die Comandantes, fülliger geworden, in maßgeschneiderte Anzüge gekleidet, ihre Demonstrationen sorgfältig organisieren. Sie wollen selbst die Gemütslage kontrollieren: Vor zwei Tagen durften die Arbeiter am „dia de alegria" (Tag der Freude) Fabrikfeste veranstalten. Eine monumentale Tribüne aus Beton, in den letzten Wochen am Managua-See entstanden, beherrscht das neue Kundgebungsgelände, auf dem eine Million Menschen Platz finden sollen.

Junta-Chef Daniel Ortega, seit Dienstag Präsidentschaftskandidat der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) für die Wahlen am 4. November – Junta-Mitglied Sergio Ramirez kandidiert für das Amt des Vizepräsidenten –, wird wie in den letzten Jahren die Festansprache halten. Die Wahlen, der eskalierende Krieg gegen die antisandinistischen Brigaden (Contras) und die schwierige Wirtschaftssituation werden zu den wichtigsten Themen zählen.

Die Wirtschaftsmisere stellt die Comandantes vor eine größere Herausforderung als die Contra-Aktivitäten. Fast alle Gesprächspartner klagen, besonders die armen Leute. Die Warenknappheit, die steigenden Preise und die wachsende Arbeitslosigkeit führten zu einer weitverbreiteten Unzufriedenheit, der auch die Regierung nicht durch die Argumentation entgegenwirken konnte, die Probleme seien durch den Kriegszustand entstanden. Nun gibt es wieder Toilettenpapier und Seife, aber Speiseöl, Fleisch und Zahnpasta fehlen. Die Supermärkte füllen ihre leeren Regale mit Porzellan aus Bulgarien und mit Plastikprodukten.

Kaum jemand blickt den Wahlen enthusiastisch entgegen. Das Ergebnis steht heute schon fest. Die offene Frage ist lediglich noch die Zahl der einer sicheren Niederlage geweihten Gegenkandidaten. Es können fünf oder sechs sein.

Die „Prensa", die einzige Zeitung der *Opposition, die von der* 16monatigen Vorzensur befreit wird, wenn Ortega die Aufhebung des Ausnahmezustandes verkündet, lenkte das Interesse der Öffentlichkeit in den letzten Tagen auch auf ein anderes Problem: den Konflikt mit der Kirche. Die Meldung des Blattes, Priester Fernando Cardenal drohe der Ausschluß aus dem Jesuitenorden, wenn er, wie geplant, das Erziehungsministerium übernehme, deutete dieser Tage darauf hin. Gerüchte kursieren, wonach der Vatikan auch an Sanktionsschritte gegen andere *Priester in Regierungsdiensten* denkt, so Fernandos Bruder Ernesto, Kulturminister, und Außenminister Miguel d'Escoto. Über die Ausweisung von zehn ausländischen Priestern in der letzten Woche und die darauffolgenden kritischen Worte des Papstes konnte die „Prensa" dagegen nicht berichten: Die staatlichen Aufpasser zensierten das Material.

Managua wirkt, abgesehen von der massiven Präsenz von Uniformträgern und Militärfahrzeugen, ruhig. Die Contras haben sich in dieser Stadt bisher nicht bemerkbar gemacht. Die Regierung wacht über die Informationen aus den Kampfgebieten, das Ausland weiß oft mehr über die Entwicklungen. Die Beisetzung gefallener Soldaten und die nächtlichen Straßenkontrollen erinnern jedoch an den Krieg. Aber auch der Slogan der diesjährigen Revolutionsfeiern: „Alles für die Kriegsfront, alles für die Kämpfer."

Viele Freunde der ersten Stunde *kommen heute nicht mehr nach Managua*. Enttäuschung über den Linksdrall der Revolution hält sie fern. Polittouristen aus Europa und den USA pilgern durch die Straßen. An Prominenz begrüßte die Presse fast nur Vertreter der Dritten Welt und sozialistischer Staaten. Die prominentesten Gäste: Jerry Rawlings aus Ghana und Desi Bouterse aus Surinam, zwei Putschisten mit zweifelhaftem Ruf. (SAD)

Seite 2: Hoffnung verdorben

Neue Regeln für Computer-Export in den Ostblock

dpa, **Washington/Bonn**

Die USA, Japan und Europa haben sich auf neue Regeln für den Export *von Computern in Ostblockstaaten* geeinigt. Ziel der Regeln ist es, die Ausfuhr militärisch verwendbarer hochwertiger Technologie insbesondere in die Sowjetunion zu verhindern. Erstmals wurden im Rahmen der gemeinsamen Liste des Cocom (Koordinierungskomitee für den Ost-West-Handel) auch Vorschriften zur Kontrolle des Exports von Computerprogrammen und hochentwickelten Anlagen der Telekommunikation erlassen.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat das Ergebnis der Cocom-Verhandlungen sehr positiv bewertet. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte, vor allem das Genehmigungsverfahren solle künftig flexibler gestaltet und erleichtert sowie unter einer bestimmten Schwelle auf nationale Stellen verlagert werden.

Die 1976 zum ersten Mal aufgestellten Cocom-Regeln für den Export von Computertechnologie wurden gelockert: Kleincomputer für Haus und Büro sollen nicht mehr der Exportkontrolle unterliegen. Stärkere Computer unterliegen weiterhin ebenso wie die besonders leistungsfähigen „Super-Minicomputer" dem Ausfuhrverbot. Großcomputer bis auf Anlagen mit Datenverarbeitungskapazitäten über 48 Millionen bits sind frei für den Export.

Weltraumwaffen: Termin für Gespräch

dpa, **Washington**

Für den Beginn der von Moskau vorgeschlagenen Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Weltraumwaffen ist der 18. September als Termin im Gespräch, verlautete aus US-Regierungskreisen. Der Termin sei von Moskau genannt und von US-Präsident Reagan akzeptiert worden. Die USA würden die Wiener Gespräche „ohne Vorbedingungen" aufnehmen.

In Washington dauerten die Beratungen über die amerikanischen Vorstellungen für das Treffen noch an. Wie bekannt wurde, wollen die USA möglicherweise anbieten, im Gegenzug für die Reduzierung des sowjetischen Raketenpotentials Informationen über die US-Pläne für Weltraumwaffen zu geben.

UNO startet neue Zypern-Initiative

AP, **Brüssel**

UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar hat eine neue Initiative zur Lösung des Zypern-Problems angekündigt. Auf einer Pressekonferenz in Brüssel teilte er mit, er habe Vertreter der türkischen und der griechischen Regierung nach Wien eingeladen, „um nach einer gerechten und dauerhaften Lösung zu suchen". In New York teilte ein UNO-Sprecher mit, die Gespräche würden am 6. und 7. August in Wien stattfinden. Pérez de Cuellar sagte, das „vergessene Problem" Zyperns bilde eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Region. Er selbst wolle in dem Konflikt nicht vermitteln, sondern in Gesprächen auf niedriger Ebene eine gemeinsame Basis für weitere Verhandlungen ausloten.

Mit optimistischem Ausblick geht Vogel in die Sommerpause

Arbeitsplätze durch Umweltindustrie / Rätselraten um die Attacke von Hugo Brandt

Von JOACHIM NEANDER

Wenn der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel im August aus dem traditionellen Kletterurlaub heimkehrt, wird ihn vermutlich (das hängt noch von Untertürkheim ab) ein neues Dienstauto erwarten. Mit Katalysator und bleifreiem Benzin.

Zwar weiß Vogel nicht, ob er das neue Ding wegen der noch bestehenden Tankstellenprobleme auch wirklich für alle Fahrten über Land wird benutzen können. Aber er meint doch, daß er sich in dieser Angelegenheit ganz persönlich an die Spitze stellen müsse. Vom 1. Januar 1985 an werden Landesfahrzeuge grundsätz*lich* nur noch umweltfreund*lich* angeschafft. Und sollte dadurch auch die Polizei bei der Verbrecherjagd etwas langsamer werden, so tröstet der Regierungschef sich auf die gewohnt bedächtige Art: „Das ist nur eine Übergangszeit. Eines Tages müssen ja auch die Diebe umrüsten."

Von diesem Grundoptimismus der längeren Fristen und der größeren Geduld ist bekanntlich auch Vogels politisches Handeln geprägt. Er klingt in der Landesbilanz vor der Sommerpause sogar bis in die Einzelheiten durch. Die Steuerreform, rechnet der Ministerpräsident vor, bringe den Ländern zwar Belastungen, wer*de Rheinland-Pfalz aber auf lange* Sicht nicht vom Kurs der Haushaltskonsolidierung abbringen. Noch zähle man zu den sogenannten finanzschwachen Ländern (die Ergänzungszuweisung des Bundes beträgt 1984 noch brutto 336, netto 230 Millionen Mark), aber erstens gebe es außer Baden-Württemberg im Grunde keine finanzstarken Länder mehr, und zweitens sei er sicher, daß Rheinland-Pfalz nach Bayern das nächste Bundesland sein werde, das sich eines Tages aus einem Nehmer- zu einem Geberland mausere.

Das Ziel, die Arbeitslosenzahl endlich wieder auf unter 100 000 zu bringen, wurde zwar noch nicht erreicht. *Aber Vogel hofft auf den Herbst.* In der Frage der Jugendarbeitslosigkeit liegt Rheinland-Pfalz tatsächlich günstiger als fast alle anderen Länder. Auf der von der Nürnberger Bundesanstalt geführten Liste der Arbeitsamtsbezirke mit „besonders hoher Arbeitslosigkeit" ist das Land seit längerer Zeit nicht mehr vertreten.

Auch beim Thema Umwelt verbreitet der Regierungschef eine eher hoffnungsfrohe Stimmung. Der Anteil der „betroffenen Wälder" steige zwar noch, nicht aber der Anteil der „stark betroffenen Wälder". Und daß Umweltschutz auch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könne, beweise sich



zur Zeit in Kaiserslautern. Dort errichtet eine US-Firma für eine dreistellige Millionensumme gerade eine Fabrik für Katalysatoren-Bauteile.

Um so heftiger hat den im Grund seines Wesens (manche sagen: allzu sehr) auf Frieden, Harmonie und Einstimmigkeit eingestellten frommen Katholiken Vogel eine Salve getroffen, die der Oppositionsführer und *SPD-Landesvorsitzende* Hugo Brandt jüngst auf seinen Widersacher abfeuerte. Die Regierungsbank im Mainzer Landtag, so plauderte Brandt im Kreise von Journalisten, erinnere ihn an eine „Folterbank von Dummheit und Arroganz". Es gab verblüffte Rückfragen, zum Beispiel, ob denn auf der Folterbank statt der Folterknechte nicht vielmehr in Wirklichkeit die Gefolterten säßen. Der SPD-Mann korrigierte seine Bildersprache, nicht aber seine Meinung: Er fühle sich durch die Dummheit und Arroganz, die ihm von der Regierungsbank entgegenkomme, regelrecht gefoltert.

Vogel reagierte zunächst gar nicht. Erst auf die ausdrückliche Frage des WELT-Korrespondenten formulierte der Ministerpräsident jetzt eine Antwort: Folter sei etwas zu Ernstes, um das Wort zu solchen persönlichen Angriffen zu benutzen, gerade, weil in Wirklichkeit in so vielen Teilen der Welt gefoltert werde. Wenn man ihm Fehler vorwerfe, akzeptiere er das. Aber *Dummheit* und Arroganz – und das von einem Mann, „der mir fast jeden zweiten Tag freundliche Briefe schreibt"? Er überlege sich, ob er jetzt den Ton seiner Antwortbriefe ändern solle.

Tatsächlich rätseln an Hugo Brandts plötzlichem Frontalangriff gegen *die Person des* Regierungschefs auch unparteiische Beobachter herum. Man fragt sich, ob der durch Krankheit gehandicapte Oppositionsführer damit eventuell innerparteilicher Kritik an den gelegentlich etwas widersprüchlich und verworren wirkenden Aktivitäten der Landtagsopposition zuvorkommen wolle, um seinen Anspruch auf eine erneute Spitzenkandidatur 1987 schon jetzt zu untermauern.

Hinter den Kulissen freilich sieht das Verhältnis zwischen den beiden großen Parteien ein wenig besser aus. In der Stadt Oppenheim zum Beispiel traf die örtliche SPD nach der Kommunalwahl am 17. Juni bereits alle Vorkehrungen für eine sogenannte „öffentliche" Koalition mit der DKP und den Grünen gegen die CDU, die zwar stärkste Fraktion ist, aber die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Aber dann griff die Landesprominenz der Sozialdemokraten ein. Ein solches rheinisches Volksfront-Modell schien ihr denn doch widersinnig. Der zum Bündnis wild entschlossene SPD-Bürgermeisterkandidat wurde von der eigenen Partei zum Verzicht gedrängt. Mit zwei Hilfsstimmen der SPD wurde ein CDU-Mann zum Bürgermeister gewählt.

González in Bedrängnis: Parteilinke rebelliert gegen die „Technokraten"

Auch Gewerkschaften kritisieren / Unzufriedenheit betrifft die Wirtschaftspolitik

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Spaniens Regierung kann zur Halbzeit ihrer Legislaturperiode im Ausland Anerkennung und Respekt registrieren. Das gilt für die Stabilisierung der Außen- und Verteidigungspolitik ebenso wie für die Wirtschaftspolitik. In Spanien selbst aber geriet die Regierung in den letzten Wochen unter den konzertierten Beschuß von Presse und Gewerkschaften.

Ministerpräsident Felipe González reagiert wie der Igel: Er rollt sich zusammen. Aber nicht die Attacken der bürgerlichen Opposition setzen ihm zu, sondern die Rebellion der Parteilinken gegen die „sozialdemokratischen Technokraten" seines Kabinetts und somit gegen ihn selbst. González durchlebt das Schmidt-Syndrom: Die Partei kann ihn nicht ersetzen, aber sie schießt ihn an.

Als Treibriemen dieser Palastrevolution dient die UGT-Gewerkschaft, eine Organisation der Partei. In ständiger Furcht, von den Comisiones Obreras, den kommunistischen Gewerkschaften, überholt zu werden, schickt sich die UGT zur Flucht in jene marxistische Vergangenheit an, die ihr Generalsekretär González längst aus dem Parteiprogramm strich.

In dem Augenblick, in dem González nach monate*langen Verhandlun*gen mit der französischen Regierung die ersten Erfolge gegen den staatsgefährdenden Terrorismus vorweisen kann, im Moment, in dem spanische Unterhändler in Brüssel eine annehmbare Plattform für den Eintritt in die Europäische Gemeinschaft erklommen haben – im Zeichen sichtbarer Erfolge also, sieht sich González plötzlich von seiner Partei in eine ähnliche Sackgasse geschoben, die seinem Amtsvorgänger Adolfo Suarez zum Verhängnis wurde.

In den Zentren der Schiffbauindustrie herrscht wieder einmal Generalstreik. Neben den Werften schlossen selbst Banken und Einzelhandelsgeschäfte – die meisten aus Angst, einige aus Solidarität. Die Gewerkschafter schicken ihre Massen auf die Straße, um gegen den Regierungsplan zur Neustrukturierung des Schiffbaues und der Stahlindustrie zu protestieren. Das war abzusehen, *hätte aber kaum Wirkung gezeigt*, wenn nicht der ständige Druck der UGT und allmählich auch der Fraktion im Parlament die ersten Risse im Kabinett provoziert hätten.

Felipe González plante offensichtlich, einige wenige Minister auszuwechseln. Und wenn auch nur, um jene Parteiideologen zu besänftigen, die sich nicht von den gefährlichen Utopien einer sozialistischen Wirtschaft trennen können.

Aber die Kritik der Unzufriedenen läßt sich inzwischen nicht mehr so einfach wegwischen. Sie wissen: Auch ein UGT-Mann im Kabinett würde die Wirtschaftspolitik von Minister Boyer wenig ändern können. UGT und Parteilinke nehmen deshalb ganz offen die bisher Unantastbaren des González-Kabinetts ins Visier: „Superminister" Miguel Boyer, verantwortlich für Finanzen und Wirtschaft, und Carlos Solchaga, Minister für Industrie und Energie.

Boyer, der zunächst die Währung erfolgreich stabilisierte, will, wenn der Markt entsprechend tendiert, über eine sinnvolle Investitionsförderung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in einer modernisierten Industrie beitragen.

Auch Solchagas Stufenplan mit dem Abbau von Überkapazitäten folgt den Realitäten in Stahlindustrie und Schiffbau. Die einzig mögliche, aber natürlich unpopuläre Wirtschaftspolitik hatte die bürgerliche Regierung vorher nicht durchgeführt.

Massenentlassungen stehen allerdings völlig im Gegensatz zu dem recht leichtsinnigen Wahlversprechen der Sozialisten, während der ersten Legislaturperiode 800 000 Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Niemand hätte das gekonnt. In der Faust der Gewerkschaften aber wurde dieses Versprechen nunmehr zu einem gefährlichen Bumerang.

So mußte das Kabinett schon jetzt sehr teure Zugeständnisse an die Gewerkschaften machen, die durchaus das Gelingen des Planes in Frage stellen können. Die Mehrkosten belasten die gesamte Volkswirtschaft.

Aber wie stark oder schwach auch immer der Silberstreif globaler Besserungstendenzen am europäischen Horizont leuchten mag – das Kabinett González steht unter Zeitdruck. Im Dezember muß es vor dem 30. Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei Rechenschaft ablegen. (SAD)

„Leider nur ein tristes Gebilde jenseits des Eisernen Vorhangs"

hrk. **Berlin**

Manchmal unterschätzt eben auch die Agitprop-Abteilung im SED-Zentralkomitee die Brisanz eines Themas in sowjetischen Augen: So erschien denn erst gestern – mit zweitägiger Verspätung – im „Neuen Deutschland" ein eigener Ostberliner „Nachklapp" zur heftigen Moskauer Kritik am Beschluß der Westeuropäischen Union, bestimmte Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik aufzuheben. Unter dem Titel „Drehen an der Rüstungsschraube" stößt auch das SED-Blatt unter dem Pseudonym „M. A." ins sowjetische Protest-Horn. Angesichts der günstigen Allgemeinstimmung gegenüber Bonn und der noch nicht in die Scheune gefahrenen neuen Kredite bleibt der Ton indes milde und fast nachsichtig: „Es erhebt sich die Frage", heißt es im Kommentar lediglich. Nämlich die, wie die WEU-Entscheidung mit den „wiederholten Feststellungen" in Bonn übereinstimme, „daß es gelte, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen".

Welche kuriosen dialektischen Sprünge bisweilen die mitteldeutsche Presse unternimmt, läßt sich der für „DDR"-Verhältnisse sonst recht lesenswerten Familien-Postille „Wochenpost" entnehmen. Dort arbeitet man auf einer Doppelseite die koloniale Vergangenheit des Deutschen Reiches auf martialische Weise auf. Man sieht die Askaris förmlich durch den Busch preschen, gleich zwei preußische Fregatten und eine Hissung der Reichsflagge in Kamerun illustrieren den Beitrag „Kanonenboote nach Übersee". Der Fall Namibia, das frühere „Deutsch-Südwestafrika" oder Lüderitzland dient dazu, Bonn gleichsam als geheime Kolonialmacht zu geißeln.

Zitat: „Als 'Vermittler in der Namibia-Frage' haben sich 1977 die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die BRD zu einer 'Kontaktgruppe' zusammengeschlossen ... in Wahrheit aus handfesten wirtschaftlichen Interessen: Sie besitzen den größten Anteil aller Investitionen in Namibia. Allein 24 Gesellschaften, die den gesamten Bergbau kontrollieren, haben ihre Zentralen in Städten der fünf NATO-Staaten. Deshalb unternehmen diese Kreise alles, dem Volk von Namibia seine legitimen Rechte vorzuenthalten."

Aus der Presse von drüben

In der Provinzpresse finden sich bisweilen interessante Details. In der „Märkischen Volksstimme", SED-Organ für den Bezirk Potsdam, kam beispielsweise der US-Historiker Lester Brune aus Illinois zu Wort. Er hielt sich mit einer Wissenschaftlergruppe in Cecilienhof auf, Schauplatz des Potsdamer Abkommens. Die Bemerkungen dieses „Freeze"-Anhänger sind für einheimische Ärzte insofern von Belang, als er das „DDR"-Bild in den US-Medien schilderte und auf diese Weise die negative Außenwirkung der „DDR" im Westen, darlegte. Brune sagte, in den Medien „und auch in den Köpfen vieler meiner Studenten existiert die DDR leider nur als ein tristes Gebilde jenseits des Eisernen Vorhangs." In den Staaten sei er gefragt worden, „ob ich in der DDR nicht um meine Sicherheit fürchte". Mancher kleine SED-Funktionär wird sich bei der Lektüre seines Heimatblattes vielleicht fragen, weshalb die „DDR" wohl solche Fragen hervorruft ...

Das Thema „Historisches Erbe" beschäftigt die Gemüter nach wie vor. In der „Deutschen Lehrerzeitung", die Erich Honeckers Ehefrau Margot herausgibt, wendet sich der Historiker Professor Dr. Walter Schmidt gegen „billige Legenden bürgerlicher Kreise" bezüglich der Aufrichtigkeit, mit der Ost-Berlin seine Wurzeln ausgräbt. Die „DDR", versichert Schmidt, könne sich ihr Erbe „nicht aussuchen oder nach Belieben verändern". Nun, es kommt auf die Akzente an: Schmidt zählt zum Beispiel auch den Mauerbau zu den „besonders markanten, traditionswürdigen Ereignissen".– Nach Graf Stauffenberg, Rathenau, Bismarck, Stein, Hardenberg und dem Alten Fritz langt die SED-Geschichtsbetrachtung nun auf der Suche nach Bestätigung im Mittelalter an: „Größere Beachtung verdient auch das Wirken deutscher Könige und Kaiser wie Heinrich I., Otto I. oder Heinrich IV. beim Aufbau und der Konsolidierung der feudalen Gesellschaft." Fraglich bleibt, ob die Ottonen tatsächlich schon den Aufbau des Sozialismus im Auge hatten.

Kairos neuer Premier soll Wirtschaft voranbringen

Die Außenpolitik bleibt auf die Araber ausgerichtet

PETER M. RANKE, **Tel Aviv**

Mit neun neuen Ministern in Schlüsselpositionen soll der jetzt bestätigte ägyptische Ministerpräsident Kamal Hassan Ali (63) vor allem die Staatswirtschaft reformieren und voranbringen. Das ist nach Meinung diplomatischer Beobachter die Hauptaufgabe des neuen Kabinetts mit 32 Ministern, das am Dienstag vereidigt wurde.

Der prowestliche Kamal Hassan Ali, der das Amt des Regierungschefs seit dem plötzlichen Tod von Fuad Mohieddin bereits seit Juni innehat, kommt vom militärischen Geheimdienst. Er war Außenminister und gilt als tatkräftiger Organisator. Sein Kabinett *ist die dritte* Regierung, seit Staatspräsident Mubarak im Oktober 1981 die Nachfolge des ermordeten Anwar el Sadat antrat.

Vor allem die ausländischen Industrie-Delegierten in Kairo hoffen, daß jahrelang aufgeschobene Projekte endlich entschieden werden, und daß der schwerfällige bürokratische Apparat ausgeholzt wird. Bisher behinderten sich die sechs verschiedenen Ministerien, in deren Händen die Staatswirtschaft ruht, ständig gegenseitig bis zur völligen Blockade. Auch der Tourismus-Minister wurde ausgewechselt. Ausländische Fachleute erwarten, daß die neuen Minister weniger für Bakschisch-Geschäfte anfällig sind als die alten.

Während Marschall Abu Ghazala stellvertretender Premier und Verteidigungsminister bleibt, mußte Innen*minister Hassan Abu Basha* gehen und wurde Minister für regionale Verwaltung. Ihm wird vorgeworfen, daß es bei den Parlamentswahlen Ende Mai drei Tote gab. Sein Nachfolger wurde der Polizeioffizier Achmed Rushgi. Rushgi ist für sein hartes Durchgreifen bekannt; es wird erwartet, daß er der allgemeinen Sicherheit im Lande Vorrang einräumen wird.

In der Außenpolitik wird sich unter dem neuen Minister Esmat Abdel Meguid nichts ändern, weil sie von Präsident Mubarak und seinem Berater Usama El Bas dirigiert wird. Meguid war UNO-Botschafter Ägyptens und nahm wie sein leitender Staatsminister Butrus Ghali an den Friedensverhandlungen mit Israel in Camp David teil. Seit dem Tod von Präsident Sadat 1981 wirkte er jedoch in der UNO an allen antiisraelischen Resolutionen der arabischen Staaten mit: er verfolgt intensiv Mubaraks Politik der Rückkehr ins arabische Lager. Für eine Verbesserung der Beziehungen zu Israel ist nicht Meguid zuständig, sondern der Präsident selbst.

Ob das neue Kabinett der große Wurf von Präsident Mubarak sechs Wochen nach den Parlamentswahlen wird, bezweifeln viele Beobachter. Mubarak gilt als unentschlossen und zögernd, unpopulären Reformen wich er bisher aus. Daran wird auch ein tatkräftiger Ministerpräsident wenig ändern können. (SAD)

FDP weiter für Steuerreform in einem Schritt

hey. **Bonn/München**

Die FDP denkt immer noch daran, die geplante Steuerreform mit einem Volumen von 20,2 Milliarden DM in nur einem Schritt zum 1. Januar 1986 zu verwirklichen. Das hat der Vorstand der bayerischen Freien Demokraten einstimmig vorgeschlagen. Auch FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher signalisierte auf der Sitzung Zustimmung. Diese Möglichkeit solle überlegt werden, wenn der Überschuß der Bundesanstalt für Arbeit tatsächlich drei Milliarden DM betragen sollte. Diese Mittel könnten dann nach Auffassung der bayerischen FDP dazu verwandt werden, die Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung zu senken und so im Bundeshaushalt zusätzlichen Spielraum für die Steuerreform zu schaffen. Als Alternative wurde eine Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ins Gespräch gebracht.

Genauso wie die Freien Demokraten wandte sich gestern der Haushaltsexperte der CDU/CSU, Bernhard Friedmann, gegen eine Anhebung von Arbeitslosengeld und -hilfe. Vielmehr solle der Bund von der Anstalt nicht benötigte Zuschüsse „voll einsparen".

Zuvor hatten die CSU-Bundestagsabgeordneten die Möglichkeit einer Steuerreform in nur einem Schritt für den Fall offengehalten, daß die Haushaltslage dies noch zulassen sollte. Demgegenüber hatte sich die Bonner Koalition im *Juni* dafür ausgesprochen, die Steuern kostenneutral 1986 um 11 und 1988 um 9,2 Milliarden DM zu senken.

„DDR": Stauffenberg „mutiger Patriot"

dpa, **Berlin**

Mit einer Reihe von Gedenkartikeln und Sendungen in Fernsehen und Rundfunk wird in der „DDR" in diesen Tagen an den Widerstand der Gruppe um Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg und das fehlgeschlagene Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erinnert. Von der SED-Monatsschrift „Einheit" wird Stauffenberg und seinen engsten Mitstreitern bescheinigt, mit „ihrer mutigen patriotischen Tat" versucht zu haben, die bei einer Fortsetzung des Krieges „zu erwartenden noch verheerenderen Folgen für das deutsche Volk abzuwenden". Dabei stellt das Blatt den „realistisch" eingestellten Kräften um Generaloberst Ludwig Beck und Oberst Stauffenberg „bestimmte Kreise des deutschen Imperialismus" gegenüber. Während sich Stauffenberg „zum entschiedenen Antifaschismus hinbewegte", seien die Kräfte um den früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler trotz ihrer „antinazistischen Ansichten" auf den Positionen „eines autoritären, ausbeuterischen Klassen- und Obrigkeitsstaates stehengeblieben". Die Programmzeitschrift „FF Dabei" meint, die Tragik der Männer um Goerdeler und Stauffenberg bestehe darin, „daß sie zu spät und ohne Verbindung zu den Volksmassen und zum antifaschistischen Widerstandskampf handelten", doch gebühre „ihnen allen unsere Hochachtung".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Hessen lagert Flugasche in Bayern

Umweltminister Dick sieht im „einmaligen Akt der Nachbarschaftshilfe" kein Risiko

P. SCHMALZ, **München/Wiesbaden**

Die Endlagerung von 600 Tonnen dioxinhaltiger Flugasche aus der Hausmüllverbrennungsanlage Darmstadt in einer bayerischen Deponie bezeichnete Bayerns Umweltminister Alfred Dick gestern im Münchner Landtag als „einen einmaligen Akt der Nachbarschaftshilfe". Der CSU-Politiker machte in der Fragestunde zugleich deutlich, daß von der Asche keine Gefahr für die Bevölkerung ausgehen könne. Die Dioxinmenge sei so gering, daß ein Erwachsener täglich mindestens 200 Gramm dieser Flugasche essen müßte, ehe eine krebserregende Wirkung zu befürchten sei, betonte Dick.

Gegen Vorhaltung von SPD-Abgeordneten blieb Dick bei seiner Auffassung, bei der Beseitigung von Sonderabfall sei eine enge Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg unerläßlich. Auch Hessen leiste „eine nicht hoch genug einzuschätzende Nachbarschaftshilfe", indem es in dem Salzbergwerk Herfa-Neurode jährlich etwa 1000 Tonnen Sondermüll aus Bayern einlagert. Nachdem nun Hessen über keine Deponie für die Flugasche aus Darmstadt verfügt, stimmte das Münchner Ministerium einem Vertrag zwischen der Hessischen Industriemüll GmbH und der Gesellschaft zur Beseitigung von Sondermüll in Bayern (GSB) zu, wonach in einer Lehmlinse nahe dem Ort Gallenbach (bei Aichbach) 600 Tonnen endgelagert werden.

Dick machte im Landtag jedoch deutlich, daß sich die hessische Regierung selbst in diese Zwangslage manövriert hat. Nach der dortigen Sonderabfallverordnung von 1978 war die Darmstädter Asche als normaler Abfall anzusehen. Das Problem entstand erst durch die Hochstufung auch der Flugasche aus Hausmüllverbrennungsanlagen zu „Sonderabfall". Ministerialdirigent Helmut-Günter Breuers gestern zur WELT: „Wir haben eine Zeitverzögerung mit dem Bau der Sondermülldeponie in Mainhausen. Wir hoffen, sie im Laufe des *nächsten Jahres fertigstellen zu können.*"

Empört ist der Minister über die politische Scheinheiligkeit der Grünen. In Hessen, so Dick, kam die Verordnung auf Druck der Grünen zustande, jetzt aber würden sich die Grünen darüber aufregen, daß Bayern den Müll übernimmt. In einer Pressemitteilung fragen sie bereits, ob Bayern zur „Giftmülldeponie der Bundesrepublik" werde.

Während die SPD von einem „echten Umweltskandal" spricht und die Haltung der bayerischen Regierung als „fahrlässig und gespenstisch" kritisiert, sind auch Fachleute von der Ungefährlichkeit des Abfalls überzeugt. „Wenn es nicht gerade mit dem Hubschrauber über Augsburg oder München verstreut wird, dann ist das kein Problem", formulierte bildhaft der Dioxinforscher Professor Karlheinz Ballschmiter, Inhaber des Lehrstuhls für Analytische Chemie an der Universität Ulm. Dennoch räumte Dick gestern auch Fehler seines Hauses ein, da es vor der Lagerung die Kommunalpolitiker und die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden nicht informierte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

TU-Berlin

„Krach an TU-Berlin"; WELT vom 10. Juli

Will man die aktuelle Entwicklung in der TU-Berlin gerecht beurteilen, bedarf es erheblicher Insiderkenntnisse, die sich nur aus jahrelanger intensiver Beobachtung der internen Entwicklung dieser Hochschule ergeben können. Dann wird klar, daß der derzeitige Präsident eine nicht immer über jeden Zweifel erhabene „Innenpolitik" in richtiger Erkenntnis des bitter notwendigen Ausgleichs durch eine offensive „Außenpolitik" zu kompensieren bemüht war und auf diesem Gebiet Erfolge vorzeigen kann, die ihm niemand bestreitet und die weitergeführt werden werden, wer immer der nächste TU-Präsident sein wird.

Die Leistung einer Hochschule findet aber nicht nur „draußen" statt, sie muß zunächst „zu Hause", mit Sorgfalt und Fleiß erarbeitet werden. Dabei kommt es in erster Linie auf Qualität der Leistung in allen Sparten und nicht allein auf Kompromisse an. Viele interne Probleme dieser Hochschule wurden dem Universitätspräsidenten von mehr ideologisch orientierten als fachlich versierten Politikern der letzten 15 Jahre „beschert". Der Präsident hat sie also nicht zu verantworten, er muß mit ihnen leben! Er wagte in den letzten Jahren schon kaum noch, Vizepräsidenten zur Wahl vorzuschlagen, nachdem es einige Pannen gegeben hatte. In jüngster Zeit noch gab es einen ernsten Streit zwischen dem Akademischen Senat und dem Präsidenten um die Universitätszeitung, die durch personelle Umstellung auf ein Niveau absank, das einer Berliner Hochschule nicht zum Ruhme gereicht. Man muß nicht konservativer Hochschullehrer sein, um sich gegen ein solches Zugeständnis an die „Linken" zu wehren, es genügt, als ernsthafter Wissenschaftler auch den Ruf seiner Universität im Auge zu haben! Daß die TU heute stärker als früher nach „links" tendiert, ist eindeutig eine Folge der Zerschlagung der PH-Berlin, aus der überwiegend der eher problematische Teil zu Zeiten von Senator Glotz der TU eingegliedert wurde.

Hier hat eine von Außenstehenden nicht zur Kenntnis genommene Entwicklung eingesetzt, die den Verantwortlichen in der Stadt noch manchen Kummer bereiten wird. Den damit verbundenen Konflikten durch „Wegsehen" ausweichen zu wollen, würde mangelndes Verantwortungsgefühl beweisen und kein Problem lösen, sondern dies bestenfalls nur vertagen.

Dr. Ursula Besser,
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Berlin 62

Verschwommene Maßstäbe

„Prioritäten und Perspektiven"; WELT vom 14. Juli

In diesem ausgezeichneten Artikel weist Matthias Walden auf die schicksalsschwere Schuld der Politiker hin, die sich der Auseinandersetzung zwischen den Systemen des Totalitarismus und der westlichen Demokratien entziehen. Auch die Bonner „Wende-Politiker" verlieren um der „kleinen Schritte" willen die höhere, unsere Zukunft bestimmende Aufgabe aus den Augen. Unionspolitiker verleihen Honecker immer menschlichere Züge und zeigten mehr Verständnis für die „Zwangslage" des SED-Chefs als für die verzweifelte Situation der in die Ständige Vertretung Geflüchteten. Sie warnen die Unterdrückten vor der Benutzung eines „Hinterausgangs", statt den Diktator mit Nachdruck zur Öffnung des „Vorderausgangs" aufzufordern. Eifrig betonen sie die Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden, als würde in der „DDR" nicht unablässig durch die Erziehung zu Feindbildern der Boden für Gewalt bereitet und als hätte die „DDR" nicht an den verschiedensten Kriegsschauplätzen Truppen eingesetzt. Vergessen diese Bonner Politiker, daß der Menschenhändler Honecker, der einen kleinen Teil seiner Gefangenen für einen horrenden Preis verkauft, die Daumenschrauben für die übrigen 17 Millionen noch stärker angezogen hat?

Reagans klare Sprache weisen sie als entspannungsschädlich zurück, denn, so Mertes, niemand habe das Recht, „von seiner politischen Meinung zu sagen, sie sei Gott wohlgefälliger und moralisch besser als eine andere".

Wenn die Maßstäbe so verschwimmen und die vornehmste Aufgabe demokratischer Politiker, für die Menschenrechte der Geknebelten und Verfolgten einzutreten, verblaßt, wird die Hoffnung erschreckend gering, daß der Westen sich gegenüber dem hochgerüsteten und zur Welteroberung entschlossenen Osten behaupten wird.

Ilse Schumann,
Berlin 37

Beängstigende Perspektive

„Falscher Ordnungsrahmen"; WELT vom 27. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der WELT hat sich Hans-Jürgen Mahnke ausführlich mit dem Ausnahmetarif der Bundesbahn für Partiefracht auseinandergesetzt. Es handelt sich um einen Ausnahmetarif, mit dem die Bahn für Sendungen ab 4 t Preise offerieren kann, die in etwa den Lkw-Frachtsätzen für Sendungen von 20 t entsprechen. Die deutlich wertenden Anmerkungen des Autors geben Veranlassung zu ein paar Hinweisen.

Das betriebswirtschaftliche Defizit der Bahn betrug 1983 4 Mrd. DM, die Gesamtzuwendungen des Bundes ca. 13 Mrd. DM. Die Auseinandersetzung um den DB-Ausnahmetarif für Partiefracht ist nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Ein staatliches Unternehmen, das hoch subventioniert wird, tritt mit diesem Tarif zu einem Gewerbe, das vorwiegend mittelständisch und privat strukturiert ist, in einen verschärften Preiswettbewerb, obgleich die zu erzielenden Preise im besten Fall die Marginalkosten (und die sind bei der Bahn relativ niedrig) decken.

Nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz und dem Güterkraftverkehrsgesetz, die noch immer für Tarifgenehmigungen des Bundesministers für Verkehr den gesetzlichen Rahmen abstecken, heißt es: „Mit dem Ziel bester Verkehrsbedienung hat die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die Wettbewersbedingungen der Verkehrsträger angeglichen werden und daß durch marktgerechte Entgelte und einen lauteren Wettbewerb der Verkehrsträger eine volkswirtschaftlich sinnvolle Aufgabenteilung ermöglicht wird". Der Bundesminister für Verkehr hatte also mehr zu prüfen als nur die Frage, ob die geplante Maßnahme dem Eigentümer schadet, wie Mahnke in seinem Artikel meint.

Inzwischen hat der Bundesminister für Verkehr den Ausnahmetarif genehmigt, woraus das Gewerbe, d. h. Güterkraftverkehr und Spedition, bei der gegebenen, oben zitierten Gesetzeslage sicherlich Folgerungen zu ziehen hat. In erster Linie folgende: Von der Bundesregierung ist offenbar künftig keine Unterstützung mehr zu erwarten, wenn die Bahn Verdrängungswettbewerb betreibt. Bei den relativ niedrigen Marginalkosten und dem Status der DB als nicht konkursfähiges Unternehmen eine beängstigende Perspektive!

Es ist zu begrüßen, daß Mahnke die „Schlacht um den Ausnahmetarif der DB für Partiefracht" zum Anlaß genommen hat, um grundsätzliche Fragen der Verkehrspolitik anzusprechen. Die Entscheidung für oder gegen den Tarif hatte nämlich in der Tat eine prinzipielle Bedeutung. Der Tarif selbst und seine Genehmigung haben aber nichts mit „Mehr Mut zum Markt" zu tun, wie Mahnke meint. Wer seine Verluste vom Steuerzahler gedeckt bekommt, kann durchaus Mut zum Markt haben. Ob das aber auch mehr Mut zur Marktwirtschaft ist, was Mahnke wohl letztlich sagen will, erscheint in Anbetracht der hohen Subventionen an die Bundesbahn mehr als fraglich. Marktwirtschaft ist nämlich mehr als Preisfreiheit und freier Zugang zum Markt, zur Marktwirtschaft gehören auch gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen. Für diese Art von Marktwirtschaft im allgemeinen und im Verkehr im besonderen hat sich die WELT bisher nicht stark gemacht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. May,
Bundesverband Spedition und Lagerei e. V.,
Bonn

Wort des Tages

» Geschichte ist die Aufzeichnung der Fortschritte und der Fehlschritte des Menschen. Sie zeigt uns, daß die Fortschritte langsam und unerheblich waren, die Fehlschritte dagegen zahlreich. Sie verleiht uns die Gelegenheit, aus dem Stolpern und Straucheln unserer Vorläufer Nutzen zu ziehen. Eingedenk der engen Grenzen, die uns gegeben sind, sollten wir mit dem Tadel für die, die Fehler machten, sparsam umgehen; wir verdammen uns jedoch selbst, wenn es uns nicht gelingt, Fehler als solche zu erkennen. «

Basil Henry Liddel Hart; engl. Militärtheoretiker (1895–1983)

AUSZEICHNUNGEN

Der frühere Bundespräsident **Karl Carstens** hat aus der Hand des bayerischen Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß** den bayerischen Verdienstorden erhalten. Besonders begrüßenswert fand es Carstens, daß es nur eine Stufe für die Verleihung des Ordens gebe. Er habe sich in seiner Amtszeit bei der Verleihung von Bundesverdienstorden immer wieder beraten lassen müssen, welche der acht Klassen denn gerade zu vergeben sei. Der bayerische Verdienstorden ist die höchste Auszeichnung Bayerns.

*

Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ist der Ehrenpräsident der Bundesrechtsanwaltskammer, **Heinrich Vigano** aus Köln, ausgezeichnet worden. Bundesjustizminister **Hans Engelhard** würdigte bei der Übergabe der Auszeichnung in Bonn die Verdienste Viganos um die Rechtspflege, die Anwaltschaft und die internationale Zusammenarbeit der Anwälte.

*

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist gestern **Christine Seyfried** ausgezeichnet worden. 1957 hatte sie das erste Pflegekind in ihre Familie aufgenommen; seit dieser Zeit hat sie sechs eigene Kinder und 34 Pflegekinder großgezogen von denen fast alle Kontakt zur Familie Seyfried auch heute noch haben. Seit 1965 leitet Christine Seyfried das Kinderhaus der Stadt Frankfurt am Main in Lotzstraße. Dort lebt sie zusammen mit ihrer Familie und fünf Pflegekindern.

*

Der Biochemiker Dr. **Karl Bauer**, der am Institut für Biochemie und Molekulare Biologie der Technischen Universität Berlin forscht, wurde mit dem Alexander-von-Humboldt-Preis ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wird seit zwei Jahren von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und dem französischen Forschungsministerium für außergewöhnliche Dienste um die deutsch-französische Kooperation in Wissenschaft und Forschung verliehen und berechtigt die Preisträger, einen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt in Frankreich zu verbringen.

*

Der Präsident der deutschen Forschungsgesellschaft (DFG), Professor Dr. **Eugen Seibold**, erhielt die Ehrendoktorwürde der „University of East Anglia" von Norwich in England. Seibold ist ein international bekannter Meeresbiologe und war als Fahrtleiter an vielen Forschungsfahrten der Schiffe „Meteor", „Glomar Challenger", „Valdivia" und „Sonne" beteiligt. Vor seiner Wahl zum Präsidenten der DFG war er Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität Kiel. Seit mehreren Jahren ist er außerdem Präsident der internationalen Geologenunion (IUGS).

GEWÄHLT

Die Inhaberin des Lehrstuhls für Geologie, Geochemie und Lagerstätten an der Technischen Hochschule Aachen, Frau Professor **Monika Wolf**, ist zur Generalsekretärin der internationalen Kommission für Kohlenpetrologie (ICCP) gewählt worden. In ihrem neuen Amt, das sie am 1. September antritt, wird sie für die Vereinheitlichung von Analyseverfahren und Fachbezeichnungen im Forschungsbereich von Kohle und Erdöl in 32 Ländern zuständig.

*

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e. V. hat das Vorstandsmitglied der Berliner Kommerzbank, Dr. **Hans Strathus**, als Nachfolger von **Heinz Mohr** zum neuen Präsidenten gewählt. Gleichzeitig wurde Heinz Mohr, der sein Amt 18 Jahre lang ausübte und sich hohe Verdienste um den Verein als ein politisches und ökonomisches Forum erwarb, zum Ehrenpräsidenten ernannt. Vielfalt und Kontinuität sollen laut Strathus die Aktivitäten des Vereins würdigen, der 1979 sein 100jähriges Bestehen feierte.

Personalien

GEBURTSTAGE

Morgen begeht einer der prominentesten Männer des musisch-politischen Lebens in Berlin seinen 80. Geburtstag: **Wolfgang Stresemann**, Sohn des früheren Reichskanzlers und Außenministers **Gustav Stresemann**. Der Jubilar will seinen Ehrentag ohne öffentliches Aufsehen „weit weg nur mit der Familie" verbringen.



Wolfgang Stresemann
FOTO: HEINZ WIESELER

Stresemann macht sich zur Zeit um Berlins Ansehen von neuem verdient, indem er der Bitte des Senats folgte, statt des im Verlauf des Streites zwischen den Philharmonikern und Chefdirigent **Herbert von Karajan** ausgeschiedenen Verwaltungschef Dr. **Peter Girth** die Amtsgeschäfte kommissarisch zu führen. Stresemann ist gebürtiger Dresdner, studierte zunächst Jura und trat in den diplomatischen Dienst ein. Erst nach dem Tode seines Vaters widmete er sich der Musik. 1939 emigrierte er in die Schweiz. Dort förderte ihn der weltberühmte Dirigent **Bruno Walter**. Erst 1956 kehrte Stresemann nach Deutschland zurück und trat zunächst als Intendant in die Dienste des Radio-Symphonie-Orchesters in Berlin.

*

Der Anatom Professor **Rüdiger von Volkmann** feierte gestern in Tübingen seinen 90. Geburtstag. Von Volkmann hat sich vor allem mit Problemen der mikroskopischen Anatomie beschäftigt. Sein Werk reicht von der Zytologie (Zellkunde) bis zur praktischen Orthopädie. Die Ergebnisse seiner Forschungen und Präparierkunst fanden breite Anerkennung in Lehr- und Handbüchern. Noch im letzten Jahrzehnt leistete er einen stark beachteten Beitrag zum besseren Verständnis der Statik und Dynamik des menschlichen Fußes. Volkmann, der in Tübingen und Jena studierte, war sieben Jahr Prorektor und Professor in Basel und wurde nach einer Zwischenstation in Würzburg 1936 als Ordinarius nach Jena berufen. Nach Kriegsende ließ er sich 1951 als Facharzt für Orthopädie in Ravensburg nieder. 1955 nahm er einen Lehrauftrag „Anatomie am Lebenden" in Tübingen an.

*

Der Leiter des Dienstleistungszentrums des Europaverbandes der Selbständigen-BVD, **Ernst Beigel**, feierte seinen 70. Geburtstag. Beigel, der bereits über ein Jahrzehnt für die Selbständigen tätig ist, war entscheidend bei der Gründung des Dienstleistungszentrums des BVD in Bonn beteiligt.

EHRUNG

Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** wurde von Landshut, der Stadt, deren Wahlkreis Nummer 214 er seit 27 Jahren für die CSU im Bundestag vertritt, mit dem Ehrenring der Gemeinde ausgezeichnet. Der Ehrenring, erstmals eingeführt am 27. September 1963, ist Persönlichkeiten gewidmet, „die durch hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Kunst, der Wissenschaften, des Sozialwesens und des öffentlichen Lebens das Wohl oder dem Ansehen der Stadt in besonderer Weise gemehrt haben" und darf nur jeweils an sechs lebende Männer oder Frauen vergeben werden. Landshut, rund 55 000 Einwohner und Sitz der Regierung von Niederbayern, vergibt neben der Ehrenbürgerwürde und dem Ring auch noch eine „Bürgermedaille" (jeweils drei Träger) und eine Plakette für verdiente Sportler.

BERUFUNGEN

Der Aufsichtsrat der Schering AG hat **Klaus Subjetzki**, Geschäftsinhaber der Berliner Handels- und Frankfurter Bank, zum neuen Vorsitzenden und den scheidenden **Hans-Jürgen Hamann** zum Ehrenvorsitzenden berufen. Hamann ist dem Unternehmen seit 1933 verbunden. Nach dem Abitur ging er für Schering nach Südamerika, in der Nachkriegszeit war er führend am Aufbau des Vertriebsnetzes im In- und Ausland beteiligt.

*

Nach heftigen juristischen Auseinandersetzungen mit der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, bei denen Wissenschaftssenator **Wilhelm Kewenig** schließlich obsiegte, berief er jetzt den Münchner Professor für Steuerrecht, **Bertram Otto**, für das Fachgebiet „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre/Schwerpunkt betriebliche Steuerlehre".

Werner Stephan, Geschäftsführer der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, ist kurz vor Vollendung seines 89. Lebensjahres gestorben. Stephan, von Haus aus Journalist, war bereits Reichsgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei und von 1955 bis 1959 als Bundesgeschäftsführer der FDP Vorgänger von **Karl-Hermann Flach**. Von 1959 bis 1964 nahm er das Amt des Geschäftsführers der Stiftung wahr. Anschließend war Stephan bis 1978 Vorstandsmitglied und dann Ehrenmitglied der Stiftung.

Wesentlich mehr „gefährliche Begegnungen"

AP, Frankfurt

Die Zahl der bekanntgewordenen „gefährlichen Begegnungen zwischen Luftfahrzeugen" ist 1983 gegenüber dem Vorjahr um 33 Prozent auf 48 gestiegen. Das geht aus dem gestern in Frankfurt veröffentlichten Jahresbericht der Bundesanstalt für Flugsicherung (BFS) hervor. Faktoren der wesentlichen Zunahme seien die „ungewöhnlich lange Schönwetterperiode, ein höheres Flugaufkommen und die Zunahme des Luftfahrzeugbestandes in der Bundesrepublik, hauptsächlich im Bereich der Segelflugzeuge und Motorsegler".

Fast alle Zwischenfälle hätten sich in niedrigen Höhen und 30 von ihnen im Einzugsbereich internationaler Flughäfen zugetragen. Die Zahl der zivilen Verursacher habe 35 betragen, das entspricht 73 Prozent, die der militärischen 13 (27 Prozent). Allerdings sind in der Aufstellung gefährliche Begegnungen militärischer Flugzeuge untereinander nicht enthalten.

Wieder Beziehungen Beirut–Teheran

AP, Beirut

Die libanesische Regierung hat gestern beschlossen, die vor neun Monaten abgebrochenen Beziehungen zu Iran wieder aufzunehmen. Der Abbruch war erfolgt, weil sich die iranische Revolutionsregierung geweigert hatte, ihre im ostlibanesischen Bekaa-Tal stationierten Milizeinheiten der „Wächter der Islamischen Revolution" abzuziehen. In letzter Zeit soll Iran nach Informationen aus Beiruter Regierungskreisen alle Revolutionswächter aus Libanon abgezogen haben. Lediglich etwa 200 iranische schiitische Prediger seien in dem überwiegend von Schiiten bewohnten Tal zurückgeblieben.

Lkw mit 9 Tonnen „Diplomatengepäck"

dpa, Genf

Ein angeblich mit „Diplomatengepäck" beladener sowjetischer Lastwagen, der seit einer Woche – mit Schweizer Zollsiegel versehen – auf dem Gelände der sowjetischen UNO-Vertretung in Genf stand, ist gestern überraschend über Basel und die Bundesrepublik wieder nach Moskau abgefahren. Der Transport hatte zu diplomatischen Verwicklungen zwischen den sowjetischen und den schweizerischen Behörden geführt. Die Sowjetunion hatte im Gegensatz zur Meinung der Schweiz bis zum Schluß darauf bestanden, daß es sich bei der neun Tonnen schweren Ladung um Gegenstände zum offiziellen Gebrauch der sowjetischen UNO-Vertretung und damit um „Diplomatengepäck" handle, das keiner Zollkontrolle unterliege.

Tausende Priester von Nazis bestraft

KNA, Paderborn

7829 Priester der katholischen Kirche in Deutschland sind während der zwölfjährigen Nazi-Herrschaft von den NS-Behörden bestraft worden. Rund 36 Prozent der gesamten Priesterschaft des deutschen Diözesanklerus gerieten aus Glaubensgründen mit dem Hitlerregime in Konflikt. Diese Angaben machte gestern in Paderborn der Vorsitzende der Kommission für kirchliche Zeitgeschichte im Erzbistum Paderborn, Professor Ulrich Wagener, Lehrstuhlinhaber für Kirchengeschichte an der Katholischen Fachhochschule in Paderborn. Diese Zahlen seien erstes Ergebnis aktueller Nachforschungen in der katholischen Kirche, die Anfang 1985 veröffentlicht werden sollen. Im KZ seien sieben Geistliche des Erzbistums Paderborn ums Leben gekommen. Der Franziskaner Kilian Kirchhoff aus Rönkhausen im Sauerland wurde wegen „Wehrkraftzersetzung" vom Volksgerichtshof in Berlin zum Tode verurteilt und am 24. April 1944 hingerichtet.

„Arbeitskampfrecht gesetzlich regeln"

rtr, München

Die von der FDP nach den jüngsten Streiks geforderte gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts ist jetzt erstmals auch aus den Reihen der CSU befürwortet worden. Der Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, Georg Freiherr von Waldenfels, schrieb im CSU-Organ „Bayernkurier", bei den Arbeitskämpfen seien „die gesetzgeberischen Versäumnisse sichtbar geworden".

Der CSU-Politiker sprach sich dabei ebenso wie die FDP dafür aus, künftig alle Arbeitnehmer, nicht nur die Gewerkschaftsmitglieder, an Urabstimmungen zu beteiligen. Außerdem solle sich der Gesetzgeber „endlich der Frage der Gleichwertigkeit der Kampfmittel Streik und Aussperrung annehmen". Waldenfels vertrat generell die Ansicht, daß es „so nicht weitergehen" könne.

„Unsere Chance liegt in der Produktion hochrangiger Waren"

■ Fortsetzung von Seite 1

hat, stellen eine schwere Belastung dar. Ich bedauere es sehr, daß weder von den führenden Gewerkschaftern noch von führenden SPD-Politikern ein distanzierendes Wort zu diesen Ausschreitungen zu hören war.

WELT: Wird dadurch die Wiederaufnahme des Dialogs erschwert?

Esser: Erschwert sicherlich. Aber wir müssen auch zu differenzierten Betrachtungsweisen bereit sein. Ein Verfahren, in dem aufgerechnet wird, wäre wenig hilfreich. Wir sind einer wirtschafts- und sozialpolitischen Gesprächsrunde gegenüber aufgeschlossen, wobei ich das in Mißkredit gekommene Wort von der Konzertierten Aktion beiseite lasse. Wir stehen zur Verfügung. Nur sollte man nicht annehmen, daß eine solche Gesprächsrunde aus sich heraus schon Auseinandersetzungen verhindern kann. Aber sie kann den Meinungsaustausch auch in kritischen Phasen ermöglichen. Darin liegt ihr eigentlicher Gewinn.

WELT: Die Instrumente, die Tarifparteien im Arbeitskampf haben, sollen also nicht geschmälert werden?

Esser: Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob Auseinandersetzungen der Art, wie wir sie gehabt haben, überhaupt noch zeitgemäß sind. Uns stehen viele Erkenntnismöglichkeiten zur Verfügung, die es erlauben, mit großer Sicherheit zu bestimmen, was wirtschafts- und sozialfördernd ist. Aber ich wende mich gegen Bestrebungen, Streik und Aussperrung – ich sehe beides wegen der notwendigen Gleichgewichtigkeit im Arbeitskampf in engem Zusammenhang – als Möglichkeiten der Auseinandersetzung zu eliminieren. Sie sind Mittel, die zur Tarifautonomie gehören.

WELT: Was erwarten Sie, Herr Esser, vom neuen Bundeswirtschaftsminister?

Esser: Ich habe bislang nur ein persönliches Gespräch mit ihm geführt. Das Bundeswirtschaftsministerium steht für eine Politik der sozialen Marktwirtschaft. Diese Haltung hat unter keinem Wirtschaftsminister in Zweifel gestanden. All das, was ich in den letzten Wochen von Herrn Bangemann gelesen oder gehört habe, spricht dafür, daß er diesen marktwirtschaftlichen Kurs fortsetzt.

WELT: Haben Sie Anlaß zur Kritik an der Politik der Bundesregierung. Geht Ihnen manches zu schnell, zu langsam oder in die falsche Richtung?

Esser: Die Bundesregierung hat einen erheblichen Beitrag geleistet zur Wiederherstellung stabiler Verhältnisse. Ich denke an ihre Bemühungen um die Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen. Wir stehen vor einer bedeutsamen Steuerreform, deren Volumen beachtlich ist. Leistungsträger werden dadurch gefördert und erfreulicherweise hat man die Idee, im Gegenzug neue Steuerlasten aufzubürden, aufgegeben. Die Belohnung der Leistung ist auch ein Beitrag gegen die Schwarzarbeit. Insgesamt meine ich, daß die Bundesregierung im finanz- und wirtschaftspolitischen Bereich auf dem richtigen Weg ist, auch wenn wir Kritik an Einzelpunkten zu üben haben.

WELT: Sie sprechen von der Schwarzarbeit und deren Bekämpfung. Haben Sie einen Überblick über das Ausmaß der Schwarzarbeit bei uns?

Esser: Es gibt eine OECD-Untersuchung in 14 Staaten mit dem Ergebnis, daß etwa acht Prozent des nominalen Sozialprodukts in der Bundesrepublik in Schwarzarbeit erstellt wird. Bezieht man diese Zahl auf das Sozialprodukt 1984, dann würden das etwa 150 Milliarden Mark sein. Ich muß aber dazu sagen, daß es in der Definition, was Schwarzarbeit ist, Probleme gibt. Wir liegen in der Mitte der Skala dieser 14 Länder. Natürlich kommt in der Schwarzarbeit auch Leistungswille zum Ausdruck, aber auch Abgaben-Unwille. Von der Bauwirtschaft wurde gesagt, daß ein nicht geringer Teil aller Eigenheime in Schwarzarbeit gebaut wird. Die Schwarzarbeit mit polizeilichen Mitteln zu bekämpfen, wäre ein untaugliches Instrument. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen so sein, daß man sich sagt: Gut, ich leiste meine Steuern, und ich leiste meine Sozialabgaben, und es bleibt dann immer noch genug verfügbares Einkommen für mich.

WELT: Bis in die Regierungsparteien hinein gibt es Forderungen, die Konsolidierungspolitik müsse gelockert werden. Was halten Sie davon?

Esser: Das beste aktuelle Beispiel dafür ist die Diskussion über die Verwendung von möglichen Überschüssen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Da meint man, zu irgend einem Termin, im Juni oder Juli, daß ein Mehr an Geld verfügbar zu sein scheint. Ich warne eindringlich davor, daß man nun schon wieder in diese Verteilungsmentalität verfällt. Niemand weiß, wie die Kasse zum Ende des Jahres wirklich aussieht. Ich denke, man sollte sich hier mehr Zeit nehmen. Insgesamt ist es doch so, daß sich die Soziallasten in den Arbeitskosten niederschlagen. Im Wettbewerb ist das ein großes Handicap. Unser wirtschaftliches und soziales Schicksal ist in der Wettbewerbsfähigkeit beschlossen. Da führt kein Weg dran vorbei. Das ist das Feld, wo wir uns stellen müssen. Häufig wird so getan, als handele es sich dabei nur um unseren Export. Wenn wir uns in Deutschland umsehen, in die Geschäfte hineinschauen, dann treffen wir überall ausländische Produkte an. Und weil wir keinen Protektionismus wollen, müssen wir auch für die Auseinandersetzung auf dem heimischen Markt wettbewerbsfähig bleiben.

WELT: Wie stark macht sich dabei unser technologischer Rückstand bemerkbar?

Esser: Eine generelle Feststellung, wonach wir technologisch im Rückstand sind, wäre nicht korrekt. Das wird ja auch widerlegt durch unseren Export, der natürlich durch das Verhältnis der Mark zum US-Dollar begünstigt wird. Als exportorientierte Nation müssen wir den Versuch machen, auf möglichst allen Gebieten mithalten zu können.

WELT: Aber ist es nicht auch so, daß wir wegen eines weniger ausgeprägten Risikowillens jedenfalls auf Teilgebieten gegenüber Japanern und Amerikanern ins Hintertreffen geraten sind?

Esser: Wir haben, das ist richtig, noch zu wenig Strukturwandel und wir müssen im Bereich moderner Technologien unsere Kräfte besonders anspannen. Die Arbeitslosigkeit ist ja in den Branchen entstanden, in denen es keine besonders intensiven technischen Fortschritte gibt. Aber unabhängig davon sind bei uns die Bedingungen so, daß wir keine Billigware mehr produzieren können, wie es im Fernen Osten oder in Südostasien der Fall ist. Dafür ist unser Arbeitskostenniveau zu hoch. Unsere Chance liegt in der Produktion hochrangiger Waren.

WELT: Zum Arbeitsmarkt. Wie muß heute eine beschäftigungswirksame Wachstumspolitik beschaffen sein?

Esser: Ich warne vor all denen, die dauernd vereinfachen. Es ist eine Milchmädchenrechung, zu sagen, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wird die Zahl der Arbeitslosen sinken. Hier muß ich auch Angaben aus dem Bereich der Bundesanstalt für Arbeit entschieden widersprechen. Was wir tatsächlich brauchen, ist eine Vielzahl von Impulsen und verbesserten Rahmenbedingungen. *Zu diesen Rahmenbedingungen* gehört die Haushaltskonsolidierung. Natürlich gehört dazu, daß wir die Sozialkosten im Griff behalten. Wir haben die Sozialkosten in nicht geringem Umfang dynamisiert. Was wir dynamisieren müssen, ist unsere wirtschaftliche Entwicklung, damit wir uns das leisten können, was wir uns zur Zeit nicht so ohne weiteres leisten können. Man kann nicht das Sozialprodukt verteilen und erst dann erwirtschaften wollen. Dazu gehört weiter, daß wir uns alles zu eigen machen, was an technologischer Entwicklung in der Luft liegt. Wenn wir ein Wachstum von real 2,5 bis drei Prozent, vielleicht auch eine Idee darüber, erwirtschaften, dann können wir davon ausgehen, daß dadurch etwa 250 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

WELT: Wie beurteilen Sie die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt?

Esser: Die deutsche Wirtschaft hat im vergangenen Jahr eine außerordentliche Leistung erbracht und alleine 700 000 Ausbildungsplätze angeboten. Wir haben außerdem ein berufspraktisches Jahr ermöglicht für diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Lehre absolvieren können oder wollen, so daß sie wenigstens eine Berufseinführung erlernen. Wir haben inzwischen in der Bundesrepublik die niedrigste Zahl jugendlicher Arbeitsloser verglichen mit anderen Industrienationen. Die Zahl ist aber immer noch zu hoch, doch wir dürfen niemanden vormachen, daß wir diese Schwierigkeiten in kurzer Frist beseitigen können. Der Arbeitsmarkt kann nicht in kurzer Zeit radikal zum Guten verändert werden. Es wäre unredlich, so etwas zu behaupten. Alle unsere Mühen sind darauf ausgerichtet, die Anstrengung vom Vorjahr auch 1984 zu wiederholen und die Wirtschaft weiß, daß auch 1985 noch ein schwieriges Jahr wird. Dabei spielt eine Rolle, daß in großem Ausmaß Abiturienten in die Berufsausbildung hineindrängen, aus der nüchternen Erkenntnis heraus, daß heute ein Studium keine Garantie für ein bestimmtes Berufs- oder Lebensziel mehr ist. Das hat alle Berechnungen über den Haufen geworfen. Erfreulich ist auf der anderen Seite, daß unter den Jugendlichen eine nüchterne Beurteilung um sich greift. Trotz ihrer Romantik und ihres Idealismus wächst die Erkenntnis: Ich muß etwas vernünftiges lernen, und ich muß nachweisen, daß ich das anwenden und handhaben kann.

WELT: Sollte das Vermittlermonopol bei der Bundesanstalt für Arbeit verbleiben?

Esser: Es hat immer wieder Überlegungen darüber gegeben. Ich glaube, im Grundsatz sollte es bei diesem Monopol bleiben, weil das ja kein Feld ist, auf dem Geschäfte gemacht werden sollen. Auf der anderen Seite halte ich es für sinnlos, daß ein Arbeitsamt gegen Private mit Strafandrohungen vorgeht, wenn diese fünf oder zehn Ausbildungsplätze vermitteln wollen. Da sollte ein höheres Maß an Einsicht und Beweglichkeit einsetzen.

WELT: Wie lautet Ihre Prognose zur weiteren Wirtschaftsentwicklung?

Esser: Als Folge des Arbeitskampfes wird es einen leichten Rückschlag geben. Wir haben damit zu rechnen, daß die Rationalisierungsimpulse auch als Folge des Streiks eher zu- als abnehmen werden. Wenn wir vor diesem Hintergrund ein reales Wachstum von drei Prozent erreichen, dann gehen wir mit guten Voraussetzungen in das Jahr 1985. Einen Vorbehalt muß ich machen. Die weltwirtschaftliche Entwicklung kann von uns nicht gravierend beeinflußt werden. Aber vielleicht eine Zahl, die interessant ist: Wir haben durch die Konsolidierungspolitik in der Bundesrepublik unser Verhältnis deutsche Zinsen zu den amerikanischen Zinsen praktisch um zwei Prozentpunkte verbessert. Das ist eine enorme Leistung. Unendlich wichtig ist auch, daß wir eine Inflationsrate haben, die sich unter drei Prozent bewegt. Dies ist in der sozialen Auswirkung von größerer Bedeutung als der eine oder andere Tarifabschluß.



Esser: „Wir sollen uns alles zu eigen machen, was an technologischer Entwicklung in der Luft liegt." FOTO: PETER MITCHELL

Die Sowjets stellen drei operative Luftarmeen auf

Schwenkflügel-Jagdbomber bilden die Hauptstütze

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Mit der Einführung von Schwenkflügel-Flugzeugen der dritten Generation, deren Reichweite und Waffenzuladung gegenüber früheren Modellen verdreifacht und vervierfacht werden konnte, hat sich die sowjetische Luftwaffe einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte gegenübergesehen. Es galt, die Einsatzgrundlagen den technischen Möglichkeiten anzupassen, die den Luftstreitkräften zur Verfügung stehen. Das ist jetzt geschehen: Die Sowjetunion hat drei operative Luftarmeen aufgestellt, die jeweils einem Kriegsschauplatz zugeordnet werden sollen.

Die neuen Luftarmeen sind in der NATO unter ihrer sowjetischen Bezeichnung TVD bekannt. Im Ernstfall hofft die Sowjetunion nach den Erkenntnissen einschlägiger westlicher Militärkreise mit diesen modern ausgerüsteten Luftarmeen den operativen Luftkrieg tief in das Hinterland des Gegners tragen zu können. Hauptstütze der neuen Verbände sind der Schwenkflügel-Jagdbomber „Fencer", dessen Reichweite von der Sowjetunion bis nach den britischen Inseln reicht, sowie der strategische Bomber „Backfire".

Unter Umgehung des Briefes, den der damalige sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew am 16. Juni 1979 an Präsident Carter richtete, haben die Sowjets nach westlichen Erkenntnissen diesen Bomber mit Schnellverschlüssen zur Anbringung von Betankungsstutzen versehen, die ein Nachtanken im Fluge ermöglichen. Breschnew hatte zugesichert, daß der „Backfire"-Bomber diese Einrichtung nicht erhalten werde.

Der Schritt zur Aufstellung operativer Luftarmeen kann in seiner Bedeutung nur vor dem Hintergrund der bisherigen Organisation der sowjetischen Luftstreitkräfte gesehen werden. Eine eigene sowjetische Luftwaffe im westlichen Sinne gibt es nämlich nicht. Die Sowjetunion trennt zwischen der Heimatluftverteidigung PVO, den Fernfliegerkräften, den Transportfliegerkräften und den Frontluftarmeen. Die letzteren sind taktische Fliegerkräfte, die jeweils sowjetischen „Fronten", im westlichen Sinn Heeresgruppen, unterstellt sind. Ein PVO-Pilot und ein Frontflieger-Pilot gehören danach praktisch verschiedenen Waffengattungen an.

Die Frontflieger – in der „DDR" ist die 16. Frontluftarmee stationiert – sind entsprechend als der verlängerte Arm des zuständigen Heeres-Befehlshabers zu sehen. Der Tradition nach sind sie eine Art „fliegende Artillerie" zur direkten Unterstützung der Bewegungen der Landstreitkräfte. Von der Einsatzdoktrin her wurden die neuen Flugzeuggenerationen diesen Bedingungen nicht mehr gerecht. Durch die Schaffung der TVD-Luftarmeen ist die Sowjetunion den Schritt gegangen, den die Technik im Hinblick auf die operative Luftkriegführung gebot. Damit ist nicht gesagt, daß sowjetische Frontfliegerkräfte sich auf Aufgaben in der unmittelbaren Kampfzone beschränken.

Die Aufstellung operativer Luftstreitkräfte machte es nötig, auch die Einsatzgrundlagen der sowjetischen Flieger zu ändern. Sowjetische Tradition ist es, Flieger „an der kurzen Leine" zu führen, sie einem strikten Verfahren zu unterwerfen, das eigene Initiative kaum zuläßt. Zum Teil ist das das Wesen des Überwachungsstaates und daher auch vermutlich nie ganz zu beseitigen. Im Westen ist dennoch bemerkt worden, daß die sowjetische Führung darum ringt, Verantwortung und Initiative auf die Piloten zu verlagern. Es handelt sich im Urteil versierter westlicher Beobachter hierbei um einen Prozeß, die geistige Ebene der nun vorhandenen Technik folgen zu lassen.

Nach Erkenntnissen westlicher Fachleute ist die Qualität sowjetischer Piloten gut. Dennoch müsse man auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen Piloten der NATO und des Warschauer Pakts hinweisen: Der westliche Pilot folge nur seinem Flugauftrag – wie er ein Ziel finde und angreife, sei völlig ihm überlassen. Soweit gingen die Sowjets nicht. Die jährliche Flugzeit eines sowjetischen Piloten liege noch immer erheblich unter dem Niveau der NATO. Im Westen werde auch unter Wetterbedingungen routinemäßig geflogen, zu denen jedes sowjetische Militärflugzeug auf dem Boden stehe.

Noch ein weiterer Trend bei den sowjetischen Luftstreitkräften ist im Westen bemerkt worden: Mehr und mehr stellen die Sowjets bisherige Luftverteidigungsverbände auf den Luftangriff um. (SAD)

Konflikt bei Lutheranern?

Ungarischer Bischof Zoltan Kaldy fordert Kritik heraus

DW. München

Politisch und theologisch brisant ist die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, die vom 22. Juli bis 5. August in Budapest stattfindet. Mit der Formel „es darf über alles geredet werden", die er in einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (Idea) prägte, bemühte sich der bayerische Landesbischof Johannes Hanselmann offensichtlich beabsichtigten Versuchen entgegenzuwirken, etwa die Menschenrechtsverletzungen im Ostblock thematisch auszuklammern.

Hanselmann, einer der Vizepräsidenten des Weltbundes, wies darauf hin, daß eine Arbeitsgruppe zum Thema „Verwirklichung der Menschenrechte" vorgesehen ist. Er, Hanselmann, wolle zwar ihren Ergebnissen nicht vorgreifen, er halte es aber „nicht für möglich, aus den anzustellenden Überlegungen bestimmte Länder auszunehmen". Auch die umstrittene „Theologie der Diakonie", die von der gastgebenden lutherischen Kirche in Ungarn praktiziert wird, sei nicht automatisch von Kritik ausgeschlossen. Den Konflikt deutete Hanselmann vorsichtig an: Es sei ihm kein Fall bekannt, „wo uns Schweigen auferlegt worden wäre".

Im Vorfeld der alle sieben Jahre stattfindenden Vollversammlung waren Bedenken gegen die von dem Budapester Bischof Zoltan Kaldy geforderte „Theologie der Diakonie" laut geworden, nach der die Kirche sich aktiv am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beteiligen soll. Von Kaldy, der dem ungarischen Parlament angehört, war bekanntgeworden, daß er sich jede Kritik an seiner Theologie sowie an seiner Person verbeten haben soll. Zoltan will sich um das Amt des Präsidenten des Lutherischen Weltbundes bemühen.

In Budapest soll auch über den Antrag schwarzafrikanischer Kirchen entschieden werden, die Mitgliedschaft dreier deutscher lutherischer Kirchen in Süd- und Südwestafrika zu suspendieren beziehungsweise diese Kirchen nicht in den Weltbund aufzunehmen, weil sie sich nicht entschieden genug gegen die Rassentrennung gewandt hätten. Hanselmann hält diesen Schritt für falsch, weil sich die Situation dieser Kirchen gewandelt habe.

„Das ist Kirchenspaltung"

Ausgewiesene Priester über die Lage in Nicaragua

DW. Madrid/Rom

Der aus Nicaragua ausgewiesene spanische Priester Franzisco San Martin hat von einem „weiteren Schritt in der Politik der Einkreisung der Kirche" in dem mittelamerikanischen Staat gesprochen. Das Regime in Managua, sagte der Geistliche, verfolge mit der Herausstellung dreier Priester als Kabinettsmitglieder eine bewußte Täuschung. Die Minister im Priesterrock seien nichts anderes als ein „Deckmantel für eine verschleierte Kirchenverfolgung". Der ebenfalls ausgewiesene Pater Vicente Caudell nannte die Spaltung zwischen der Amts- und der dem Regime nahestehenden sogenannten Volkskirche eine Tatsache.

Der Jesuit Fernando Cardenal war am vergangenen Freitag zum Erziehungsminister in der Sandinistenregierung Nicaraguas ernannt worden. Sein Bruder Ernesto Cardenal amtiert als Kultusminister. Auch Außenminister Miguel Descoto Brockman ist ein Geistlicher.

Fernando Cardenal hatte sein Amt ungeachtet eines vatikanischen Verbots angetreten. Das Ministeramt, sagte Jesuitengeneral Peter-Hans Kolvenbach, sei unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Jesuiten-Orden. Sollte Cardenal nicht auf die politische Funktion verzichten, seien alle Konsequenzen, „auch die schmerzlichsten", zu ziehen. Die Führung des Jesuitenordens kann sich direkt auf Papst Johannes Paul II. berufen, der während seiner Mittelamerika-Reise 1983 seine Absage an jegliche politische Tätigkeit der Geistlichen bekräftigt hatte.

„Seid keine gesellschaftlichen oder politischen Funktionäre einer zeitlichen Macht", hatte der Papst in Guatemala erklärt. „Seid immer Männer der Kirche und laßt nicht zu, daß ideologische Beweggründe mißbräuchlich an die Stelle eurer Identität treten". Ein am 6. März 1982 veröffentlichtes Dokument der vatikanischen „Kongregation für den Klerus" bestimmt, daß sich Priester und Ordensleute von der Politik fernzuhalten haben. Gemeint sind sowohl politische Parteien oder Gruppen, denen sich katholische Kleriker anschließen, als auch Vereinigungen, die von Priestern und Ordensleuten zu politischen oder gesellschaftlichen Zwekken gebildet werden. So ist beispielsweise in der CSSR Geistlichen die Mitgliedschaft in der regimenahen Bewegung „Pacem in terris" untersagt.

Kein Jubel der „DDR" für den Jubilar Gromyko

hrk. Berlin

Ohne den sonst bei derartigen Anlässen üblichen überschwenglichen Tenor hat das SED-Zentralkomitee seine Glückwunsch-Adresse zum 75. Geburtstag des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko verfaßt. In dem von Erich Honecker unterschriebenen, nur 44 Zeilen langen Glückwunsch heißt es, Gromykos Name sei seit Jahrzehnten „aufs engste mit der Ausarbeitung und Verwirklichung der Leninschen Außenpolitik der Sowjetunion verbunden".

Über den harten Kurs Gromykos zur Disziplinierung des Ostblocks heißt es: „Besonders würdigen wir Ihr unermüdliches Eintreten für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft." Gromyko sei ein „treuer Freund" der „DDR".

Fraktionschefs in Straßburg gewählt

U. L. Straßburg

Die beiden größten Fraktionen im Straßburger Europaparlament werden künftig von deutschen Abgeordneten geführt. Die Christdemokraten wählten gestern in Brüssel Egon Klepsch für zweieinhalb Jahre zu ihrem Fraktionsvorsitzenden. Der deutsche Christdemokrat, zu dem es keinen Gegenkandidaten gab, hatte dieses Amt bereits von Mai 1977 bis Januar 1982 inne.

Bereits am Vortag hatte die sozialistische Fraktion den früheren Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Arndt konnte sich mit 67 zu 54 Stimmen gegen den bisherigen Fraktionschef, den Belgier Ernest Glinne, durchsetzen. Die liberale Fraktion wird nach dem Ausscheiden der deutschen Abgeordneten künftig von Simone Veil, der früheren Parlamentspräsidentin, geleitet.

Kritik an Plänen für „Autogeld"

dpa, Hamburg

Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg hat die Pläne der Bundesregierung kritisiert, die Umstellung der Kraftfahrzeuge auf bleifreies Benzin zu subventionieren. Die Institutszeitschrift „Wirtschaftsdienst" meint, zwar seien direkte Zahlungen an die Käufer umweltfreundlicher Autos noch nicht beschlossen, es falle aber schwer Gründe dafür zu finden, daß alle Steuerzahler zur Kasse gebeten werden sollen, anstatt die Autofahrer als eindeutig festzustellende Verursacher der Umweltverschmutzung zu belasten. Ähnlich wie beim Wohngeld, das an private Haushalte fließt, letztlich aber auch der Wohnungswirtschaft zugute komme, würde durch ein „Autogeld" auch die Automobilindustrie einseitig gefördert.

Pazifistentreffen: Kritik am Ostblock

dpa, Perugia

Mit einer Demonstration gegen die Regierungen der kommunistischen Länder Osteuropas hat in Perugia eine Konferenz von Pazifisten aus ganz Europa begonnen. Die Mehrheit protestierte dagegen, daß die Vertreter der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77", des polnischen Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR) und der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" sowie eine Delegation pazifistischer Frauen aus der „DDR" keine Reisegenehmigung nach Italien erhalten hatten. Die regierungstreue Delegation der Sowjetunion drohte vorübergehend, den Konferenzort zu verlassen. Die Bundesrepublik ist auf dem bis Samstag dauernden „Dritten Europäischen Konvent für den Frieden" durch eine Abordnung der Grünen und durch mehrere andere pazifistische Organisationen vertreten.

Delors nominiert für EG-Spitzenamt

dpa, Brüssel

Frankreich hat den EG-Partnern seinen ehemaligen Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors als Kandidaten für das Amt des EG-Kommissionspräsidenten nominiert, verlautete aus belgischer Quelle. Damit hat Präsident Mitterrand offenbar dem Drängen vieler EG-Parnter stattgegeben, die statt des Außenministers Cheysson lieber Delors akzeptieren würden, dem ein gespanntes Verhältnis zum neuen Premierminister Laurent Fabius nachgesagt wird.

Rezepte aus „DDR" werden anerkannt

dpa, Bonn

In der „DDR" ausgestellte Rezepte werden ab sofort von den Apotheken in der Bundesrepublik und in West-Berlin ohne weiteres anerkannt. Wie das Bundesgesundheitsministerium gestern mitteilte, entfällt damit die bisherige Regelung, daß verschreibungspflichtige Arzneimittel von einem in der Bundesrepublik zugelassenen Arzt verordnet werden müssen.

Ein Oldtimer des Fernsehens feiert Jubiläum: Zum 700. Mal „Der 7. Sinn"

Keine Schneeketten für die Tropen

Früher einmal, gewissermaßen in seinen Jugendjahren, saß er auf einem Traum-Sendeplatz: am Freitagabend unmittelbar vor dem Krimi. Von da an ging's bergab mit der Einschaltquote von mehr als 40 Prozent. Schuld am Zuschauerschwund ist die ARD-Programmkonferenz. Sie nötigte den „7. Sinn" von einem Termin auf den anderen. Zu seinem Schaden.

Mal verbannten die Fernsehdirektoren ihn vom Abend in eine nachtschlafene Stunde und dann wieder in den Nachmittag, *wenn die Zuschauer* auf dem Heimweg noch in der Rushhour steckten. Ein andermal verschoben sie ihn vom Freitag auf den Sonntag, nachdem ihre Absicht, die Reihe am Montag einzunisten, heftigen Protest ausgelöst hatte.

Ironischer Kommentar aus dem WDR damals im Jahr 1975: „Wir werden also künftig den Autofahrern sagen müssen, wie sich ihr Unfall vom Wochenende hätte vermeiden lassen, wenn sie den ‚7. Sinn' wie bisher am Freitag hätten sehen können." *Schließlich*, gab man zu bedenken, betrachte die Reihe es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, den Verkehrs*teilnehmern* Tips *gerade* auch für das Wochenende zu geben, wenn Millionen auf Achse sind.

Seit zwei Jahren wird der „7. Sinn" donnerstags nach der Tagesschau im Anschluß an den Reisewetterbericht *ausgestrahlt. Auch mit diesem* Sendeplatz ist beim Publikum kein Staat mehr zu machen. Zur selben Zeit stillen im ZDF Wim Thoelke oder Hans Rosenthal den Drang der Fernsehnation nach Entspannung zum Feierabend.

Doch trotz aller Eingriffe hat der „7. Sinn" überlebt. Er ist inzwischen schon achtzehn Jahre alt geworden. Jetzt gilt es sogar, ein Jubiläum zu *feiern*: Heute abend geht bereits der 700. *Spot über den Bildschirm. Und* ein Ende der Sendereihe ist nicht abzusehen, weil der Verkehr auf unseren Straßen eine Dauerkrise ist.

Der „7. Sinn", eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks in Verbindung mit der Deutschen Verkehrswacht in Bonn, ist so etwas wie ein Vorläufer der heutigen Ratgeber-Sendungen und mit „Baujahr" 1966 einer

Der 7. Sinn – ARD, 20.15 Uhr

der Oldtimer des Fernsehens aus Köln. Neun von zehn Zuschauern kennen, wie eine Umfrage ergeben hat, den Tele-Kurs zur Vekehrsvernunft, was ihn auf eine Popularitäts*stufe mit zum Beispiel „Ein Platz für* Tiere" oder „Was bin ich?" stellt. Eine *zweite* Zahl ist nicht weniger imponierend: Die Reihe konnte bisher bereits 36 nationale und internationale Auszeichnungen einheimsen. Sie ist damit die meistdekorierte des europäischen Fernsehens.

Die Preise aus dem Ausland kommen *natürlich* nicht von ungefähr. Der „7. Sinn" wird von 55 Ländern in sechs Sprachen übernommen, darunter Ungarn, Portugal, Jugoslawien und Norwegen. Weil draußen viele Verkehrsregeln anders sind als bei uns, konzentriert sich der „Export Sinn" auf neutrale Themen, etwa auf Filme, die für mehr Rücksicht und Partnerschaft auf der Straße werben. Staaten aus der Dritten Welt gehören ebenfalls zu den Abnehmern, und *den Bewohnern eines Landes mit* ewigem Sommer den Gebrauch von Schneeketten zu erläutern, wäre sicherlich vertane Sendezeit.

Der „7. Sinn" hat, wie gesagt, schon *bessere Fernsehtage gesehen. Auch* mehr Tage. Früher stand er das ganze Jahr über jede Woche einmal auf dem Programm. Heute wird er nur noch an Donnerstagen ausgestrahlt, die nach der Tagesschau auch über das Reisewetter informieren: von der ersten Juni- bis zur letzten September-Woche und von der zweiten Dezember- bis zur dritten März-Woche. Heinz Engels von der Verkehrswacht, der die Exposés für die einzelnen Spots liefert, macht aus seinem Bedauern über eine solche Koppelung keinen *Hehl*. Der „7. Sinn", meint er, wolle doch nicht bloß einen Service zur Reisezeit anbieten, sondern mit seinen Tips das tägliche Leben im Straßenverkehr leichter machen.

Die Macher des „7. Sinn" plädieren dafür, der Sendereihe wieder wie früher einen festen Platz zu einer festen Zeit im Programm über das ganze Jahr zu geben. Vier Monate aus den Augen, befürchten sie, könnte sonst für den „7. Sinn" auch aus dem Sinn bedeuten.

EGON WOLFF

KRITIK

Wo blieben die Fachleute?

Als ausgesprochener Flop erwies sich der Hauptbeitrag vom **Report** (ARD): Autor Wolfgang Moser schien mit der Untersuchung über das Thema „Die Auschwitz-Lüge. Ist ein Anti-Nazismusgesetz nötig?" total überfordert. Die entscheidende Frage, ob man Geschichtsklitterung mit Hilfe des Strafrechts unterbinden kann, wurde gar nicht diskutiert. Nur der unglückliche Justizminister Engelhard kam vor die Kamera, jedoch kein Theodor Eschenburg, kein Karl-Dietrich Bracher oder sonst eine Kapazität auf dem Gebiete der Zeitgeschichte und der Politikwissenschaft. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschland" (NPD) blieb vollkommen ungeschoren.

Dafür wurde dann der angesehene Historiker Hellmut Diwald in einem Atemzug mit jenem Thies Christophersen genannt, der als Leiter der neonazistischen „Bürger- und Bauerninitiative" wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung der Bundesrepublik und Verwendung von NS-Symbolen in Konflikt mit dem Strafgesetzbuch kam.

Franz Alt, der ansonsten durch geschickte Moderation auch verunglückte Beiträge ein wenig auszubügeln versteht, vermochte diesmal – wohl durch beträchtliche Tonstörungen zu Beginn der Sendung verunsichert – keinerlei notwendige Korrekturen anzubringen.

GISELHER SCHMIDT

Dreiecksromanze im Waschsalon

Daß auch ältere Menschen Liebe und Eifersucht empfinden, haben die Fernsehspielautoren nun schon seit längerer Zeit entdeckt, *ebenso wie* ihr Herz für den kleinbürgerlichen Großstadtalltag. Nach einer Idee des Urberliners Robert Wolfgang Schnell schuf Karl-Heinz Deikkert für das ZDF **Ich liebe Dich, Juli** eine Dreiecksromanze um eine rundliche Hausmeisterin (Ingeborg Lapsien) und ihre beiden Verehrer, einen Waschsalonbesitzer (Friedrich Siemers) und einen pensionierten Drukker (Heinz Schimmelpfennig). Das Milieu zeichnete er mit sicheren Strichen, es wurde auch nicht zu arg ber*linert, ja, eher zu viel gepflegtes* Hochdeutsch gesprochen.

Aber eine unmögliche Handlung hatte man sich da zurechtgebastelt, um das richtige Paar, das von vornherein feststand, erst auseinanderzutreiben und dann zum glücklichen Ende wieder zusammenzufügen. Eine Nacht in einem zu schmalen Bett, ein falsch eingeräumtes Regal beeinträchtigen die Verständigung. Ein Hauswirt mußte sterben, Wohnungen mußten gewechselt wer*den und der Waschsalonbesitzer* mit seinen rotierenden Maschinen an den Rand des Ruins getrieben werden, um die verschlungenen Pfade richtig zusammenzuführen.

Berliner Straßenverkehr, die toten Gleisanlagen des Potsdamer Bahnhofs, eine echt geratene Eckenkneipe mit ihren Stammgästen gaben den realistischen Rahmen eines Kleinbürgerdramas ab, das man sich nur ein gutes Stück plausibler gewünscht hätte.

HELLMUT JAESRICH



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Warum habt ihr Hitler widerstanden?
10.50 Musikladen
11.35 Mosaik
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.30 Die wilden Schwäne
15.00 Maß und Jenny
15.30 Tagesschau
15.40 Tiere vor der Kamera
Australien – Heimat der Wellensittiche
Dokumentation von Ernst Arendt und Hans Schweiger
16.25 Die drei Verrückten
Slapsticks aus Amerika
16.40 Spielstatt
Eine Fabrik voller Abenteuer
17.20 ARD-Sport extra
Tour de France
20. Etappe: Morzine–Crans-Montana
Ausschnitte *einer* Eurovisionssendung des französischen Fernsehens vom selben Tag
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
anschl. Der 7. Sinn
20.18 Er wollte Hitler töten
Porträt des Axel von dem Busche
Von Jürgen Engert
Schon 1943 plante Axel von dem Busche zusammen mit den Verschwörern des legendären „20. Juli" *ein* Sprengstoffattentat auf Hitler, welches aber durch die Folgen eines Luftangriffs vereitelt wurde. Porträt eines Überlebenden, der sich zum ersten Mal einer breiten Öffentlichkeit stellt ...
21.00 Auf der Lüneburger Heide
Ein musikalischer Bilderbogen
Moderation: Friedrich Schütter
21.45 ... scheibnerweise
Lieder, Szenen und Gedichte
Von und mit Hans Scheibner
22.30 Tagesthemen
23.10 Der Walzer der Toreros
Stück von Jean Anouih
Mit Martin Held, Marianne Hoppe u. a.
Regie: Peter Beauvais
1.00 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Mr. Selkie setzt sich durch
Englischer Kinderfilm
Mr. Selkie ist ein wundersames Wesen: Als Seehund kann er bei *Vollmond den Ozean verlassen* und die Gestalt eines Menschen annehmen. Am Strand trifft er Eileen und Jimmy, mit denen er Freundschaft schließt. Er begleitet sie zum Rathaus und erhebt dort Einspruch gegen die Verschmutzung des Meeres ...
15.50 Trickbonbons
Calimero, die Flöte und ein gefährliches Spiel
16.05 Ferienkalender
Moderation: Hansi Fischer und Benny
16.20 Die Schlümpfe
Gargamels Lachkabinett
16.35 Puschel, das Eichhorn
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: John und Andrew McCoy und Holger Biege
anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Die Schwestern
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
21.00 Aus Forschung und Technik
Expedition in das Unsichtbare
Von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Warum habt ihr Hitler widerstanden?
2. Teil: Das andere Deutschland im *Exil*
Dokumentation von Achim Gerloff
22.50 ... und abends ins Tropicana
Impressionen aus Kuba
23.50 Es muß nicht immer Kaviar sein
Lazarus
0.50 heute



Während seiner freiwilligen Haft in Lissabon lernt Thomas Lieven (Siegfried Rauch) Lazarus (Wolfram Lier) kennen. (Es muß nicht immer Kaviar sein – ZDF, 23.50 Uhr)

FOTO: RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aus der Klamottenkiste
Larry und die Pioniere
Larry im Sägewerk
19.00 Arrat
Abschied von der Steinzeit
Die Bergpapuas vom Stamm der Yali – sie wohnen im indonesischen Teil von Neuguinea – leben noch fast wie in der Steinzeit. Allmählich jedoch verstärkt sich auch bei ihnen der Einfluß der west*lichen Zivilisation.*
19.45 Fahr' doch selbst mal hin
Deutschlands blaues Band – Der Mittellandkanal

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Wenn es Nacht wird in Paris
Franz.-ital. Spielfilm (1954)
Mit Jean Gabin, Jeanne Moreau, Lino Ventura u. a.
Regie: Jacques Becker
Nach ihrem tollen letzten Coup – sie haben Goldbarren im Wert von 50 Millionen Dollar erbeutet – glauben Max und Riton ausgesorgt zu haben. Doch statt zu schweigen, bis Gras über die Sache gewachsen ist, erzählt Riton seiner Freundin Josy davon. Und die plaudert wiederum mit dem Rauschgifthändler Angelo darüber.
21.45 Opernfestspiele Glyndebourne
22.45 Glaubt mir und haltet euch daran
Peter Handke – die Geschichte einer langsamen Heimkehr
0.15 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Ohne Datenschutz
Französisch-deutsches Fernsehspiel
Regie: *Michel Deville*
21.00 Das Kitsch-Museum
22.30 Kulturlandschaft: Oberschwaben
Von Rolf Pflücke
23.15 Beat! Beat! Beat!
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Preis der Freiheit
Fernsehfilm von Dieter Meichsner
20.25 Können Sie Karten legen?
20.40 Z. E. N.
20.45 Der große Pilgerweg
21.30 Rundschau
21.45 Café Central
Bregenzer Festspiele 1984
23.45 Rundschau

WELT-Serie zum 20. Juli 1944 (I)

Vor 40 Jahren, am 20. Juli 1944, versuchte der Generalstabs-Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg im ostpreußischen Führerhauptquartier „Wolfsschanze", Adolf Hitler mit einer Zeitzünder-Bombe zu töten. Das Attentat mißlang, weil die Aktentasche mit der Bombe beiseitegerückt worden war. Trotz des tragischen Ausgangs, der weit über 5000 Opfer forderte, gilt dieses Datum als Symbol: Es wurde zum Sinnbild des Widerstands in einer geschichtlichen Epoche, die so stark von Schuld, Versagen und Unmenschlichkeit geprägt ist, daß bis heute von einer echten Bewältigung nicht gesprochen werden kann. Die WELT stellt in einer dreiteiligen Serie den Anlaß, den Verlauf und die Folgen des mißglückten Attentats nach neuen Untersuchungsergebnissen dar.

„Was ihr machen sollt? Schluß mit dem Krieg sollt ihr machen!"

Von UWE BAHNSEN

Im ganzen deutschen Reichsgebiet saßen die Menschen am späten Abend des 20. Juli 1944 vor den Rundfunkgeräten und warteten auf eine um 20.45 Uhr angekündigte Sondersendung: Der Führer wollte zum deutschen Volk sprechen. Um 18.28 Uhr hatten alle Reichssender ihre Programme unterbrochen und eine Sondermeldung aus dem Hauptquartier „Wolfsschanze" bei Rastenburg in Ostpreußen ausgestrahlt: Ein Bombenattentat auf Hitler sei fehlgeschlagen; der Führer habe nur leichte Verletzungen davongetragen und seine Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen.

In der „Wolfsschanze" wartete Hitler zu diesem Zeitpunkt ungeduldig auf den dringlichst herbeibefohlenen Aufnahmewagen aus Königsberg. Lebhaft beklagte er, daß ihm ausgerechnet an diesem Tage nicht die technischen Möglichkeiten zu Gebote *stünden, sofort und direkt über den* Rundfunk zu sprechen. Gegen 23.30 Uhr war der Aufnahmewagen schließlich zur Stelle. Inmitten seiner Paladine und Berater – vor allem Reichsmarschall Hermann Göring, Großadmiral Karl Dönitz, Feldmarschall Wilhelm Keitel, Außenminister Joachim von Ribbentrop und Generaloberst *Alfred Jodl – las Hitler* seine Rede vom Blatt ab. 90 Minuten später, um ein Uhr nachts, wurde sie über alle Sender ausgestrahlt:

„Deutsche *Volksgenossen* und Volksgenossinnen! Ich weiß *nicht*, zum wievielten Male nunmehr ein Attentat auf mich geplant und zur Durchführung gekommen ist. Wenn ich heute zu Ihnen spreche, dann geschieht es aber besonders aus zwei Gründen: Erstens, damit Sie meine Stimme hören und wissen, daß ich selbst unverletzt und gesund bin; zweitens, damit Sie aber auch das Nähere erfahren über ein Verbrechen, das in der deutschen Geschichte seinesgleichen sucht. Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und zugleich mit mir den Stab der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten. Die Bombe, die von dem Oberst Graf von Stauffenberg gelegt wurde, *krepierte zwei Meter an* meiner rechten Seite. Sie hat eine Reihe mir treuer Mitarbeiter sehr schwer verletzt, einer ist gestorben. Ich selbst bin völlig unversehrt, bis auf ganz kleine Hautabschürfungen, Prellungen oder Verbrennungen. Ich fasse das als eine Bestätigung des Auftrages der Vorsehung auf, mein Lebens*ziel weiter zu verfolgen so, wie ich es* bisher getan habe ... Es hat sich in einer Stunde, in der die deutschen Armeen in schwerstem Ringen stehen, ähnlich wie in Italien, nun auch in Deutschland eine ganz kleine Gruppe gefunden, die glaubte, wie im Jahre 1918 den Dolchstoß in den Rücken führen zu können. Sie hat *sich diesmal aber schwer getäuscht* ... Es ist ein ganz kleiner Klüngel verbrecherischer Elemente, die jetzt unbarmherzig ausgerottet werden."

Nach dem Befehl an alle Militär- und Zivilstellen, von „diesen Usurpatoren" keinerlei Weisungen entgegenzunehmen, und nach der Mitteilung, Befehlshaber des Heimatheeres sei nun der „Reichsminister Himmler", kündigte Hitler das Blutgericht über die Verschwörer mit den Worten an: „Diesmal wird *nun* so *abgerechnet*, wie wir das als Nationalsozialisten gewohnt sind."

Anschließend war, mit dem bei ihm üblichen schwülstigen Pathos, Hermann Göring zu hören: Im Namen der Luftwaffe gelobte er Hitler „verschworene Treue und heiße Liebe". Offiziere und Soldaten, gleich welchen Ranges, sowie Zivilisten, die „für diese Verbrecher auftreten und sich Euch nähern, um Euch für ihr erbärmliches Vorhaben zu überreden", seien „sofort festzunehmen und zu erschießen".

Großadmiral Karl Dönitz schließlich, der kurz nach dem Attentat von seinem Vertreter im Führerhauptquartier, Vizeadmiral Hans-Erich Voß, alarmiert worden war und eilig seine Befehlsstelle in Lanke bei Berlin verlassen hatte, sprach von einer „wahnsinnigen kleinen Generalsclique", von „Schurken", die „nur die Handlanger unserer Feinde" seien: „Wir werden diesen Verrätern das Handwerk legen. Die Kriegsmarine ... wird rücksichtslos jeden vernichten, der sich als Verräter entpuppt."

Eine knappe Meldung beschloß die nächtliche Sondersendung: „Das Komplott der verbrecherischen Offiziersclique ist völlig zusammengebrochen. Die Rädelsführer haben sich *nach dem Scheitern ihres Anschlages zum Teil selbst entleibt, zum Teil* wurden sie von Bataillonen des Heeres füsiliert. Unter den Erschossenen befindet sich auch der Attentäter Oberst Graf von Stauffenberg. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Die übrigen durch ihr Verhalten an dem Verbrechen Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen werden."

Beamte der Geheimen Staatspolizei, von Himmler kurz nach dem Anschlag angefordert, hatten sofort mit den Ermittlungen begonnen; doch das wirkliche Ausmaß der Erhebung war zu diesem Zeitpunkt im Führer*hauptquartier nicht* einmal in schemenhaften Umrissen bekannt. Von Stunde zu Stunde vergrößerte sich freilich der Kreis der Verdächtigen; schon zeichnete sich ab, daß Hitlers Behauptung, es handele sich nur um „*eine ganz kleine Clique*" von Offizieren, den Tatsachen nicht standhalten konnte.

„Im Auftrag der Vorsehung": Adolf Hitler verliest am Abend des 20. Juli gegen 22.30 Uhr im Kreise seiner Getreuen eine Rede, in der er den „deutschen Volksgenossen" seine Rettung vor dem Bombenanschlag mitteilt (oberes Foto). Als die Rede gegen ein Uhr nachts über alle Sender des Deutschen Reiches ausgestrahlt wird, ist der Attentäter, Claus Graf Schenk von Stauffenberg (rechtes Foto), bereits ein toter Mann: ein Erschießungskommando hatte ihn um 0.10 Uhr in Berlin „liquidiert".

FOTOS: ULLSTEIN

Begonnen hatte das dramatische, tragische Geschehen dieses schwülen Sommertages *kurz* nach sechs Uhr früh, als vor einer Villa im Berliner Vorort Wannsee ein Stabswagen der Wehrmacht vorfuhr. Zwei Männer ka*men* die Freitreppe herunter und bestiegen den Wagen: der 37jährige Oberst im Generalstab, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres, und sein um zwei Jahre älterer Bruder Berthold, der als Marineoberstabsrichter und Völkerrechtler in der Seekriegsleitung in Berlin Dienst tat. Der Oberst trug über dem linken Auge eine schwarze Kappe. Er hatte das Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken im April 1943 in der tunesischen Wüste bei einem Angriff amerikanischer Tiefflieger eingebüßt und dabei zudem schwere Verletzungen an beiden Beinen erlitten; in einem langen Lazarettaufenthalt waren diese Verwundungen nur notdürftig ausgeheilt. An diesem Morgen trug der Offizier in der verbliebenen linken Hand eine schwere, gelbe Aktentasche.

Die beiden Brüder Stauffenberg hatten am Abend zuvor ein letztes Mal über den Plan gesprochen, den sie nun, nach mehreren gescheiterten Versuchen, endgültig auszuführen entschlossen waren: die Tötung Hitlers in seinem Rastenburger Hauptquartier, wohin der Oberst am Nachmittag des 18. Juli für den 20. Juli befohlen worden war. Der Stabschef des Ersatzheeres sollte dem Führer einen Vortrag über den Aufbau der neuen Volksgrenadierdivisionen halten. Mit diesen Sperrverbänden hofften Hitler und Keitel, *die* bedrohlich gegen die Reichsgrenzen vorrückenden Armeen Stalins noch aufhalten zu können.

Mit der Ausschaltung des Diktators wollten die Verschwörer zugleich Berlin unter ihre Kontrolle bringen, im gesamten Reich einen Aufstand gegen das nationalsozialistische Regime auslösen und eine neue Regierung bilden, um unverzüglich Friedensverhandlungen mit den Kriegsgegnern einzuleiten. Claus Graf Schenk von Stauffenberg war nicht nur für das Attentat, sondern auch für den vorbereiteten Umsturz eine Schlüsselfigur. Er mußte also nach dem Anschlag so schnell wie möglich *nach Berlin zurückkehren.*

Seit 1942 existierte ein von Hitler gebilligter Geheimplan mit dem Kennwort „Walküre", der seither im*mer wieder überarbeitet und aktuali*siert worden war. Er sah für den Fall eines Aufstandes der Millionen von Zwangsarbeitern im Reich oder anderer innerer Unruhen den Einsatz des Ersatzheeres vor, das dem Generalobersten Friedrich Fromm unterstand. Am 15. Juni hatte Stauffenberg bei ihm die Stelle des Stabschefs angetreten. Das bot ihm eine denkbar günstige Möglichkeit, die Revolte unter dem Deckmantel des Planes „Walküre" voranzutreiben. Er nutzte diese Chance mit dem äußersten *Nachdruck.*

Zur militärischen Fronde gegen Hitler und das Regime, mit dessen Zielen er anfangs, als ganz junger Offizier, *sympathisiert hatte*, gehörte Stauffenberg, der als glänzend befähigter Generalstäbler galt, schon seit Jahren. Nach dem langen Lazarettaufenthalt in München und einem anschließenden Genesungsurlaub war er zunächst nach Berlin in das Allgemeine Heeresamt beim Oberkommando in der Bendlerstraße versetzt *worden. Die Notwendigkeit, Hitler zu* beseitigen, um wenigstens das Schlimmste vom Reich abzuwenden, war für Stauffenberg und seine Mitverschwörer – viele von ihnen saßen in Schlüsselstellungen der Wehrmacht – längst nicht mehr zweifelhaft.

Mehrere Attentatsversuche waren in den letzten Jahren fehlgeschlagen – zumeist dank des erstaunlichen Instinkts, mit dem Hitler Gefahren für seine Person witterte. So wechselte er immer wieder die Hauptquartiere, die Reiserouten, stieß das Tagesprogramm um – und war scharf bewacht von den besonders ausgesuchten Kriminalbeamten des Reichssicherheits*dienstes unter SS-Brigadeführer* Johann Rattenhuber.

Stauffenberg war sicher, daß die Verschwörer angesichts der Entwicklung an den Fronten unverzüglich handeln mußten. Er hatte seine Frau Nina, die mit den vier Kindern in Bamberg lebte und das fünfte erwartete, nicht eingeweiht, um sie nicht zu *belasten* und sie für den *Fall* eines Fehlschlags nicht zu gefährden; doch sie ahnte, auf welches gefährliche Unternehmen er sich eingelassen hatte, und war in großer Sorge. Die beiden Brüder verband ein absolutes Vertrauensverhältnis. Beide waren durch den Dichter Stefan George, zu dessen Kreis sie als junge Männer gehört hatten, geistig geprägt worden.

Der Zeitdruck, unter den die Verschwörer sich gestellt sahen, hatte sich rapide verschärft: nun ging es um Tage. Zwar hatte noch kein feindlicher Soldat das Reichsgebiet betreten; doch die Nachrichten von den Fronten waren alarmierend genug: Im Osten hatte die Rote Armee 27 deutsche *Divisionen der Heeresgruppe* Mitte zerschlagen. Die sowjetischen Panzerkeile waren nur noch hundert Kilometer vom Führerhauptquartier entfernt. Für die deutsche Heeresgruppe Nord zeichnete sich bei Kowel und Dünsburg ein „zweites Stalingrad" ab – für 250 000 Mann drohte die Landverbindung zum *Reichsgebiet verlorenzugehen. Und* im Südabschnitt der Ostfront mußte jeden Tag mit dem Beginn einer sowjetischen Großoffensive gerechnet werden, deren Wucht noch größer sein würde als im Mittelabschnitt. Sie begann denn auch am 17. Juli.

Auf dem Kriegsschauplatz in Frankreich verschlechterte sich die Lage ebenso dramatisch. In einem dringenden Fernschreiben an Hitler hatte Feldmarschall Erwin Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, auf dessen Unterstützung Stauffenberg und seine Freunde zählen konnten, am 15. Juli warnend festgestellt: „Der feindliche Druck wird im*mer stärker. Unter diesen Umstän*den muß damit gerechnet werden, daß es dem Feind in absehbarer Zeit – 14 Tage bis drei Wochen – gelingt, die dünne Front vor allem bei der 7. Armee zu durchbrechen und in die Weite des französischen Raumes zu stoßen. Die Folgen werden unübersehbar sein. Die Truppe kämpft allerorts *heldenmütig, jedoch der ungleiche* Kampf neigt sich dem Ende entgegen. Ich muß Sie bitten, die Folgerungen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen".

Dieser letzte Satz war faktisch ein Ultimatum der militärischen Führung im Westen an Hitler, Waffenstillstandsverhandlungen mit dem alliierten Oberkommando unter General Dwight D. Eisenhower einzuleiten. Schon Ende Juni hatte Feldmarschall Gerd von Rundstedt, der Oberbe*fehlshaber West, in einem erregten* Ferngespräch mit Keitel auf dessen verzweifelte Frage „Was sollen wir denn machen?" zornig geantwortet: „Was ihr machen sollt? Schluß mit dem Krieg sollt ihr machen, ihr Idioten!"

An dem Tag, an dem Rommel sein Fernschreiben an Hitler formulierte, am 15. Juli, war Stauffenberg schon einmal zu einem Lagevortrag in das Rastenburger Führerhauptquartier befohlen worden. Er hatte seinen *Chef, Generaloberst Fromm* zu begleiten, (der in den Attentatsplan nicht eingeweiht war). Mit dem Sprengstoff in der Aktentasche ging Stauffenberg in die Besprechung, verließ sie jedoch kurz nach dem Beginn noch einmal, um zu telefonieren. Als er zurückkehrte, war die „Lage" bereits beendet, Hitler hatte den *Raum* verlassen. *Wegen* weiterer Konferenzen, an denen er teilzunehmen hatte, konnte Stauffenberg erst um 13.30 Uhr nach Berlin melden, daß er den Anschlag verschieben mußte. Sein Mitverschwörer General Friedrich Olbricht, Chef des Allgemeinen Heeresamtes, hatte bereits um 11 Uhr den „Walküre"-Alarm ausgelöst. Die daraufhin ausgerückten, feldmarschmäßig ausgerüsteten Einheiten wurden schleunigst in ihre Quartiere zurückgerufen, ihre Mobilisierung gegenüber dem Führerhauptquartier als „Probealarm" erklärt.

Am frühen Morgen des 20. Juli nun fuhren die beiden Brüder schweigend durch zerbombte, menschenleere Viertel. *Unterwegs stieg* Oberleutnant Werner von Haeften zu, Stauffenbergs Ordonnanzoffizier – auch er ein Teilnehmer der Erhebung. Ziel der Fahrt war zunächst der Flughafen Rangsdorf, südlich von Berlin.

Morgen in der WELT:

Hitler begrüßte den Attentäter mit Handschlag. Graf Stauffenberg stellte die Aktentasche mit der Bombe unter den Tisch und verließ *unauffällig* den Raum.

Weiter Kritik am Konzept von Pro Familia

DW. Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) hat sich grundsätzlich zu einem von seinem FDP-Kollegen Helmut Haussmann geforderten Gespräch über die im Zusammenhang mit der Kritik an der Organisation Pro Familia aufgeworfenen Fragen bereiterklärt.

*In Kreisen der Deutschen Bi*schofskonferenz wurde gestern auf das Selbstverständnis der Organisation Pro Familia hingewiesen. Denn hier, so hieß es, liege die eigentliche Problematik. Bei Pro Familia seien Beratung und Indikationsfeststellung – *im Gegensatz zu anderen Organisa*tionen – in allen Fällen nicht immer voneinander getrennt. In Bremen und auch an anderen Orten seien „Beratung, Indikationsfeststellung und Schwangerschaftsabbruch unter einem Dach". Kritisch angemerkt wur*de ferner, daß die Organisation ihre* Satzung geändert habe. Bisher sei als Ziel des Verbandes formuliert gewesen, Pro Familia diene „der Familie und dem verantwortungsbewußten Willen zum Kinde" und leiste „Beratung bei Schwangerschaft und *Schwangerschaftskonflikten". In der* Neufassung heiße es nun: „Zu den Aufgaben gehören insbesondere die Beratung über Empfängnisregelung, die Beratung bei Schwangerschaft sowie medizinische Dienstleistungen, wie zum Beispiel Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch." Es sei bezeichnend für das Selbstverständnis, daß Pro Familia Schwangerschaftsabbruch als Dienstleistung charakterisiere.

„Wen wundert es bei solchem Ver*ständnis, daß das ‚Warenhausange*bot' von Pro Familia noch um zwei Artikel erweitert werden soll: Um Mittel ‚postkoitaler Kontrazeption', der ‚Pille-danach' also, die – so lautet die Begründung – ‚zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt eine unerwünschte Schwangerschaft' verhindert. Diskutiert wird auch über den ‚Service' der heterologen Insemination, also der Befruchtung einer Frau mit dem Samen eines fremden Mannes. Man darf gespannt sein, was sich in Zukunft bei Pro Familia alles tut", schrieb Bernd Marz von der Pressestelle der Bischofskonferenz in einem Beitrag für KNA.

Spekulationen um KPF

● **Fortsetzung von Seite 1**

des Regimes" charakterisiert wird, würde die KPF nicht freiwillig die einmal eroberten Machtpositionen räumen, aus denen heraus allein sie ihren verlorengegangenen Einfluß bei der Arbeiterklasse (nur noch elf Prozent Stimmen bei der Europawahl) eines Tages zurückgewinnen kann.

Eine „Ausbootung" durch Fabius ist ebensowenig wahrscheinlich, da sie das soziale Gleichgewicht im Lande vor einem drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Jahresende gefährden müßte. Die Interessen beider Lager decken sich nach Ansicht dieser Beobachter also kurzfristig.

Auf lange Sicht wird die Politik des neuen Premierministers den Graben *zwischen Kommunisten und Soziali*sten indes vertiefen. Fabius hat in einer knappen Erklärung nach seiner Ernennung am Dienstagabend die „Modernisierung Frankreichs und die Einheit der Franzosen" als die beiden Hauptziele seiner Politik bezeichnet. Darunter versteht er eine rigorose Umstrukturierung der Industrie, den Verzicht auf nichtproduktive Branchen und Sanierung durch rational erwirtschaftetes Eigenkapital, was das Gegenteil der kommunistischen Forderung nach Erhaltung der Arbeitsplätze und höheren staatlichen Zuwendungen ist.

Fabius will in Zukunft alles vermeiden, was die Franzosen trennen könnte. Da hinein gehören die beiden *umstrittenen Gesetze über die Schul*reform und die Presse-Entflechtung, von denen das erstere von Präsident Mitterrand in der Vorwoche zurückgezogen wurde. Beide Gesetze werden von der KPF (und dem linken Flügel der Sozialistischen Partei) aber als „Essentials" des Wahlprogramms von 1981 betrachtet.

Die Zusammensetzung des Kabinetts wird nicht vor heute nachmittag oder abend bekannt sein. Der designierte Premierminister läßt sich Zeit. Er hatte sich bereits am Diens*tagabend eine Mindestfrist von 48* Stunden für die Regierungsbildung ausgebeten. Das neue Kabinett soll aber bereits morgen zu seinem ersten Ministerrat unter Vorsitz von Präsident Mitterrand zusammentreten.

Der bisherige Regierungschef Mau*roy hatte gestern morgen den bisheri*gen Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors zu einem kurzen Abschiedsbesuch empfangen.

Seite 6: Delors nominiert

Erstes Gespräch in Bern

Delegationen aus London und Buenos Aires verhandeln

DW. Bern

Argentinien und Großbritannien *haben gestern abend erstmals seit* dem Krieg um die Falkland-Inseln (Malvinas) im Frühjahr 1982 direkt miteinander verhandelt. In Bern trafen sich Regierungsvertreter zusammen mit Repräsentanten der Schweiz und Brasiliens. Die Schweiz vertritt *die Interessen Londons in Argenti*nien, Brasilien die Argentiniens in London.

Großbritannien hatte vorgeschlagen, zunächst „praktische Schritte", wie die Wiederaufnahme des Handels und des Finanzverkehrs, zu erörtern.

Unter anderem hatte London dazu aufgefordert, das von den Argentiniern 1982 aufgekündigte Luftfahrt-Abkommen wieder in Kraft zu setzen.

Auch soll die seit Dezember 1983 amtierende zivile Regierung von Ministerpräsident Raul Alfonsin die Feindseligkeiten offiziell für beendet erklären. Die Argentinier wünschen umgekehrt die Aufhebung der von den Briten gesperrten 240-Kilometer-Zone um die Inseln.

Die Briten sollen erklärt haben, die Frage der Souveränität über die Inseln könne nicht zur Debatte stehen. Im Gegensatz dazu sagte der argentinische Außenminister Dante Caputo am Abend in Buenos Aires, in Bern solle auch die Frage der Hoheit über die Inseln diskutiert werden.

Die Gespräche sind aus einer Wiederannäherung zwischen Großbritannien und Argentinien nach dem Amtsantritt des zivilen argentinischen Präsidenten Raul Alfonsin zustandegekommen. *Die britische Pre*mierministerin Margaret Thatcher hatte Alfonsin eine Botschaft geschickt und die Rückkehr Argentiniens zu einer zivilen Regierung begrüßt. Anschließend war es zu einem Notenwechsel zwischen den beiden Regierungen in Bezug auf die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen gekommen.

Bundesregierung fragt nach dem Motiv der Attacken Moskaus

„Wir bleiben gelassen" / Kreml beruft sich bei Kritik an WEU-Entscheidung auf Potsdam

BERNT CONRAD, **Bonn**

Im Bonner Auswärtigen Amt fragt man sich zunehmend, weshalb die sowjetischen Massenmedien die Bundesregierung Tag für Tag massiv attackieren, während die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten intern normal und sachlich weiterlaufen. Auch direkte Fragen an sowjetische Regierungsvertreter haben diesen Widerspruch bisher nicht aufzulösen vermocht. Die Reaktion der Bundesregierung: „Wir können uns keinen Reim darauf machen, aber wir bleiben gelassen und werden keineswegs nervös. Wir wissen, was wir wollen, und setzen unseren Kurs fort", wie Bonner Diplomaten gestern formulierten.

Die Moskauer Propaganda-Kampagne gegen „Militarismus, Revanchismus und Neo-Nazismus" erscheint Experten schon deshalb als merkwürdig, weil sie dem Wunsch nach intensiven Kontakten mit den Westeuropäern widerspricht, der erst unlängst wieder in Moskau gegenüber dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und zuvor gegenüber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bekräftigt worden war. Mit einer Politik des Dialogs und des langfristigen Ausbaus der Beziehungen jedenfalls läßt sich die propagandistische Konfrontation nach Bonner Ansicht nicht vereinbaren.

Ob sich in den Angriffen der sowjetischen Medien vielleicht die Verweigerungstaktik des Kreml gegenüber den USA widerspiegle, ob der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko möglicherweise zu stark auf Amerika fixiert sei und die Europäer nur als „Wurmfortsatz der USA" ansehe, kann im Auswärtigen Amt niemand definitiv beantworten. Generell geht man davon aus, daß die Kampagne eine dreifache Zielrichtung habe: 1. Beeinflussung der westdeutschen Öffentlichkeit, 2. Druck auf die Bundesregierung, 3. Senkung des Erwartungshorizonts in der eigenen sowjetischen Bevölkerung.

In Bonn ist aufmerksam registriert worden, daß bei anderen osteuropäischen Regierungen, im Unterschied zur Sowjetunion, offensichtlich Interesse daran besteht, auf dem Verhandlungswege fortzuschreiten. Dies gelte vor allem auch für die „DDR". Nach Auffassung von Fachleuten hat in Moskau immer eine gewisse Skepsis gegenüber allzu engen Berührungen im Bereich der innerdeutschen Politik bestanden. Andererseits werde man aber sicher dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden *Erich Honecker in* Moskau die Zustimmung nicht verweigern, wenn er bestimmte Maßnahmen auf innerdeutschem Gebiet für notwendig halte.

Den sachlichen Gehalt der gegen die Bundesregierung gerichteten sowjetischen Polemiken halten Bonner Diplomaten für äußerst gering. Die Vorwürfe aus Anlaß der Aufhebung der letzten Rüstungsbeschränkung für die Bundesrepublik durch die Westeuropäische Union (WEU) seien schon sehr eindeutig zurückgewiesen worden. Dies gelte auch für den „Revanchismus"-Vorwurf und die Hinweise auf einen angeblich wachsenden Neo-Nazismus. „Wir sehen nicht ein, was hier noch an Diskussionsstoff übrig sein sollte", hieß es im Auswärtigen Amt.

Nach Ansicht von Regierungskreisen wäre es bedauerlich, wenn eine rückwärts gewandte negative Sicht Moskaus die zukunftsorientierten Perspektiven überschatten sollte. Einen Sinn könne man darin nicht sehen.

*

kr- **Bonn**

Regierungskreise in Bonn beschäftigen sich mit dem Versuch der Sowjetunion, zwischen der Aufhebung der für die Bundesrepublik bestehenden Restriktionen bei der Produktion konventioneller strategischer Waffen durch die WEU und dem Potsdamer Abkommen vom August 1945 einen rechtlichen Zusammenhang herzustellen. Unter Berufung auf das Abkommen bestritt die Sowjetunion in einem Memorandum vom 10. Juli, die Zulässigkeit des WEU-Beschlusses.

Die Freistellung der Bundesrepublik von den Herstellungsbeschränkungen stehe, wie es in dem Memorandum heißt, nicht „im Einklang mit Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens", da „auf der Bundesrepublik Deutschland als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Reiches die vom Potsdamer Abkommen festgelegte Verpflichtung dahingehend ruht, daß vom deutschen Boden nie wieder eine Bedrohung für Nachbarstaaten und für die Welt insgesamt ausgehen darf".

Wie es in Regierungskreisen heißt, bezieht sich Moskau dabei offenbar auf den zweiten Absatz von Ziffer III der amtlichen Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam. Dort heißt es: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann."

Nach Ansicht von Regierungskreisen hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt festgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, sondern als Rechtssubjekt mit diesem identisch ist – wenn auch hinsichtlich der räumlichen Ausdehnung nur teilidentisch.

Zum Potsdamer Abkommen haben alle Bundesregierungen den Standpunkt vertreten, daß die völkerrechtlichen Verpflichtungen, *die im* Schlußprotokoll der Konferenz geschaffen wurden, nur für die beteiligten Siegermächte Geltung besitzen. Nach einer allgemeinen Regel des Völkerrechts begründen vertragliche Übereinkünfte für einen Drittstaat ohne dessen *Zustimmung weder* Pflichten noch Rechte.

Diese Ansicht hat auch in Artikel 34 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge von 1969 ihren Niederschlag gefunden. Der Um*stand, daß die Beschlüsse der Potsda*mer Konferenz in Art. I des Warschauer Vertrages ausdrücklich erwähnt sind und durch die Unberührtheitsklauseln im Moskauer Vertrag, durch Art. IV des Warschauer Vertrages und Art. 9 des Grundvertrages indirekt erfaßt werden, ändert nach Ansicht von Regierungskreisen nichts an dieser Feststellung.

Duarte: Bonn öffnete die Türen weit

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der Präsident der Republik El Salvador, José Napoleon Duarte, hat sich gestern abend vor der Weiterreise *nach Paris zufrieden* über seinen dreitägigen Besuch in Bonn geäußert. „Ich werde meinem Volk sagen, daß die Türen hier weit geöffnet wurden und die Bereitschaft zur Hilfe für die Salvadorianer besteht, die unter der Armut leiden", sagte der Präsident in *einer Pressekonferenz.*

Duarte wies darauf hin, daß er mit Bundeskanzler Helmut Kohl eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet habe, mit der die Grundlage für eine deutsche Wirtschaftshilfe in Höhe von 50,6 Millionen Mark belegt worden sei. Diese Hilfe solle zunächst vor allem dem Handwerk und mittelständischen Betrieben sowie dem sozialen Wohnungsbau zugute kommen.

Befriedigt zeigte sich der Präsident auch über seine Gespräche mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, und Vertretern der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Er habe dabei den Eindruck gewonnen, daß die SPD in der mittelamerikanischen Region hilfreich sein wolle. „Wir haben uns mehr angenähert, als dies bisher der Fall war", versicherte Duarte. Er werde jetzt auch noch – neben Belgien und Großbritannien – Frankreich und Lissabon aufsuchen, zwei Länder mit sozialistischen Regierungen, denen er ebenfalls seine Botschaft übermitteln wolle.

Duarte hob hervor, er habe seinem Volk versprochen, sich für die Befriedung von El Salvador einzusetzen, gegen Macht- und Autoritätsmißbrauch anzugehen und gegen die Todesschwadronen zu kämpfen. Er bejahte einen „*Dialog des Friedens*". Einen Waffenstillstand in Salvador wäre sofort möglich, wenn die subversiven Kräfte mit dem Kampf aufhörten. Sonst aber müsse die Armee das Land schützen, bis es zu einem Friedensschluß komme, den er dringend anstrebe.

Am Vortage hatte der Präsident die deutsche Wirtschaft aufgerufen, in seinem Land zu investieren. „Öffnen Sie die Türen, wenn wir anklopfen. Arbeiten Sie mit uns zusammen", erklärte er im Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT).

Seite 2: Hilfe für Duarte

Zins-Sorgen

H. – Die Panikmeldung kam vom Bundesverband des Groß- und Außenhandels: Mit großer Besorgnis mußte die stark fremdfinanzierte Branche feststellen, daß – vor allem im Raum Münster – von den Geldinstituten „sporadisch" die Kontokorrentzinsen um 0,25 bis 0,5 Prozent angehoben wurden.

Damit ging der Schuß der Bundesbank offenbar nach hinten los. Denn die Diskonterhöhung Ende Juni wollte Vizebankpräsident Helmut Schlesinger als Signal für eine Erhöhung der Sparzinsen gewertet wissen und nicht als Zeichen für einen Anstieg der Kreditzinsen. Schließlich kann man darauf verweisen, daß der Spareckzins mit drei Prozent allzu weit vom Kapitalmarktzins entfernt sei, der immerhin bei rund acht Prozent liegt. Statt der Sparzinsen haben die Frankfurter Währungshüter – glaubt man dem BGA – offenbar die Kreditzinsen nach oben in Bewegung gebracht.

In ihrem jüngsten Monatsbericht weist die Notenbank noch einmal darauf hin, daß die Heraufsetzung der Konditionen für andere kurzfristige Kredite als Wechselkredite, „falls sie erfolgt, andere Gründe haben" müsse als die Diskonterhöhung. Schließlich finanzieren sich die Banken hauptsächlich aus den unveränderten Lombardkrediten.

Die von der Bundesbank als „andere Gründe" bezeichneten Ursachen liegen nach Angaben der Banken darin, daß die Refinanzierungskosten bereits vor der Diskonterhöhung gestiegen waren. Außerdem weisen die Geldinstitute selbst darauf hin, daß es angesichts der verhaltenen Kreditnachfrage im Firmengeschäft schwer ist, die Zinsen generell zu erhöhen.

Offensichtlich haben die Geldinstitute ihre Taktik bei den Mineralölkonzernen abgeguckt, denen es ja kaum gelingt, allgemeine Preiserhöhungen durchzusetzen. Dafür differenziert man nach den örtlichen Konkurrenzverhältnissen: Wo der Wettbewerb gering ist, schlägt man halt zu. Die Folge sind Preisdifferenzen von manchmal fünf Pfennig pro Liter Super zwischen Bonn und Köln. Wie es scheint, ist der Wettbewerb unter Banken zumindest in Münster nicht so stark, da sich die Zinserhöhung auf diese Region beschränkt.

Dabei fehlt natürlich der Hinweis nicht, daß die Filialleiter in ihrer Zinsgestaltung von der Zentrale weitgehend unabhängig sind. Zum Trost derer, die nicht in Münster ihren Betrieb haben: Eine generelle Anweisung zur Anhebung der Kontokorrentzinsen besteht nicht. Und: Auch die Privatkunden sollen unbehelligt bleiben. Selbst wenn der BGA vielleicht die sommerliche Nachrichtenflaute nutzen wollte, sollte man doch genau beobachten, was von dem Versprechen der Banken zu halten ist.

FORSTWIRTSCHAFT / Waldschäden könnten zu erhöhtem Holzeinschlag führen

Bundeskabinett beauftragt Kiechle mit Prüfung von Hilfsmaßnahmen

HEINZ HECK, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern Ernährungsminister Kiechle mit der Prüfung zahlreicher Hilfsmaßnahmen zugunsten der Forstwirtschaft beauftragt, die von Beschränkungen des Holzimports bis zur direkten finanziellen und steuerlichen Unterstützung reichen. Kiechle soll in Abstimmung mit den Ländern „Schubladenprogramme" für den Fall vorbereiten, daß infolge zunehmender Waldschäden der Holzeinschlag erhöht werden müßte und die Preise ins Rutschen gerieten.

Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Waldes heißt es in seiner Kabinettsvorlage vom 13. Juni, die ursprünglich in der Kabinettsitzung am 19. Juni erörtert werden sollte: „Der Vermögenswert, den der Wald darstellt, liegt bei 200 Mrd. DM. Der Wert des jährlichen Holzeinschlags bei drei Mrd. DM. Die deutsche Forstwirtschaft sichert 100 000 feste Arbeitsplätze und stellt für weitere 500 000 Personen eine zusätzliche Einkommensquelle dar. Bezieht man die nachgelagerte deutsche Holzwirtschaft in die Betrachtung ein, so ergibt sich dort ein jährlicher Produktionswert von über 90 Mrd. DM bei 700 000 Arbeitsplätzen."

Obwohl bisher noch kein Verfall der Holzpreise eingetreten sei, weist Kiechle vorsorglich auf bereits jetzt entstehende „handfeste Mehraufwendungen und Mindererträge" der Forstwirtschaft hin. Er beziffert die jährlichen Verluste auf rund eine halbe Mrd. DM und die Vermögensverluste auf etwa die gleiche Größenordnung. 1983 seien bereits 34 Prozent des Waldes von Schäden betroffen gewesen (24 Prozent leicht, neun Prozent *mittelschwer und ein Prozent* stark geschädigt). Der aus Waldschäden resultierende Angebotsdruck wird so verdeutlicht: „Wenn ein Prozent der Waldfläche schadensbedingt abgeerntet werden muß, so entspricht das flächenmäßig bereits dem gesamten Einschlag eines Jahres."

Mit der Regierungsnovelle zum Forstschäden-Ausgleichsgesetz lassen sich nach Meinung Kiechles die Schadensfolgen nicht unter Kontrolle halten. Er empfiehlt ergänzende Maßnahmen, unter anderem:

Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium soll geprüft werden, wie der den Inlandsmarkt zum Teil „erheblich störenden" und in den letzten Jahren „sprunghaft gestiegenen" Holzbezüge aus der „DDR" künftig in Grenzen gehalten werden können.

Sollten in den nächsten Jahren große Mengen „Kalamitätsholz" kurzfristig anfallen, könne die Holzlagerung wesentlich zur Marktentlastung beitragen. Kiechle empfiehlt die verstärkte Förderung des Baus geeigneter Lagereinrichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Zusätzlich sollten mit Hilfe staatlicher Zinszuschüsse die Lagerkosten gesenkt und steuerliche Erleichterungen durch Bewertungsabschläge für „Übervorräte" gewährt werden (der Anreiz des im Forstschäden-Ausgleichsgesetz vorgesehenen Abschlags von 30 Prozent sei zu gering).

Zugleich sollten die Exportmöglichkeiten durch Kredite, Zinszuschüsse, Garantien oder Bürgschaften verbessert und die Holzvermarktung etwa durch „angemessene Ausnahmetarife" aller Verkehrsträger und durch Angleichung der Frachten in der EG erleichtert werden. Im Extremfall sollen auch Haushaltsmittel für die Verbilligung des Holzabsatzes bereitgestellt werden.

Schließlich sieht Kiechles Katalog direkte finanzielle Hilfen für „besonders betroffene Forstbetriebe" vor. Nach dem Vorbild der für die Landwirtschaft getroffenen Regelung erwägt der Minister auch einen besonderen Vorsteuerabzug bei der Mehrwertsteuer für forstwirtschaftliche Erzeugnisse. Bei fünf Punkten (wie in der Landwirtschaft) kostete dies Bund und Länder jährlich rund 125 Mill. DM. Auch könnte eine lineare Reduzierung der forstlichen Einheitswerte und – für nichtbuchführende Betriebe – eine höhere Betriebsausgabenpauschale zur steuerlichen Entlastung beitragen.

Forstbetriebe könnten „aufgrund des kaum führbaren Nachweises der Schadensursachen" praktisch keine Ersatzansprüche geltend machen.

KONJUNKTUR

Zahlungsmoral stark geschwächt

dpa/VWD/rtr, Neuss

Eine deutliche Schwächung der Zahlungsmoral in den von den Arbeitskämpfen betroffenen Unternehmen der Metall- und Druckindustrie hat die Kreditschutzorganisation Creditreform, Neuss, registriert. Im Verlauf des 2. Quartals 1984 seien von den Firmen in den bestreikten Branchen nicht nur erheblich mehr Wechsel in Umlauf gebracht worden; es habe sich auch eine spürbare Verschlechterung der Zahlungsweise der Unternehmen, vor allem bei kleinen und mittelständischen Firmen, gezeigt. Creditreform schließt nicht aus, daß bei Unternehmen, deren Finanzlage schon vor den Arbeitskämpfen angespannt war, Insolvenzen als Spätfolgen des Tarifkonflikts eintreten können.

Wie der Verband der Vereine Creditreform weiter berichtet, ist die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche im 1. Halbjahr 1984 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um zehn Prozent gestiegen. Betroffen sei vor allem der Bausektor, in dem die Zahl der Insolvenzen mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe um 65 Prozent gestiegen sei.

Die insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit sei ebenfalls leicht gestiegen. Von den repräsentativ untersuchten 1066 (909) Insolvenzen im ersten Halbjahr waren, so der Verband, 38 343 (37 863) Arbeitnehmer betroffen. Auf Basis dieser Zahl dürften im Bundesgebiet im ersten Halbjahr etwa 100 000 Arbeitnehmer durch Insolvenzen ihren Job verloren haben.

US-BANKEN

Argentinien lastet auf Nettogewinnen

H.-A. SIEBERT, Washington

Immer länger wird die Liste US-amerikanischer Banken, die im *Argentinien-Geschäft* die Konsequenzen ziehen und zu Lasten der Gewinne Wertberichtigungen vornehmen. Die Chase Manhattan Corp. reduzierte im zweiten Quartal 1984 ihr Nettoeinkommen freiwillig um 14,3 Prozent auf 90 und die J. P. Morgan & Co. um 9,8 Prozent auf 103,7 Mill. Dollar. Zuvor hatte die Manufacturer Hannover einen Rückgang um 8,5 Prozent auf 73,7 Mill. Dollar gemeldet. Noch viele andere Banken werden folgen; schon jetzt festzustellen ist eine *rapide Zunahme* der ausgewiesenen Problemkredite und der Rückstellungen.

Die strengeren Bilanzierungsregeln des Federal Reserve Board veranlaßten die Chase, die faulen Kredite gegenüber der Vorjahresperiode von 1,8 auf 3,2 Mrd. Dollar anzuheben, abgeschrieben wurden 54 Mill. Dollar. Bei J. P. Morgan addieren sich die dubiosen Ausleihungen nun auf 945, bei der First Chicago auf 918 Mill. Dollar. Die „Write-offs" beider Institute schlugen mit 12,1 und 45,7 Millionen Dollar zu Buch. Argentiniens überfällige Zinszahlungen kosteten Manufacturer Hannover im zweiten Quartal 21,4, die Chemical Bank 5,5 und Irving Trust 1,9 Mill. Dollar.

Wall-Street-Analysten bezeichnen die Wertberichtigungen als vertrauensbildende Maßnahme. Argentinien hat am 30. Juni und am 2. Juli 225 und 125 Mill. Dollar an US-Banken überwiesen.

Falsche Weichenstellung

Von HEINZ HECK

Ganz neue Töne im Nord-Süd-Dialog hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Entwicklungsministerium, Volkmar Köhler (CDU), angeschlagen. Konkreter Anlaß für seinen Vorstoß in der Zeitschrift „Außenpolitik" sind die derzeit laufenden Verhandlungen der EG mit über 60 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) über die zweite Verlängerung des Mammutprogramms, genannt Lomé III. Doch sind seine Überlegungen von grundsätzlicher Bedeutung über dieses wichtige Abkommen hinaus.

Köhlers Kritik setzt im Kern – und kaum verschlüsselt – bei der falsch verstandenen Rücksichtnahme auf die Souveränitätsgefühle in der Dritten Welt an. Versteht man seine Botschaft richtig, so müßte mit der gleichsam mit Samtpfötchen betriebenen Entwicklungspolitik endlich Schluß gemacht werden. Er spricht offen die beinahe zehnjährige Erfahrung aus den ersten beiden Lomé-Abkommen an, „daß die Regierungen der AKP-Staaten nicht immer den größtmöglichen Nutzen aus den Entwicklungshilfegeldern für die Menschen ihrer Länder gezogen haben".

Doch läßt er es nicht bei diesem Hinweis auf die unzulängliche Wirkung bewenden, sondern nennt auch einige der in den Empfängerländern angesiedelten Ursachen: „Falsche Preispolitik auf den nationalen Märkten, politischer Schlendrian und Mißmanagement . . ." Damit ist zugleich in höchst anschaulicher Form der Bogen geschlagen zu dem in den Geberländern anzutreffenden Unbehagen an der Entwicklungshilfe, bei aller Anerkennung ihrer Bedeutung (Technokraten sprechen gern vom Akzeptanz-Problem). Köhler: „Weder die Hungernden in der Dritten Welt noch die europäischen Steuerzahler würden davon zu überzeugen sein, daß aus übergeordneten Kriterien der Moral, der Partnerschaftlichkeit zwischen Gebern und Nehmern, Entwicklungsprojekte geringen Erfolg haben oder gar scheitern sollten." Und all dies nur, weil offen ausgesprochene Kritik „Befürchtungen der Empfänger um die Unantastbarkeit ihrer Souveränität auslösen könnten".

Was bedeutet das für die praktische Entwicklungspolitik? Zum Beispiel ein „klares Nein" zu Prestigeprojekten. Das auch in Bonn lange praktizierte Antragsprinzip (das Entwicklungsland beantragt Hilfe für ganz bestimmte Projekte) hat – bei allen Vorzügen – nur dann eine Existenzberechtigung, wenn auch das Geberland genauso offen (oder genauso souverän) ablehnen kann.

Gerade mit Blick auf die zu Ende gehenden Lomé-Verhandlungen könnte Köhlers kritischer Ansatz dem ersten Härtetest unterzogen werden. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß Bonn bei allen Reformansätzen eine schwierige Position auch gegenüber Paris und London hat. Lomé ist – kaum überspitzt – eine Fortsetzung der Kolonialpolitik mit anderen Mitteln, wie schon die Auswahl der begünstigten Länder zeigt. Beiden Regierungen ist daran gelegen, einen Teil der Folgelasten bei der Gemeinschaft in Brüssel – und damit ihren zehn Mitgliedern – abzuladen.

Dieser eigentliche Geburtsfehler von Lomé ist im nachhinein, wie bei Geburtsfehlern unvermeidlich, nicht mehr zu beseitigen. Daher sollte man gerade aus Bonner Sicht die Schäden möglichst kleinhalten, etwa in unseren Beziehungen zu Lateinamerika. Dort hat man Lomé immer als das gesehen, was es in Wahrheit ist, nämlich als Bruch mit dem Prinzip weltweit angelegter Hilfe, das allerdings in London und Paris ohnehin weniger beachtet wurde als in Bonn.

Vor diesem Hintergrund erscheint es doppelt schwierig, die in Köhlers Artikel suggerierten Zielvorstellungen zu realisieren. Bonn muß gleichsam an zwei Fronten operieren. Die schlechten Erfahrungen mit Lomé I und II *könnten* jedoch Reformbemühungen erleichtern, wenn nicht wieder die Sorge um das zarte Pflänzchen Souveränität einen offenen Nord-Süd-Dialog zwischen EG- und AKP-Staaten verhindert.

Dabei hat Lomé durchaus verbesserungsfähige Instrumente, zum Beispiel die Erlösstabilisierung. Wenn man hiermit jedoch den untauglichen Rohstoffabkommen ein überzeugendes Modell *entgegensetzen* will, muß man sie besser ausgestalten als bisher. Die überwiegend gezahlten verlorenen Zuschüsse bei Erlösausfällen sind der falsche Ansatz. Damit werden keine strukturellen Anpassungen etwa bei Exportabhängigkeit von wenigen *Rohstoffen begünstigt, sondern* eher Untätigkeit belohnt. Auch kann die Beschränkung auf im EG-Export erzielte Erlöse zu falschen – und aus EG-Sicht noch dazu abträglichen – wirtschaftspolitischen Konsequenzen führen. Ein offenes Wort und zähe Verhandlungen sind daher am Platze, bevor ein drittes Mal die Weichen für fünf Jahre falsch gestellt werden.

AUF EIN WORT



„In der Vergangenheit war es uns möglich, die neueste verfügbare Technologie auch zum Einsatz zu bringen. Natürlich fielen dabei Arbeitsplätze weg. Dies wird sich auch in der Zukunft nicht ändern lassen, denn nur so erhalten wir den notwendigen finanziellen Spielraum, um an anderer Stelle neue Arbeitsplätze durch Investitionen zu schaffen."

Heinz Ruhnau, Vorsitzender des Vorstandes der Deutsche Lufthansa AG, Köln. FOTO: FERDI HARTUNG

Karlsruhe nimmt Beschwerde nicht an

dpa/VWD, Bonn

Der Vorprüfungsausschuß des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hat nach Mitteilung der Verbraucherzentralen eine Verfassungsbeschwerde der KKB-Bank gegen ein Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) nicht angenommen. In der BGH-Entscheidung vom 30. Juni 1983 war die KKB-Bank verurteilt worden, einem Darlehensnehmer alle *Zinsen* und *Kosten aus einem im* März 1976 abgeschlossenen und schon abgezahlten Kreditvertrag zu erstatten, weil dieser nach Ansicht des BGH sittenwidrig war. Gegen das Urteil legte die KKB-Bank Verfassungsbeschwerde mit der Begründung ein, die Bank habe damals nicht dammit rechnen können, daß die Rechtsprechung solche Verträge nicht akzeptieren werde.

EG-FINANZEN

Die Durststrecke wird erst Ende 1985 überwunden sein

WILHEM HADLER, Brüssel

Die EG *wird* weiter *am Rande* der Zahlungsunfähigkeit leben müssen. Dies zeigte sich gestern bei den Beratungen des Ministerrates über den Nachtragshaushalt der Gemeinschaft und den Vorentwurf für den Etat 1985. Mehrere Regierungen weigerten sich, die von der Brüsseler Kommission geforderten Vorauszahlungen auf künftige EG-Einnahmen zu leisten. Sie drängten statt dessen auf drastische Einsparungen.

Die *diesjährigen Haushaltsberatungen* sind von besonderer politischer Brisanz, weil der EG die Eigenmittel ausgegangen sind und bis zur im Grundsatz beschlossenen Aufstockung der Mehrwertsteuereinnah*men auf 1,4 Prozent wegen der not*wendigen Ratifizierung durch die nationalen Parlamente noch eine „Durststrecke" bis Ende 1985 zurückgelegt werden muß. Die Staats- und Regierungschefs hatten im Juni lediglich beschlossen, für das laufende Jahr „Maßnahmen zur Deckung des Haushaltsbedarfs" zu treffen, um das „normale Funktionieren der Gemeinschaft sicherzustellen".

Die Frage ist, ob das Loch im Haushalt durch Kürzungen gestopft werden kann, ohne die aus den landwirtschaftlichen Marktordnungen folgenden Verpflichtungen zu verletzen oder der EG bei anderen Politiken die Luft abzuschnüren. Die Kommmission hat das Defizit für 1984 auf rund 4,46 Mrd. DM beziffert. Sie führt den Fehlbetrag vor allem auf die zu spät gestartete und nicht genügend gründliche Reform der Agrarpolitik zurück.

London, Bonn und Den Haag meinen, unabweisbare Mehrausgaben im *Agrarbereich könnten durch Einsparungen* an anderer Stelle finanziert werden. Dagegen hat EG-Präsident Thorn die Etatberatungen als Test für die Bereitschaft zur Wiederbelebung der Gemeinschaft bezeichnet.

WERBEWIRTSCHAFT

Trotz des Streiks setzt sich der Aufschwung weiter fort

HANNA GIESKES, Bonn

„Der deutsche Werbemarkt hat den Druckerstreik überwunden." Der *Zentralausschuß der Werbewirtschaft* (ZAW) in Bonn erwartet für dieses Jahr ein Wachstum der Werbeeinnahmen um fünf Prozent; vor dem Streik allerdings hatte die Prognose auf sechs Prozent gelautet. Im vergangenen Jahr lagen *die* Werbeumsätze bei über 14 Milliarden Mark.

Seine Zuversicht gründet der Spitzenverband auf die in den Chefetagen der werbungtreibenden Wirtschaft mittlerweile um sich greifende Erkenntnis, daß Werbung in den gedruckten Medien auch während des „Sommerlochs" Sinn macht. Die früher vielfach geübte sommerliche Abstinenz habe zwar kurzfristig die Etats der Markenartikler geschont, sie nachher aber um so stärker belastet: Es gingen Marktanteile verloren, die dann mühsam wieder zurückerworben werden mußten. So ist man in der Bonner Verbandsspitze sicher, daß in diesem Sommer manches an Werbung nachgeholt werden wird, das in 13 Wochen Druckerstreik *zwangsläufig unterbleiben mußte.*

Die Einbußen bei den Werbeeinnahmen für Zeitungen und Zeitschriften während des Druckerstreiks beziffert der Dachverband auf 140 Millionen Mark. Es hätten jedoch *nicht nur die Verlage zu leiden gehabt, heißt es weiter;* auch der Handel sei mangels Werbemöglichkeiten mit dem Absatz von Sonderangeboten und Saisonartikeln in Schwierigkeiten gekommen. Darüber hinaus beklagten werbungtreibende Firmen Marktstörungen durch Unterbrechung des Werbe-Rhythmus bei Markenartikeln, und Werbeagenturen berichteten von Umsatzverlusten wegen gestrichener Werbekampagnen.

Eine derzeit sehr ausgeprägte Nachfrage nach Werbefachkräften läßt nach Ansicht des ZAW jedoch den Schluß zu, daß sich der Aufschwung in der Branche fortsetzt.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Bauwirtschaft: Schneider warnt vor Pessimismus

Bonn/Wiesbaden (dpa/VWD) – Vor übertriebener Schwarzmalerei und Pessimismus in der Entwicklung der Bauwirtschaft hat Bundesbauminister Oscar Schneider in Bonn gewarnt. Die Bauinvestitionen würden in diesem Jahr um sieben Mrd. Mark ansteigen, was einem realen Wachstum im Bausektor von fünf Prozent entspreche. Auch im nächsten Jahr werde es noch 2,5 Prozent Wachstum bei den Wohnungsbauinvestitionen und zwei Prozent beim Wirtschaftsbau geben. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sind von April bis *Mai 1984 um zwölf Prozent gestiegen,* teilte das Statistische Bundesamt mit. Dazu haben vor allem Aufträge der öffentlichen Hand beigetragen (Hochbau plus 20 Prozent, Tiefbau plus 25 Prozent). Dagegen gingen die Wohnungsbau-Aufträge um 4,9 Prozent zurück. Im Vergleich zum Mai 1983 lagen die insgesamt erteilten Aufträge um fast drei Prozent unter dem damals ermittelten Wert. Die Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes lag Ende Mai 1984 mit rund 1 103 300 um 2,5 Prozent unter dem Stand vom Mai 1984.

Zigaretten teurer?

München (dpa/VWD) – Die deutschen Zigarettenhersteller brauchen nach Auffassung der Philip Morris GmbH, München, „jetzt Preiserhöhungen in kleinen Schritten". Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Staffan Gunnarsson, begründete diese Forderung mit ständig steigenden Kosten und dem extrem hohen Dollarkurs, der die Tabakeinkäufe in den USA verteure.

Neuseeland wertet ab

Wellington (dpa/VWD) – Der neuseeländische Dollar ist am Mittwoch gegenüber einer Reihe von Währungen um 20 Prozent abgewertet worden, teilte der designierte Ministerpräsident David Lange in Wellington mit. So lautet jetzt der neue Kurs für den *US-Dollar* 0,4962 nach 0,6203 und für die D-Mark 1,4157 nach 1,7697. Damit ist auch der seit dem vergangenen Sonntag ausgesetzte Devisenhandel wiederaufgenommen worden.

Handelskammer kritisiert

Washington (Sbt.) – Gegen die Besteuerung multinationaler Unternehmen auf der Basis weltweiter Einkommen (Unitary Taxation) hat die Deutsch-Amerikanische Handelskammer in New York protestiert. In Schreiben an die Gouverneure von zwölf US-Bundesstaaten, die eine solche Praxis eingeführt haben, warnte die Kammer vor den enorm hohen Kosten und der Gefahr, daß die entsprechenden Regionen für ausländische Direktinvestitionen nicht mehr in Frage kommen.

Keine Passivierungspflicht

Bonn (VWD) – Unternehmen, die Vorruhestandsgelder zusagen, sollen in freier Wahl darüber entscheiden können, ob sie hierfür Rückstellungen in ihre Bilanzen einstellen oder nicht. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums erklärte auf Anfrage, daß ein entsprechendes Schreiben in den nächsten zwei bis drei Wochen an die Finanzbehörden hinausgehen wird. In Beratungen zwischen dem Hause Stoltenberg und den Steuerreferenten der Länder sowie den Spitzenverbänden der Wirtschaft habe man sich mehrheitlich darauf geeinigt, den Unternehmen in Anlehnung an den Paragraphen 6 a EstG ein Passivierungswahlrecht einzuräumen, auf eine Passivierungspflicht also zu verzichten, obgleich sich hierfür die Wirtschaftsprüfer aus Gründen der Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit ausgesprochen hatten.

Leichter Preisanstieg

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Einzelhandelspreis-Index ist im Juni 1984 um 0,2 Prozent höher gewesen als im Vormonat. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die Steigerung der Einzelhandelspreise auf Jahresrate hochgerechnet damit gegenüber Juni des Vorjahres 2,5 Prozent.

Zahlungsprobleme in Peru

New York (VWD) – Peru sei vorläufig nicht in der Lage, die Zinsen auf seine Auslandsschulden von 13 Mrd. Dollar zu zahlen. Nach Angaben New Yorker Bankenkreise habe der Vorsitzende des Auslandsschuldenausschusses Perus, Rodrigo Cepeda Yzaga, dies den Gläubigerbanken bei einem Treffen in New York am Dienstag mitgeteilt. Er begründete die Zahlungsunfähigkeit mit Einnahmeausfällen wegen des dreiwöchigen Kupferstreiks, verwies jedoch ausdrücklich darauf, daß es sich um ein temporäres Problem handele.

BSW

Teilerfolg im Rechtsstreit

VWD, Kehl

In dem beim Verwaltungsgericht Köln anhängigen Rechtsstreit zwischen der Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, und der Bundesregierung, in dem es um die Rechtmäßigkeit der im Sommer 1983 an die Arbed-Saarstahl GmbH gezahlten Überbrückungshilfen und um einen von BSW geltend gemachten Ausgleichsanspruch für die früher an Arbed gezahlten Subventionen geht, hat die 1. Kammer jetzt im Zwischenstreit um die Aktenvorlage zugunsten der Klägerin BSW entschieden. Die Bundesregierung hatte sich unter Hinweis auf die Existenz geheimhaltungsbedürftiger Schriftstücke geweigert, die Akten dem Gericht und der Klägerin zur Einsicht zu geben.

Das Gericht hat nun die Ansicht der BSW, daß dieses Verhalten unzulässig sei, den Angben zufolge in vollem Umfang bestätigt und unter anderem ausgeführt, daß auch soweit es sich um Unterlagen handelt, die Geschäftsgeheimnisse betreffen, keine Berechtigung zur Verweigerung der Aktenvorlage bestehe. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

NEUE HEIMAT / Weiter enorme Verluste trotz eines neuen Zuschusses der Gewerkschaft von 50 Millionen Mark

Die Durststrecke wird noch längere Zeit dauern

JAN BRECH, Hamburg

Die Unternehmensgruppe Neue Heimat befindet sich nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Diether Hoffmann noch immer mitten in einem schwierigen Konsolidierungsprozeß, in dessen bisherigen Verlauf zwar schon beachtliche Erfolge erzielt worden seien, in dem aber auch für beträchtliche Verluste ein Ausgleich hätte gefunden werden müssen. Im Berichtsjahr 1983, für das Hoffmann jetzt die Bilanzen vorlegte, haben die Gemeinnützige Neue Heimat und die Neue Heimat Städtebau wiederum mit enormen Verlusten abgeschlossen. Die Gemeinnützige Gruppe weist einen Fehlbetrag von 146 Mill.DM aus, die NH Städtebau von 73 Mill.DM. Diese Verluste sind trotz umfangreicher außerordentlicher Erträge und trotz eines weiteren Zuschusses von 50 Mill.DM seitens der Gewerkschaften entstanden.

Vor allem für die NH Städtebau erwartet Hoffmann noch eine mehrjährige Durststrecke. Eine Bewältigung der Probleme sei erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu erwarten. Hoffmann bestätigte in diesem Zusammenhang, daß die Neue Heimat mit ihren Gesellschaftern ein neues Strukturkonzept II berät, das intern vorsieht, auf erheblich reduzierter Basis das Know-how der NH Städtebau zu verwerten. Zu dieem Zweck soll das aktive Geschäft der Bauplanung und des Baumangements ausgegliedert und auf eine neue Gesellschaft unter dem Namen Planbaucontract, Gesellschaft für Planung und Bauerstelllung GmbH, Hamburg, übertragen werden. Anteilseigner dieser neuen Gesellschaft sollen neben der NH Städtebau Gesellschaften aus dem gemeinnützigen Bereich werden.

Positiver wertet Hoffmann die kurzfristigen Aussichten der Gemeinützigen NH. Es sei eine günstige Ausgangsbasis geschaffen, um die Rentabilität im operativen Bereich schon 1984 wiederherzustellen. Für dieses Jahr prognostiziert Hoffmann einen Gewinn von 50 Mill.DM.

Den happigen Verlust von 146 Mill.DM der Gemeinnützigen Gruppe im Berichtsjahr begründet Hoffmann mit wiederum hohen außerordentlichen Belastungen. Die Bevorratung unbebauter Grundstücke habe das Ergebnis mit 198 Mill.DM belastet, in der Bau- und Verkaufstätigkeit seien 172 Mill.DM Verluste entstanden. Die Kosten für leerstehende und unverkäufliche Eigentumsobjekte betrugen allein 86 Mill.DM. Das Dienstleistungsergebnis blieb mit 42 Mill.DM ebenfalls defizitär. Einen Überschuß von 8 Mill.DM, den Hoffmann jedoch als völlig unbefriedigend bezeichnet, brachte lediglich die Hausbewirtschaftung. 5560 leerstehende Mitwohnungen und 45 Mill.DM Mietverzichte hätten hier auf das Ergebnis gedrückt.

Einen Teil der Verluste deckte die Neue Heimat durch den Verkauf von rund 12 600 Wohnungen im Wert von 1 Mrd.DM und einem außerordentlichen Gewinn von 384 Mill.DM. Insgesamt, so Hoffmann, habe die Neue Heimat bis zum Ende des Berichtsjahres 19 400 Mitwohnungen aus dem Bestand verkauft und dabei 666 Mill.DM Überschuß realisiert. Ziel bleibe es, in den nächsten Jahren insgesamt 20 Prozent oder rund 50 000 Wohnungen zu veräußern.

Bei der NH-Städtebau haben erneut die Auslandsengagements tiefe Löcher in die Rechnung gerissen. Trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen in den Jahren 1981 und 1982 seien zusätzliche Verluste von 125 Mill.DM entstanden. Bei einem geringen Plus im Inlandsgeschäft mußten die Gewerkschaften als Gesellschafter weitere 50 Mill.DM zuschießen. Die haftenden Eigenmittel bei der NH Städtebau sind auf 141 Mill.DM oder 8,6 Prozent der Bilanzsumme zusammengeschmolzen. Noch kritischer ist die Eigenkapitalausstattung der Gemeinnützigen Gruppe. Kapital und Rücklagen betragen nur noch 563 Mill. oder 2,8 Prozent der Bilanzsumme. Die Auffüllung der Rücklagen durch Mobilisierung von Reserven, so Hoffmann, müsse künftig höchste Priorität haben.

Der Gesamtumsatz der Gruppe stieg 1983 um 11,8 Prozent auf 3,7 Mrd.DM. Drastisch reduziert wurden in beiden Gruppen das Bauvolumen. Bei der Gemeinnützigen ging es um 40 Prozent, bei der NH Städtebau um 22 Prozent zurück. Weiter abgespeckt hat die Gruppe ferner bei der Belegschaft. Die NH beschäftigte Ende 1983 mit 5021 Mitarbeitern 6,1 Prozent weniger. Weitere Einschnitte, so erklärt Hoffmann, seien unvermeidlich.

AUDI-HV / 800 Neueinstellungen geplant

Ungebrochene Zuversicht

WERNER NEITZEL, Neckarsulm

Die VW-Tochter Audi wird im Gefolge des arbeitskampfbedingten Produktionsausfalls im Zusammenhang mit geplanten Sonderschichten und Programmerhöhungen in den Werken Ingolstadt und Neckarsulm zwischen 500 und 800 weitere Mitarbeiter einstellen. Zur Jahresmitte waren fast 33 000 Beschäftigte (plus 4,1 Prozent) angestellt. Wie Vorstandsvorsitzender Wolfgang R. Habbel in der ruhiger. Hauptversammlung des Unternehmens sagte, bemühe sich Audi, die ausgefallenen Stückzahlen wenigstens teilweise wieder aufzuholen.

Die Umsatzeinbuße infolge Produktionsausfall bezifferte er mit rund einer Mrd. DM. Dennoch lagen die Umsatzerlöse mit knapp 4 Mrd. DM per Ende Juni 1984 immer noch um 4 Prozent über dem Vorjahr. Denn die Verschiebung der Fertigungsstruktur zu höherwertigen Modellen und Ausstattungen hat sich weiter fortgesetzt. In den ersten sechs Monaten hat Audi mit insgesamt 165 000 Pkw 28 000 Einheiten oder 15 Prozent weniger als im Vorjahr produziert. Der sechswöchige Produktionsstillstand brachte einen Ausfall von 46 000 Fahrzeugen.

Habbel versicherte, das Unternehmen werde sich nicht auf dem Weg beirren lassen, die Positionierung von Audi im Segment der mittleren und oberen Mittelklasse weiter voranzutreiben. Die Zuversicht basiere auf dem attraktiven Modellprogramm, in dem Audi Ende dieses Jahres eine auf elf Varianten erweiterte Pkw-Palette mit Allradantrieb anbiete, dem Wettbewerbsvorsprung des Audi 100 und auf dem großen Potential des US-Marktes. Die Unternehmensrendite soll spürbar verbessert werden.

In 1983 war das Jahresergebnis nach Steuern auf 178 (118) Mill. DM angestiegen. Nach Abzug des Gewinnanteils von 144,9 (93,7) Mill. DM an die Mutter VW verbleibt ein Jahresüberschuß von 33 (21) Mill. DM, der in die Rücklagen geht. Die rund 4000 außenstehenden Aktionäre, die etwa ein Prozent des Audi-Kapitals von 215 Mill. DM halten, gehen leer aus, da sie – wie im Unternehmensvertrag festgelegt – von VW bedient werden. Dort war bekanntlich eine Ausschüttung entfallen. Die Audi/NSU Auto-Union AG firmiert nun als Audi AG mit Sitz in Ingolstadt.

LUFTHANSA-HV / Erstmals wieder in Berlin

Flotte soll ausgebaut werden

PETER WEERTZ, Berlin

Die Lufthansa, die ihre Hauptversammlung zum ersten Mal seit ihrem Wiederaufbau nach Berlin gelegt hatte, will in der Stadt eine Computer Software-Gesellschaft gründen und ihre Einkäufe an der Spree erweitern. Im Internationalen Congreß Centrum bedauerte Vorstandsvorsitzender Heinz Ruhnau, daß die Lufthansa infolge des besonderen Status der Stadt nicht Berlin in ihr Flugnetz einbeziehen könne. Dies dürfe jedoch nicht dazu führen, diesen Anspruch aufzugeben, unterstrich Ruhnau vor den Aktionären, die 88,6 Prozent des Aktienkapitals der Gesellschaft von 900 Mill. DM vertraten.

Zugleich befürwortet Ruhnau weitere Abkommen mit der ostdeutschen Interflug über das Interline-Abkommen und die Linienflüge zur Leipziger Messe hinaus. Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen beiden Fluggesellschaften sollten Schritt für Schritt normalisiert werden, soweit das die Gegebenheiten zuließen, sagte Ruhnau.

Über die zukünftige Entwicklung äußerte sich Ruhnau zuversichtlich. Der erste Teil dies Jahrzehnts sei schwierig gewesen. „Wir haben diese Phase mit Turbulenzen gut durchflogen, wenn auch gelegentlich durchgestartet werden mußte", beschrieb Ruhnau die vergangenen Jahre. Es gehe jetzt weiter aufwärts. Das Unternehmen will seine Flugzeug-Flotte ausbauen und modernisieren, um Wachstumschancen verwirklichen zu können. Für Anfang der 90er Jahre kündigte der Lufthansa-Chef die nächste Flottenerneuerung an. Schon vorher werden jedoch die neuen Airbus A 310-Flugzeuge ihren Flugdienst aufnehmen.

Wie schon berichtet, hatte die Lufthansa 1983 ihr bestes Streckenergebnis in ihrer Unternehmensgeschichte. Im Streckengeschäft konnte sie überdies, besonders in der Luftfracht, den Verlust des Vorjahres in einen Gewinn von 110 Mill. DM umwandeln.

Für dieses Jahr rechnet Ruhnau schon jetzt mit einem „guten Lufthansa-Jahr". Denn im ersten Halbjahr 1984 wuchsen die beförderte Fracht-Tonnage um 18 Prozent auf 256 404 Tonnen und die Zahl der Fluggäste um 6,7 Prozent auf 7,38 Mill. Passagiere. Gleichzeitig verbesserte sich der Nutzladefaktor um 4,5 auf 65,1 Prozent.

Private Aktionäre, ihr Anteil am Aktienkapital beträgt knapp 18 Prozent, sprachen sich zwar für eine Privatisierung der Lufthansa aus. Sie hielten aber vorerst Ertrag und Dividende noch für zu gering, um eine Privatisierung im ganzen erfolgreich verwirklichen zu können. Die privaten Aktionäre machten darauf aufmerksam, daß es bisher nicht gelungen sei, die Möglichkeit der Sonderabschreibungen voll auszuschöpfen.

Für 1983 genehmigte die Hauptversammlung eine Dividende auf Stamm- und Vorzugsaktien von 3,50 (Vorjahr 2,50) DM je Aktie im Nennwert von 50 DM.

DORNIER / Auftragsbestand im zivilen Flugzeugbau sichert Produktion für 1984

Mit eigener Kraft über die Luftlöcher

DANKWARD SEITZ, München

Noch stärker als bisher will sich das Luft- und Raumfahrtunternehmen Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, für die nächste Zeit zivilen Projekten widmen. Nicht nur, weil auch sie langfristig Erfolg versprechen, sondern weil man angesichts der leeren Kassen des Bundes, speziell des Verteidigungsministeriums, notgedrungen auch mit eigener Kraft für mehr Schub sorgen muß, um drohende Luftlöcher überwinden zu können. Für die kommenden Jahre rechnet Vorstandssprecher Karl-Wilhelm Schäfer jedenfalls damit, wie er bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 erklärte, daß für die wehrtechnische Forschung und Entwicklung nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen werden.

Die Hoffnungen im Flugzeugbau richten sich dabei vor allem auf die beiden Eigenentwicklungen Do 128-6 und Do 228. Von dem kleineren Typ wurden bisher zehn Maschinen ausgeliefert, für 23 liegen Bestellungen vor. Bei der 228 verfügt man über 61 Aufträge sowie 48 Optionen und zwei Leasing-Verträge; ausgeliefert wurden 24 Einheiten. Darüber hinaus wurde mit einem indischen Partner ein Lizenzvertrag abgeschlossen, der den Bau von bis zu 150 Flugzeugen dieses Typs vorsieht. Diese Zahlen wertete Schäfer angesichts des „recht zähen" internationalen Flugzeugmarktes als gut. Der Auftragsbestand sichere die Produktion für das Gesamtjahr 1984.

Gestützt wird der Flugzeugbau zudem durch die Zulieferungen für den Airbus A 310, bei dem Dornier mit 5,5 Prozent am deutschen Anteil beteiligt ist. Bei dem geplanten Airbus A 320 hofft man bei den laufenden Verhandlungen mit einem Anteil von 15 Prozent herauszukommen.

Damit wäre dann im Flugzeugbereich, nach den Worten von Schäfer, weitgehend ein Ausgleich für den Alpha-Jet gefunden, dessen Produktion nch der Auslieferung von insgesamt 492 Maschinen nun fast abgeschlossen ist. Um aber wieder an das Wachstum der letzten Jahre anknüpfen zu können, hält Schäfer eine „baldige Entscheidung" für den Jäger 90 als „unverzichtbar". 1983 steuerte der Alpha-Jet noch 100 (263) Mill. DM zum Umsatz bei, während es beim Airbus 44 (15) Mill. DM und bei der Do 228 bereits 65 (7) Mill. DM waren.

Für das nachlassende Militärgeschäft, dessen Umsatzanteil 1983 auf 51 (54) Prozent abgesunken ist und 1984 nur noch gut 40 Prozent betragen wird, rechnet man sich bei Dornier auch gute Chancen aus, im Bereich Raumfahrt und neue Technologien einen Ausgleich zu finden. Im Mittelpunkt stehen hier das Spacelab-Programm sowie Beteiligungen am Bau verschiedenster Satelliten zur Erderkundung.

Ein sehr großer Erfolg ist auch ein Gerät zur Zertrümmerung von Nierensteinen – ein „Abfallprodukt" der militärischen Forschung –, für das Dornier über einen Auftragsbestand von 48 Geräten verfügt. Diese Zahl könnte schon bald sprunghaft steigen, wenn im Herbst 1984 die Zulassung für den US-Markt erteilt wird. Bisher wurden in den USA vier und in der Bundesrepublik sechs Geräte installiert. Derzeit wird auch intensiv an einem ähnlichen Apparat für die Zertrümmerung von Gallensteinen gearbeitet, jedoch wird ein solches Gerät nicht vor Mitte 1985 einsatzbereit sein.

Alles in allem ist dies für Schäfer Grund genug, der Zukunft zuversichtlich entgegensehen zu können. Schon für 1984 rechnet er wieder mit einem Umsatz von rund 1,65 Mrd. DM, nachdem im letzten Jahr bei nur leicht geringerer Gesamtleistung von 1,4 (1,5) Mrd. DM aus abrechnungstechnischen Gründen ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen war. Auch der Jahresüberschuß soll zumindest gehalten werden, obwohl allein die Beteiligung am A-320-Programm durch ein Darlehen in Höhe von 15 Mill. DM den Ertrag belasten wird.

Daß auch 1983 noch recht gut verdient wurde, zeigt, daß den offenen Rücklagen 11,6 (5,6) Mill. DM zugeführt und die Pauschalwertberichtigungen auf den hohen Forderungsbestand an außereuropäische Auftraggeber um weitere 8,0 (17,7) Mill. DM aufgestockt werden konnten. Verdaut wurden auch alle Entwicklungs- und Anlaufkosten für die Do 228, die bisher Mittel in Höhe von 240 Mill. DM gebunden hat. An die Gesellschafter werden unverändert 6 Mill. DM ausgeschüttet.

Dornier	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	1255,4	- 20,2
davon		
Flugzeuge	456,1	- 24,4
Wehrtechnik	113,4	- 1,7
Betreuung von Flugzeugen	116,1	+ 31,2
Ausbildung, Planung	151,4	- 8,1
Raumfahrt, Elektronik neue Technologien	158,1	- 47,9
Maschinenbau	198,0	+ 10,4
Sonstiges	62,3	- 47,5
Beschäftigte	8713	+ 2,3
Sachinvestitionen	34,5	- 35,4
Abschreibungen	38,2	- 5,0
Brutto-Cash-flow	134,0	- 34,8
Jahresüberschuß	*26,0*	- 28,2
Bilanzsumme	1736,7	+ 17,5
Eigenkapital	199,3	+ 7,8

HELD & FRANCKE / Inlandsgeschäft merklich besser

Sorge um Baukonjunktur

DANKWARD SEITZ, München

Mit gewisser Sorge sieht die Held & Francke Bau-AG, München, den kommenden Monaten und dem Jahr 1985 entgegen. Schon in nächster Zeit wird sich entscheiden, so Vorstandssprecher Erwin Nagel, ob der Branche wieder ein Rückgang der Bauproduktion bevorsteht. Dies ist dann nicht auszuschließen, wenn die öffentliche Nachfrage nach Bauleistungen nicht zunimmt und die Investitionsbereitschaft der Industrie nach dem Auslaufen der staatlichen Fördermaßnahmen abnimmt. Für 1984 wird allerdings noch wegen der zeitlichen Verzögerung zwischen Vergabe und Produktion mit einem realen Zuwachs des Bauvolumens um 5 Prozent gerechnet.

Held & Francke selbst wird seine Gesamtbauleistung 1984 – bei weiterhin positivem Ergebnis –, so Nagel, gegenüber dem Vorjahr kaum verbessern können. Der Inlandsbau werde zwar merklich zulegen können, doch stehe dem eine deutliche Abnahme im Ausland entgegen. Diese Tendenz spiegelt auch der Verlauf der ersten vier Monate wider, in denen mit 163,7 (166,9) Mill. DM eine kaum veränderte Bauleistung erbracht wurde, wovon aber auf das Inland 102,8 (94,3) Mill. DM und auf das Ausland 60,9 (72,6) Mill. DM entfielen. An neuen Aufträgen konnten allerdings nur 148,2 (183,3) Mill. DM hereingeholt werden. In das neue Jahr war man mit einem Auftragsbestand von 492,0 (565,6) Mill. DM gegangen.

Ganz im Gegensatz dazu expandierte bei einer um 6,2 Prozent höheren Gesamtbauleistung der Auslandsbau mit 32,9 Prozent auf 268,9 Mill. DM wesentlich stärker, während der Inlandsbau um 6,7 Prozent auf 391,4 Mill. DM zurückging. Das Auslandsgeschäft hatte auch mit 154,9 (72,6) Mill. DM entscheidenden Anteil daran, daß der Auftragseingang deutlich um 24,8 Prozent auf 586,7 Mill. DM zunahm. Der Inlandsbereich erzielte nur ein Plus von 7,2 Prozent auf 431,8 Mill. DM, weil man sich, so Nagel, nur um kostendeckende Aufträge bemühte und auf Abschlüsse zu unzureichenden Preisen verzichtete.

Sehr zufrieden zeigte sich Nagel mit der Ertragslage. Nach „ausreichenden" Vorsorgemaßnahmen gegen in- und ausländische Risiken wird ein Jahresüberschuß von 5,65 (2,2) Mill. DM ausgewiesen, aus dem 2,8 (1,0) Mill. DM in die freien Rücklagen fließen. Der Bilanzgewinn von 2,85 (1,2) Mill. DM wird zur Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 12 DM je 100-DM-Aktie auf das erhöhte Grundkapital von 15 (10) Mill. DM und zur Einstellung von 1,2 Mill. DM in die Rücklagen verwendet werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Dortmund: Alfred Heydecke, Klempnermeister; **Hadamar:** Nachl. d. Paul Georg Wilhelm, Waldbrunn-Hausen; Nachl. d. Anna Katharina Wilhelm geb. Wagner, Waldbrunn-Hausen; **Iserlohn:** Heinrich Gösser Söhne GmbH & Co.KG; Hagos, Herbert Gösser GmbH; **Kassel:** Hans-Heinrich Freitag, Kfm., Schauenburg-Hoof; **Langen:** Nachl. d. Gottfried Otto Christian Müller, Langen und Egelsbach; **Nordhorn:** Peter Kagel, Kaufm.; **Northeim:** Dr. Herbst Bauges. mbH; **Oldenburg:** August Wöbken GmbH & Co.; **Remscheid:** Nachl. d. Karl-Helmut Schumacher

Litton Industries erwirbt Beteiligung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der US-Konzern Litton Industries wird an der Bielefelder Gildemeister AG, dem führenden deutschen Werkzeugmaschinenhersteller, eine Beteiligung erwerben. Zu diesem Zweck schlägt der Vorstand der Hauptversammlung am 29. August eine weitere Kapitalerhöhung um 8 Mill. DM auf dann 56 Mill. DM vor. Das Bezugsrecht der Aktionäre soll ausgeschlossen werden. Nach der im April 1984 vorgenommenen Kapitalerhöhung um ebenfalls 8 Mill. DM existierte noch ein genehmigtes Kapital von 12 Mill. DM.

Litton übernimmt die 8 Mill. DM neuen Aktien zum Kurs von 150 Prozent und hält dann am erhöhten Kapital 14,3 Prozent. Weitere Großaktionäre mit jeweils knapp 20 Prozent sind die Westdeutsche Landesbank und die Sauer Getriebe AG, Neumünster, die sich an der letzten Kapitalerhöhung nicht beteiligten. Gildemeister-Vorstandssprecher Horst Göhren und Finanzchef Heinz Schäfer wiesen darauf hin, daß die Westdeutsche Landesbank gleichzeitig auf ihren Besserungsschein von 10 Mill. DM verzichtet. Die Bank hatte 1983 gegen den Besserungsschein einen Forderungsverzicht von 20 Mill. DM geleistet.

Der Einstieg von Litton ist nach Göhrens Worten verbunden mit einem für die Dauer von zehn Jahren geltenden Kooperationsvertrag. Er sieht vor, daß die zu Litton gehörende New Britain Machine in Lizenz Gildemeister-Maschinen herstellen kann und diese Produkte ebenso wie Drehmaschinen von Pittler in den USA, Kanada und Mexiko vertreibt. Göhren geht davon aus, daß dadurch der Absatz auf diesem Markt sich bis 1986 „mindestens verdoppelt".

Semperit: Sanierung macht Fortschritte

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Erhebliche Sanierungsfortschritte macht derzeit der österreichische Gummikonzern Semperit. Die seit dem Vorjahr selbständig geführte Reifenproduktion wies schon 1983 ein leicht positives Ergebnis aus. Dazu beigetragen hat zwar ein staatlicher Investitionszuschuß in Höhe von 250 Mill. Schilling (35,7 Mill. Mark); doch wurden gleichzeitig auch die Rückstellungen um 244 Mill. Schilling erhöht. 1982 waren im Reifenbereich noch 400 Mill. Schilling Verlust angefallen.

Die deutliche Ergebnisverbesserung hat ihre Ursachen in konsequenten Rationalisierungen durch Energieeinsparung, Fertigungsoptimierung und Personalabbau. Auf der anderen Seite konnte sich Semperit als einzige Reifenfabrik in einem Land ohne Autoproduktion insbesondere mit neuentwickelten Hochgeschwindigkeitsreifen als Erstausrüster für Mercedes, Porsche, Opel, VW und andere profilieren und den Reifenumsatz auf 6,7 Mrd. Schilling steigern. Die Reifenproduktion wird gegenwärtig mit Investitionen von 1,4 Mrd. Schilling modernisiert.

Insgesamt erwartet Generaldirektor Franz J. Leibenfrost für den im Eigentum der Creditanstalt stehenden Gummikonzern bereits 1986 wieder Gewinne. Voraussetzung dafür ist allerdings auch die endgültige Sanierung des ebenfalls selbständig geführten Bereiches „technische Produkte", der 1983 wesentlich zum Gesamtverlust der Semperit-Gruppe in Höhe von 417 (634) Mill. Schilling beigetragen hat. Für 1984 erwartet Leibenfrost einen Umsatzanstieg der Gruppe auf über 10 Mrd. Schilling bei rund 9 000 Mitarbeitern und eine weitere Verbesserung des Ergebnisses.

ASKO / Grundkapital soll bald verdreifacht werden

Ertrag ist kräftig gestiegen

JOACHIM WEBER, Saarbrücken

Für das Jahr 1984 können sich die Aktionäre der Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, zwar nicht wieder auf eine Glanzdividende in der Vorjahreshöhe von 12 (6) DM je 50-DM-Aktie freuen. Die dafür nötige Ausschüttung wäre schon wegen der noch anstehenden Kapitalerhöhungen – zunächst Verdoppelung des Grundkapitals auf 35 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln und danach (voraussichtlich noch im Herbst) Ausgabe von 100 000 bis 200 000 stimmrechtlosen Vorzugsaktien – kaum zu verdienen. Denn nach diesen Aktionen wäre etwa das Dreifache der vorjährigen 14,7 Mill. DM Grundkapital zu bedienen.

Doch Vorstandschef Helmut Wagner ist zuversichtlich, mehr als die 6 DM des Jahres 1982 anbieten zu können: „Wir gehen davon aus, daß die Erträge 1984 nachhaltig gesteigert werden können." Und: „Wir haben immer mit schwankenden Dividenden gearbeitet – bis hin zum vollständigen Dividendenausfall."

So haben die Aktionäre denn auch an der „stürmischen Ertragsentwicklung" 1983 teil. Immerhin hat die AG im vergangenen Jahr ihren Jahresüberschuß auf 16,1 (6) Mill. DM fast verdreifacht, wenn auch unter Verzicht auf 1,5 Millionen Mark zusätzlicher Pensionsrückstellungen gemäß der neuen Versicherungstabelle. Zudem kam sie wegen verschiedener Sondereinflüsse mit einem kaum veränderten Steueraufwand davon, ebenfalls nur in diesem einen Jahr.

Dennoch ist der Aufwärtstrend unübersehbar. Bestätigt wird er auch von den um Außerordentliches bereinigten Kennziffern. So stieg das DVFA-Ergebnis je Aktie 1983 auf 70,10 (32,40) DM, der Netto-Cash-flow nach DVFA auf 50 (40) Mill. DM. Beide Werte beziehen sich auf den Gruppenabschluß, der – erstmals vorgelegt – einen Jahresüberschuß von knapp 20 Mill. DM (ohne Vorjahreswert) ausweist.

Im Vergleich zu den Ertragswerten ist der Umsatz um 6,5 Prozent auf 1,745 (1,638) Mrd. DM nur gering gestiegen. Hinter der Summenbetrachtung verbirgt sich jedoch ein auffälliger Strukturwandel: Wieder stammen die größten (auch die Ertrags-) Zuwächse aus dem Nicht-Lebensmittelbereich – vor allem von den Adler Bekleidungswerken (plus 23 Prozent auf 460 Mill. DM) und den Baumärkten (plus 49 Prozent auf 213 Mill. DM) –, der damit insgesamt einen Umsatzanteil von 53 Prozent erreicht. 1978 waren es erst 12 Prozent. Und 1983 steuerte das Non-Food-Geschäft Dreiviertel der Gewinne bei.

Die Lösung vom klassischen Lebensmittelhandel wird auch weiterhin konsequent betrieben. 64 Asko-Einzelhandelsfilialen wurden inzwischen von der im Februar eigens gegründeten Lebensmittelgroßhandelsgenossenschaft Saarbrücken übernommen, die sie wieder in die Hände selbständiger Einzelhändler – bislang vornehmlich ehemalige Filialleiter – bringen soll. Die Asko-Gruppe selbst (Großaktionäre: Rewe-Leibrandt und die Saarbrücker Gesellschaft für Unternehmensbeteiligungen mit je 25 Prozent, die Schaper-Gruppe mit 5 Prozent) will sich künftig voll auf die „diskontierenden Großformen" des Handels konzentrieren.

Aktien im Verlaufe nachgebend

Wiederbelebungsversuche des Geschäfts erneut gescheitert

DW. – Bemühungen, die Anleger an die Aktienmärkte zurückzulocken, hatten wenig Erfolg. Den anfänglich auf breiter Front vorgenommenen Meinungskäufen folgte die Kundschaft nicht, so daß der größte Teil der zunächst eingetretenen Kursgewinne in der zweiten Börsenstunde wieder verlorenging. Auch aus dem Ausland lagen kaum Kaufaufträge vor. Daran vermochte die relativ optimistische Lagebeurteilung der Bundesbank nichts zu ändern. In den Augen der Ausländer wiegen die Streikfolgen schwerer als solche Prognosen.

Der immer noch nachgebende Kurs der Papiere der Deutschen Bank läßt auf anhaltende Auslandsverkäufe schließen. Ausgelöst durch die Kaufempfehlung eines Informationsbriefes kam es bei Klöckner zu lebhaften Umsätzen. Der Kurs bewegte sich indes nur geringfügig nach oben. Ein Zeichen dafür, daß auch hier die Phase der Glattstellungen noch längst nicht abgeschlossen ist. Stabilisiert hat sich zur Zeit der Markt der Warenhausaktien. Zu teilweise höheren Notierungen wurden Versicherungswerte gesucht. Der bisher günstige Verlauf des Lufthansa-Geschäftsjahres hinterließ auf den Kurs der Lufthansa-Vorzugsaktien keine Spuren. Er bröckelte sogar leicht ab.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 4 DM, Bilfinger um 5 DM und Gildemeister um 2,50 DM. Keramag stockten um 5 DM auf 160 DM auf und Stinnes um 10 DM auf 640 DM auf. Nachgegeben haben Dt. Texaco um 4 DM und Hindr. Aufermann um 5 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Magdeburger Feuer um 10 DM und Nordstern gaben um 10 DM nach.

Frankfurt: Chemieverwaltung stiegen von 279,50 DM auf 272 DM, Hartmann & Braun Vorzüge gaben um 6 DM nach und MAN-Vorzüge von 134,50 DM auf 129 DM. Veith-Pirelli verloren 5 DM und ADT AG verminderten von 109,50 DM auf 105,10 DM.

Hamburg: HEW setzten zu 81,80 DM ein. NWK-Vz. waren bei 165,50 DM nur knapp gehalten. Beiersdorf schwächten sich um 2 DM auf 335 DM ab. Phoenix verkehrten zu 112 DM. Triton gingen mit 116 DM (minus 2 DM) aus dem Markt. Vereins- und Westbank blieben mit 287 DM unverändert.

München: Etienne Aigner stockten um 2 DM auf 275 DM auf und Augsburger Spinne um 1 DM auf 79 DM. Nachgegeben haben Agrob St. um 7 DM und Deckel um 3 DM. Flachglas erhöhten um 5 DM und Süd Chemie um 5 DM. Wanderer verbesserten sich um 4 DM. Stumpf AG verloren 1 DM auf 119 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 10 DM höher und Engelhardt um 15 DM niedriger taxiert. DUB-Schultheiss konnten sich um 3,50 DM, Deutsche Hypobank Berlin um 2 DM und Herlitz St. um 1 DM befestigen. Rheinmetall schwächten sich um 11 DM, Bertbold um 7,50 DM, Orenstein um 5 DM und Kempinski um 4 DM ab.

Nachbörse: knapp behauptet

WELT-Aktienindex: 158,5 (158,2)
WELT-Umsatzindex: 1545 (1616)

Wien

	18. 7.	17. 7.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	205	205
Gösser-Brauerei	325	330
Länderbank Vz.	206	206
Österr. Brau AG	–	305
Perlmooser	338	339
Reininghaus	400	395
Schwechater Br.	158	158
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	141	141
Universale Hoch.Tief	–	–
Veitscher Magnesit	215	216
Index	53,57	53,57

Kopenhagen

	18. 7.	17. 7.
Den Danske Bank	233	233
Jyske Bank	460	464
Kopenh. Handelsbk.	240	240
Novo Industri	2750	2755
Privatbanken	207	209
Ostasiat. Komp	196	198
Dan. Sukkerfabr.	640	650
For. Bryggerier St	930	935
Kgl. Porc. Fabr	370	370

Brüssel

	18. 7.	17. 7.
Arbed	1414	1440
Brux. Lambert	2165	2195
Cockerill Ougrée	232	275
Ebes	2420	2420
Gevaert	3120	3125
Kreditbank	6900	6890
Petrofina	6610	6660
Soc. Gén. d. Belg.	1615	1615
Sofina	6060	6010
Solvay	–	5510
UCB	4340	4550
Index	141,61	141,89

Singapur

	18. 7.	17. 7.
Cycle + Car	3,54	3,50
Cold Storage	3,16	3,00
Dev. Bk. of Sing.	7,95	7,90
Fraser + Neave	5,00	5,00
Kl. Kepong	2,72	2,72
Mal. Banking	8,10	8,10
Nat Iron	4,86	4,74
OCBC	9,40	9,35
Sime Darby	2,00	2,00
Singapur Land	5,58	5,38
Un. Overs. Bank	4,40	4,00

Sydney (Auszug)

	18. 7.	17. 7.
Brok. Hill, Prop	9,60	9,62
Coles	3,75	3,78
CRA	4,60	4,60
CSR (Theiss)	3,19	3,20
Metals Expl	0,43	0,45
MIM-Holdings	2,75	2,82
Myer Emporium	1,80	1,88
North Broken Hill	2,09	2,10
Oakbridge	0,86	0,85
Peko Wallsend	4,20	4,15
Poseidon	3,20	3,20
Thomas Nat. Tr.	1,82	1,80
Waltons Bond	0,39	0,39
Western Mining	2,96	3,02
Woodside Petr.	–	–
Index	678,80	678,20

Optionshandel

Frankfurt: 18. 7. 84; 506 Optionen = 27 500 (38 650) Aktien, davon 128 Verkaufsoptionen: = 7450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-90/4,5, 10-100/1,9, 1-100/4,6, 4-110/3,5, BASF 10-150/7, 1-160/6, 1-170/3, 4-160/9, 4-170/4,7, Bayer 10-160/4,4, 1-150/13,5, 1-160/9, 1-170/4,4, 1-180/2,5, 4-170/7,6, BMW 4-400/10, Bay. Vereinsbank 10-300/15, 4-310/29, Commerzbank 10-150/5,4, 10-160/2,2, 1-150/9,35, 1-160/5,2, 1-170/2,5, 4-150/14,4, 4-170/4,5, Conti 10-120/3,5, 1-110/12, 1-120/5,6, 4-110/13,4, 4-120/6,5, Daimler 1-540/24,8, Dt. Babcock St. 10-140/11,3, 10-150/4,2, Deutsche Bank 10-330/9,5, 1-350/13, 1-370/5,85, 4-370/10, Dresdner Bank 10-150/5,5, 1-150/10, 4-150/13,4, GHH St. 10-130/6,4, Hoechst 10-160/5,4, 10-170/6,7, Hoesch 10-100/4,9, 10-110/2,5, 1-110/4,5, 1-120/2,5, 4-100/10,5, 4,120/4,5, Klöckner 10-55/3,4, 10-60/1,9, 1-55/5,5, 1-60/3, MAN 10-140/3, 4-150/16, Mannesmann 10-150/1,5, 1-140/6, 1-150/3,9, 4-140/10, 4-150/5,1, Kali + Salz 10-220/6, 4-230/17,4, Siemens 10-390/6, 10-410/2, 1-380/20, 1-410/6,5, 4-410/10, Thyssen 10-70/4,5, 10-75/3, 10-80/1,6, 1-75/5,1, 1-80/4, 1-85/2,2, 4-80/10, 4-85/7,2, Veba 10-170/2,9, 1-170/6, VW 10-170/9,8, 1-170/16,8, 1-180/11, 1-200/4,9, 1-210/2,9, 4-210/4,5, Alcan 1-80/6,7, Chrysler 10-70/6,9, 10-75/4, 1-65/14, 1-75/8,85, 4-75/10, Elf 10-70/4,4, General Motors 1-190/12, IBM 1-320/14,6, Philips 10-40/2,9, 1-40/4, 1-45/2, 4-40/5, Royal Dutch 10-130/6, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-85/2,5, 10-90/3,6, 10-95/6, 1-90/5, 1-95/7,4, 4-90/7, BASF 10-150/3, 10-153/5, Bayer 4-150/4,9, BMW 10-388/25, 1-368/16,9, Conti 1-110/4,3, 4-110/7, Daimler 1-510/6,2, Deutsche Bank 10-330/10, 1-330/14, Dresdner Bank 10-160/13, 1-150/6,4, 4-150/8, Harpener 10-280/6, 4-280/8,1, Hoechst 10-161,15/4,1, Hoesch 1-100/7,9, Karstadt 10-230/9, Kaufhof 4-190/6,5, KHD 10-220/6,4, Klöckner 10-55/3, Lufthansa St. 10-140/5, 4-130/4,3, Lufthansa VZ 1-140/6,4, Mannesmann 10-130/3, 1-130/3,4, Kali + Salz 1-200/4, Siemens 10-370/6,3, Thyssen 10-70/1,6, Veba 10-160/2,3, VW 10-170/5, 1-170/6, 4-170/7,1, Chrysler 1-70/4, 1-75/5,9, 1-80/5,95, 4-75/7,1, General Motors 4-170/4,4, Litton 10-210/9,9, 4-210/17,3, Philips 1-40/2,8, Royal Dutch 4-130/6,8, Xerox 10-110/8,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅜–5⅝	4½–4¾
3 Monate	12 –12¼	5⅝–5⅞	4¾–5
6 Monate	12⅝–12⅞	6⅛–6⅜	4¾–5
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅜–6⅞	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1503,35
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	681,30
1 £ Sovereign alt	234,00	278,16
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	225,00	278,16
Krüger Rand, neu	1010,00	1191,30
Maple Leaf	1010,00	1191,30
Platin Noble Man	1005,00	1185,60

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz Franken „Vreneli"	180,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	179,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	939,00	1122,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	186,00	234,84
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	432,00	542,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4])	Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,8475	2,8555	2,8062	2,80	2,89
London[1])	3,747	3,761	3,695	3,69	3,84
Dublin[1])	3,060	3,074	3,015	2,98	3,13
Montreal[3])	2,1400	2,1480	2,1050	2,10	2,20
Amsterd.	88,510	88,730	88,46	87,75	89,75
Zürich	118,225	118,425	118,325	117,00	119,75
Brüssel	4,936	4,956	4,874	4,81	5,01
Paris	32,485	32,645	32,045	31,75	33,50
Kopenh.	27,330	27,450	27,005	26,25	28,00
Oslo	34,565	34,685	34,04	33,75	35,50
Stockh.**)	34,220	34,380	33,665	33,25	35,00
Mailand[2]) **)	1,625	1,635	1,587	1,59	1,69
Wien	14,237	14,277	14,217	14,15	14,37
Madrid**)	1,750	1,760	1,728	1,74	1,86
Lissabon**)	1,890	1,910	1,836	1,45	2,38
Tokio	1,1710	1,1740	–	1,13	1,19
Helsinki	47,250	47,450	46,125	46,25	48,25
Buen. Air	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,504	2,556	–	2,10	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3625	2,3815	–	2,28	2,49
Johannesbg.*)	1,9135	1,9325	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Erneute Steigerungen der Dollarzinsen um 1/16 Prozent sowie die fast so erwarteten ‚Housing Starts' brachten den US-Dollar mit 2,8550 auf das gleiche Kursniveau wie im New Yorker Markt. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,8515 festgestellt, wobei die Deutsche Bundesbank 39,6 Millionen Dollar zum Kursausgleich abgab. Alle übrigen amtlich notierten Währungen veränderten sich nur wenig. Lediglich das britische Pfund mit 0,9 Stellen niedriger bei 3,794 notiert. US-Dollar in: Amsterdam 3,2185; Brüssel 57,6725; Paris 8,7565; Mailand 1750,45; Wien 1999,80; Zürich 2,4099; Ir. Pfund/DM 3,067; Pfund/Dollar 1,3165; Pfund/DM 3,754.

Ostmarkkurs am 18. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem sehr ruhigen Markt kam es am 18. Juli bei geringen Umsätzen zu keiner gravierenden Veränderung am Terminmarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,54/1,44	4,60/4,50	8,93/8,73
Pfund/Dollar	0,80/0,05	0,01/0,02	0,49/0,54
Pfund/DM	2,80/1,40	8,60/5,20	10,70/8,30
FF/DM	24/8	80/44	126/100

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 7.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 18. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984, am Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Renten wenig verändert

Öffentliche Anleihen blieben weitgehend unverändert. Kursabschwächungen fielen in diesem Bereich kaum ins Gewicht. Deshalb kamen die im Markt liegenden aber niedriger limitierten Kaufaufträge nicht zum Zuge. Am Markt für DM-Auslandsanleihen ist man erleichtert darüber, daß vor dem 8. August keine neuen Emissionen zu erwarten sind. Deshalb gewinnen die Banken Zeit, Teile der bislang nicht abgesetzten Emissionen zu plazieren. Bisher gelingt dies nur mit Anleihen erster Adressen, die obendrein zu marktgerechten Konditionen ausgestattet sind.

	18. 7.	17. 7.
M 5½ Bayer Haba Pf 14	92,5bG	92,5bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¼ dgl. Pf 2	95,5T	95,5T
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
8 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75G	80,75G
6 dgl. KS 1	99,35G	99,35G

	18. 7.	17. 7.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,3G	90,3G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	–	–
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 96	81,75	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5
8 dgl. Pf 248	100,25G	100,25
9 dgl. KO 125	–	–

	18. 7.	17. 7.
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	75G	76G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95bG
D 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,75G
8¼ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,65G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 556	99,9G	99,9G
6¾ dgl. KS 420	96,2G	96,2G
9¼ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G
8½ dgl. KS 1278	101,1G	101,1G
8 dgl. IS 1512	100,35G	100,35G

Bundesanleihen (Auszug)

		18. 7.	17. 7.
8 dgl. 83 S.41	6/88	100,35	100,35bG
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,3	100,4
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,35	100,4
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,25	101,25
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,05	100,1
7½ dgl. 84 S 46	4/89	98,3	98,35
7¾ dgl. 84 S 47	7/89	99,2	–

Bundesbahn

		18. 7.	17. 7.
F 8 Bbahn 72	9/84	100,2	100,2
8½ dgl. 76	9/84	100,25G	100,25
6 dgl. 78 III	11/84	99,95G	99,95

Bankschuldverschreib.

	18. 7.	17. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5G	82,5G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25	100,25G
F 7½ Bahola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 108	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 189	102,15G	102,15G

	18. 7.	17. 7.
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,55G	99,55G
6¾ dgl. Pf 60	96,25G	96,25G
6¼ dgl. Pf 74	99,25G	99,25G
8¼ dgl. Pf 76	97,25G	97,25G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,85G	94,85G
6 dgl. Pf 42	99,85G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,5G	101,5G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	70G	70G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	76,5G	76,5G
6 dgl. Pf 130	92,5G	92,5G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G

	18. 7.	17. 7.
M 6 Südboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	76,5G	76,5G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 67	95G	95bG
7½ dgl. Pf 104	95,75G	95,75bG
7 dgl. KS 49	93G	93G
7½ dgl. KS 81	100,25bG	100,25G
8 dgl. KS 133	99TG	99TG
8½ dgl. KS 132	100,75G	100,75G
9 dgl. KS 185	103G	103G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

Industrieanleihen (Auszug)

	18. 7.	17. 7.
5¾ HEW 62	97,5G	97,5G
7½ dgl. 71	99,75G	99,75G
4½ Harpen 59	196OG	196OG
6 Hoesch 64	99,75T	99,75T
7½ dgl. 71	99,8G	99,8G
7½ Karstadt 71	99,85G	99,85G
7½ Kaufhof 71	99,85G	99,85G
7¾ dgl. 71	99,8	100
7½ dgl. 76	99,5T	99,5G
7½ Klöckner W. 71	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	99,8	99,9

Anmerkungen:
• Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM (Auszug)

	18. 7.	17. 7.
F Emhart	81G	81G
D Ericsson	108T	108T
D Esmark	168T	168T
D Exxon	116,5	115
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St	6,35T	6,25exD
D dgl. Vz.	5,35G	5,25exD
F Finsider	–	–
D Fisons	6,3T	6,6T
M Fluor	49	48,7
D Ford	109,5	106
F Fujitsu	14,4	14,1

	18. 7.	17. 7.
F Nisshin Steel	2,05G	2,05G
F Nissho - Iwai	2,9G	2,9G
D NL Industries	35,5G	34
F Norsk Hydro	202,5	201
F Nynex	186	183
H Occ. Petroleum	83	77G
F Océ v. d. Grinten	200G	200G
F Olivetti St	8,4	8,3
F Olivetti Vz.	6,75	6,7bG
F Olympus Optical	10G	10G
H v. Ommeren	23G	23,2
F Onoda Tatesei	22,5G	22,5G
F Pacific Telesis	165	161,5

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 7.	17. 7.
Juli	338,00	336,50
Sept.	345,00	343,75
Dez.	360,50	359,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	18. 7.	17. 7.
St. Lawrence 1 CW	244,04	243,89
Amber Durum	246,14	246,64

Roggen Winnipeg (can. $/t)	18. 7.	17. 7.
Juli	130,50	133,50
Okt.	136,00	138,00
Dez	141,00	142,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)	18. 7.	17. 7.
Juli	124,50	134,80
Okt.	123,50	122,00
Dez.	121,80	120,30

Hafer Chicago (c/bush)	18. 7.	17. 7.
Juli	161,25	182,50
Sept	176,25	176,75
Dez	179,50	179,50

Mais Chicago (c/bush)	18. 7.	17. 7.
Juli	355,00	356,25
Sept	312,50	312,50
Dez	269,25	268,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 7.	17. 7.
Juli	132,00	131,40
Okt.	129,90	129,00
Dez	131,30	130,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Terminkontr. Juli	145,00	150,00
Sept	141,00	141,70
Dez.	137,50	138,50

Kakao New York ($/t)	18. 7.	17. 7.
Terminkontr. Juli	2139	2130
Sept	2091	2168
Dez	2093	2125
Umsatz	–	2965

Zucker New York (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,47	4,38
Okt.	4,58	4,63
Jan	5,13	5,13
März	5,73	5,72
Mai	5,99	6,00
Umsatz	10375	5840

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	18. 7.	17. 7.
	4,41	4,51

Kaffee London (£/t) Robusta-	18. 7.	17. 7.
Kontrakt Juli	2205–2215	2215–2220
Sept	2222–2222	2247–2249
Nov	2222–2225	2255–2260
Umsatz	1646	3049

Kakao London (£/t)	18. 7.	17. 7.
Terminkontrakt Juli	1755–1765	1768–1780
Sept	1755–1759	1768–1770
Dez	1689–1689	1710–1715
Umsatz	3038	4162

Zucker London ($/t), Nr. 6	18. 7.	17. 7.
Aug.	122,20–122,60	125,40–125,80
Okt.	129,40–129,60	132,60–132,80
Dez.	138,00–138,80	141,20–141,60
Umsatz	3388	2584

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	18. 7.	17. 7.
schw. Sarawak spez.	352,50	352,50
weißer Sarawak	605,00	605,00
weißer Muntok	612,50	612,50

Orangensaft New York (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Juli	169,90	174,00
Sept.	168,30	168,60
Nov.	166,25	165,25
Jan.	165,40	165,00
März	165,00	165,80
Umsatz	1350	1800

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	17. 7.	18. 7.
Südstaaten fob Werk	56,00	56,00

Maisöl New York (c/lb)	18. 7.	17. 7.
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,25	27,75

Sojaöl	18. 7.	17. 7.
Chicago (c/lb) Juli	30,85	30,45
Aug.	29,40	29,00
Sept.	28,05	27,50
Okt.	26,25	25,45
Dez.	24,50	23,50
Jan.	24,40	23,40
März	24,30	23,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Mississippi-Tal	35,50	35,00

Schmalz Chicago (c/lb)	18. 7.	17. 7.
loco lose	26,25	26,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,75	19,75

Talg New York (c/lb)	18. 7.	17. 7.
top white	21,25	21,25
fancy	21,00	21,00
bleichfähig	19,25	19,25
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50

Schweine Chicago (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Juli	55,05	54,95
Aug.	53,60	53,90
Okt.	50,60	51,05

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Juli	53,60	55,32
Aug.	52,30	53,30
Febr.	68,10	68,80

Häute Chicago (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Ochsen amh. schwere River Northern	67,00	66,00
Kühe amh. schwere River Northern	58,00	58,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)	18. 7.	17. 7.
Juli	704,00	694,00
Aug.	698,00	686,00
Sept.	667,00	651,00
Nov	640,00	624,00
Jan.	656,00	633,50
März	667,00	647,00
Mai	677,00	657,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)	18. 7.	17. 7.
Juli	170,00	168,00
Aug	170,00	169,00
Sept.	171,50	170,70
Okt.	169,50	169,00
Dez.	172,90	171,50
Jan	174,00	174,00
März	177,50	177,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	18. 7.	17. 7.
Juli	343,50	337,00
Okt.	354,00	348,50
Dez.	362,00	357,00

Kokosöl New York (c/lb)	18. 7.	17. 7.
Westküste fob Werk	52,50	49,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	18. 7.	17. 7.
jegl. Herk. cif	1050,00	1055,00

Leinöl Rotterdam ($/t)	18. 7.	17. 7.
jegl. Herk. ex Tank	560,00	560,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)	18. 7.	17. 7.
Sumatra cif	602,50	585,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)	18. 7.	17. 7.
roh Niederl. fob Werk	235,00	235,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)	18. 7.	17. 7.
Philippinen cif	1550,00	1550,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)	18. 7.	17. 7.
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	269,50	267,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	18. 7.	17. 7.
Okt.	69,30	68,80
Dez.	69,20	69,15
März	71,15	70,95
Mai	72,15	71,90
Juli	73,00	72,65
Okt.	72,55	71,95

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis	18. 7.	17. 7.
loco RSS-1	47,00	47,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	18. 7.	17. 7.
Aug.	485–490	455–457
Okt.	490–495	473–475
Dez.	487–488	477–480
Umsatz	401	203

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	18. 7.	17. 7.
Okt.	51,60	51,60
Dez.	51,40	51,40
März	53,00	53,00
Mai	53,20	53,20
Umsatz	5	0
Tendenz: Stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 7.	17. 7.
Juli	555,0–560,0	565,0–569,0
Okt.	570,0–571,0	570,2–571,0
Dez.	574,5–575,0	574,0–575,0
Umsatz	47	27

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 7.	17. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	18. 7.	17. 7.
Juli	13 415	13 415
Aug	13 395	13 364

Kautschuk London (p/kg)	18. 7.	17. 7.
Nr. 1 RSS loco	71,50–73,00	67,00–70,00
Aug.	71,50–72,40	67,70–69,00
Sept	71,50–73,00	69,00–70,30
Okt.	72,00–72,80	70,90–71,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	18. 7.	17. 7.
Aug	210,50–211,50	209,50–211,00
Sept.	217,00–217,50	215,50–216,50
Nr. 2 RSS Aug.	204,00–205,00	203,50–204,50
Nr. 3 RSS Aug	200,50–201,50	200,00–201,00
Nr. 4 RSS Aug.	193,50–194,50	193,00–194,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	18. 7.	17. 7.
BWC	516,00	516,00
BWD	505,00	505,00
BTC	516,00	516,00
BTD	505,00	505,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg, 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18. 7.	17. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	144,80–145,17	145,03–145,41
drittfolg. Monat	143,29–143,48	141,83–142,20
Zink: Basis London laufend. Monat	250,86–251,05	247,63–247,82
drittfolg. Monat	250,86–251,05	249,33–249,52
Produz.-Preis	282,59	281,75
Reinzinn 99,9%	3896–3935	3889–3927

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 7.	17. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	387,94–389,82	384,18–386,06
Blei in Kabeln	152,50–154,50	152,75–154,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	18. 7.	17. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	380–382	377–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	425–428	423–425
MS 63	411–416	409–413

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	18. 7.	17. 7.
(Ring./kg)	29,15	29,17

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 7.	17. 7.
Leg. 225	413–430	413–430
Leg. 226	415–432	415–432
Leg. 231	445–452	445–452
Leg. 233	455–472	456–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 7.	17. 7.
Platin (DM je g)	33,658	34 008
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	32 300	32 300
Rücknahmepr.	31 550	31 560
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	32 430	32 430
Rücknahmepr.	31 640	31 620
verarbeitet	34 040	34 020
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 860	31 870
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	699,20	699,50
Rücknahmepr.	678,50	678,20
verarbeitet	729,90	730,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	18. 7.	17. 7.
10.30	346,25	347,50
15.00	345,75	347,15
Zürich mittags	346,50–347,00	347,00–347,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 000	97 750
Silber (p/Feinunze) London Kasse	564,95	562,85
3 Monate	581,45	579,15
6 Monate	598,45	595,95
12 Monate	630,75	629,95
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	259,25	259,95
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	104,50	105,00

New Yorker Preise	18. 7.	17. 7.
Gold H & H Ankauf	345,75	347,[illegible]
Silber H & H Ankauf	741,50	742,50
Platin fr. Händlerpr.	340,00–344,00	342,00–345,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium: fr. Händlerpr.	139,50–129,50	139,50–129,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c Feinunze) Juli	762,00	736,50
Aug	762,50	747,60
Sept	766,50	748,50
Dez	792,00	771,[illegible]
Jan	801,50	780,[illegible]
März	817,90	796,[illegible]
Mai	835,40	812,57
Umsatz	27 000	21 [illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c lb)	18. 7.	17. 7.
Juli	59,60	[illegible]
Aug	60,30	59,[illegible]
Sept	57,00	[illegible]
Dez	62,70	61,[illegible]
Jan	63,25	62,[illegible]
März	65,10	64,[illegible]
Mai	66,35	65,[illegible]
Umsatz	8000	65[illegible]

Londoner Metallbörse

	18. 7.	17. 7.
Aluminium (£ t) Kasse	870,00–870,50	863,50–864,[illegible]
3 Monate	895,00–895,50	888,00–889,[illegible]
Blei (£ t) Kasse	354,50–355,50	351,00–351,[illegible]
3 Monate	378,50–379,00	373,50–374,[illegible]
Kupfer Highergrade (£ t) mittags Kasse	1019,0–1019,5	1006,0–100[illegible]
3 Monate	1034,5–1035,0	1025,0–1025,[illegible]
abends Kasse	1026,5–1027,5	1004,5–1005,[illegible]
3 Monate	1042,5–1043,0	1023,5–1024,[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	1003,0–1028,0	1006,0–1007,[illegible]
3 Monate	1047,0–1052,0	1024,0–1025,[illegible]
Zink (£ t) Kasse	670,50–671,00	654,50–655,50
3 Monate	671,00–671,50	659,00–659,50
Zinn (£ t) Kasse	9455–9465	9410–942[illegible]
3 Monate	9360–9385	9340–93[illegible]
Quecksilber $ Fl	295–305	295–30[illegible]
Wolfram-Erz ($ T-Einh.)	80–82	8[illegible]

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

STAND PUNKT

Hochachtung vor Hinault

Da schlägt Hohn in stille Bewunderung um: Bernard Hinault im Kampf gegen Laurent Fignon – oder richtiger: Hinault im Kampf gegen Hinault. Sekunde um Sekunde, Minute um Minute verliert der 29jährige Bretone auf den fünf Jahre jüngeren Fignon. Doch Hinault kämpft, kämpft um jeden Zentimeter am Berg, um jede zeitsparende, waghalsige kurze Kehre auf der Abfahrt. Wie immer auch diese Tour de France am Sonntag in Paris enden wird – sie wird geprägt sein vom Willen eines Mannes, der sich mit letzter Kraft gegen seine Abdankung als Tour-Souverän gewehrt hat.

Seit 1978 hat Bernard Hinault das Geschehen der Tour de France bestimmt, oft nach Gutdünken. Es war 1982, als er sagte: „Ich habe mir meinen Platz an der Sonne gesichert. Es liegt an den Gegnern, sich ihre Position zu erkämpfen und anzugreifen." Das war – damals – eine durchaus realistische Einschätzung und keineswegs eine arrogante Nabelschau. Es war auch im Jahre 1982, als frühere Tour-Stars über den selbstsicheren Bretonen herzogen. Rik van Looy, der Belgier, sagte in der WELT, Hinault sei nur deshalb so überlegen, weil ihm die Konkurrenz fehle.

Ganz so ist es nie gewesen. Denn Hinault war immer dann, wenn es an die Grenzen seiner Belastbarkeit ging, ein zäher Kämpfer. 1982 beim Giro d'Italia war es, als ihm der Italiener Silvano Contini in den Alpen das Fell über die Ohren zog. Da hat er unumwunden zugegeben: „Ich habe bis zum Maximum gekämpft, *mehr war nicht möglich.*" Oder beim großen Eintagsklassiker Lüttich–Bastogne–Lüttich, als er als 16. ins Ziel kam, zwei Plätze vor dem Letzten. Eine dünne Eiskruste hatte sich oben in den Ardennen auf seinem Trikot gebildet, und alle seine Mannschaftskollegen waren zitternd vor Kälte und Erschöpfung ausgestiegen. Hinault aber, der Kapitän, kämpfte sich ins Ziel, wo es für ihn nichts anderes mehr zu gewinnen gab als die eigene Selbstachtung. Um nichts anderes geht es ihm bei dieser Tour: Er selbst krönt die einstige Ära Hinault.

KLAUS BLUME

TENNIS / Das kurze, mißratene Comeback des einst besten Spielers der Welt



● Es war alles so wie früher: Viele Zuschauer, 100 Journalisten, der gleiche Schläger, die gleiche Körperhaltung (Foto links). Björn Borg spielte in Stuttgart, zum ersten Mal seit 475 Tagen. Aber er spielte nur *48 Minuten lang, dann hatte er* verloren. Sein Gegner, der Franzose Henri Leconte, wußte wohl selbst nicht so genau, ob er den großen Borg nun bedauern oder ob er Mitleid zeigen sollte (Foto rechts), er sah aus, als habe er selbst verloren. Leconte: „Borg war einmal der beste Spieler der Welt." Die Betonung lag auf dem Wörtchen „war". Borg ist jetzt das beste Beispiel dafür, daß im harten Turniertennis auch nur harte Arbeit zur Spitze führen kann. FOTOS: DPA



Björn Borg – es war einmal, es kommt nie wieder

ULRICH DOST, **Stuttgart**

Früher, als Björn Borg noch in Wimbledon triumphierte, da zählten Fernseh-Übertragungen seiner Spiele stets zu den Pflichtsendungen. Wären die Übertragungen erst nachts möglich gewesen, so wie beim Boxer Muhammad Ali, die Einschaltquoten wären die gleichen gewesen. Und wenn der Schwede dann nach seinen fünf Siegen jedesmal auf die gleiche Weise vor Glückseligkeit auf die Knie sank, dann bekam auch der Zuschauer weiche Knie und feuchte Augen. „Ich habe den Sieg so sehr gewollt," das hat er ebenfalls jedesmal gesagt, um auszudrücken, mit welch starkem Willen er an die Arbeit gegangen war. Gewiß nicht als Künstler, aber als einer, der dafür gearbeitet hat, und dessen Genialität darin bestand, in kritischen Situationen stets seinen besten Schlag anzubringen.

Als dieser Björn Borg, der mit seinem Spiel so sehr faszinieren konnte, genau vor 475 Tagen mit dem Turniertennis aufhörte, wurde er zur lebenden Legende gemacht. Der Streß, immer die Nummer eins zu sein, hatte auch ihn nervlich verschlissen.

Nun ist er zurückgekehrt – freiwillig, ohne Zwang und ohne Druck, sondern deshalb, weil es ihm einfach Spaß macht, zu sehen, wo er nach dieser langen Pause einzuordnen ist. Bestenfalls vier Stunden in der Woche spielte er nach seinem Rücktritt Tennis. Erst in den letzten drei Wochen vor dem Stuttgarter Turnier nahm er den Schläger täglich zwei Stunden in die Hand.

Als er auf dem Centre Court beim Weissenhof-Turnier in Stuttgart um 16.16 Uhr den Platz betrat, da war *äußerlich zumindest alles wie früher.* Rund 5000 Zuschauer wollten sein erstes Spiel gegen den Franzosen Henri Leconte sehen, der ihn als letzter vor 17 Monaten in Monte Carlo besiegt hatte. Seine blonden Haare wurden – wie früher – von einem Stirnband gebändigt, auch die Firmen-Namen auf seiner Tenniskleidung hatten sich nicht verändert, er spielte immer noch mit dem Schläger von früher. Aber die Erwartungshaltung der Zuschauer hatte sich geändert. Die meisten ahnten wohl, daß sie einen Björn Borg erleben würden, der keine Chance besitzt. Bissiger Spott machte die Runde, als einer sagte: *„Ich bin gespannt, wieviel Geld* der Sponsor Mercedes dem Leconte gegeben hat, damit Borg im Wettbewerb bleibt."

Diese Verdummung der Zuschauer fand in Stuttgart nicht statt. Nicht zuletzt deshalb, weil Björn Borg, der sich äußerlich nicht verändert hat, tatsächlich nicht mehr die Kraft besitzt, um mit den Weltbesten mitzuhalten. Für Henri Leconte war der Schwede nur noch ein Spielball. Der Franzose brauchte genau 48 Minuten, um 6:3, 6:1 zu gewinnen. Für den Tennissport war es bestimmt gut so, denn wie würden sich die weltbesten Spieler fühlen, wenn ein pensionierter Björn Borg sie ohne Spielpraxis leicht besiegen könnte. Die Relationen stimmen also noch: Nur über hartes Training und viel Spielpraxis führt der Weg nach oben.

Den gegenteiligen Beweis wollte Borg eigentlich auch nicht antreten. „Ich gehe auf den Platz und spiele. Wenn es nicht klappt, bin ich eben wieder weg," hatte er vorher gesagt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte jedem klar sein, daß es den Borg aus der Vergangenheit nicht mehr geben wird. Er sagt: „Ich will heute auch gewinnen, aber ich bin nicht mehr so traurig nach Niederlagen wie früher." Das macht ihn menschlicher. Zweimal lobt er sogar auf dem Platz gelungene Schläge seines Gegners. Als er die Bälle nicht mehr erreicht, sagt er kurz zustimmend: „Yes." Darin liegt die ganze Erkenntnis, „daß ich nicht einfach zurückkommen kann, um mein bestes Tennis wie in Wimbledon zu spielen."

Körperlich, so sagt er, habe er sich stark gefühlt, nur die Wettkampfpraxis habe gefehlt: „Ich weiß, daß ich besser spielen kann. Heute fehlte mir die Aggressivität." Besser wird er vielleicht noch spielen können, aber nicht mehr druckvoller und härter, so wie beispielsweise sein Gegner Leconte spielte. Im Alter von 28 Jahren ist Björn Borg auf dem Weg, ein gutes Altherren-Tennis bieten zu können, was sich jeder Zuschauer noch gerne ansieht. Aber er sollte (bitte, bitte) keine ernsthaften Turniere mehr bestreiten, denn da ist der Schritt zur Peinlichkeit sehr nahe.

In diesem Jahr will Borg bei keinem Turnier mehr auftreten, aber im nächsten Jahr kommt er wieder. *Noch besser vorbereitet, wie er sagt.* Die Zuschauer aber werden dankbar sein, wenn seine Auftritte in harten Turnieren selten bleiben. „Er soll erst einmal ein Jahr trainieren und dann wiederkommen," sagte ein Besucher auf der Anlage in Stuttgart. Es ist halt schwer begreiflich für den Zuschauer, daß er den Borg, den er so sehr schätzte, nie mehr wiedersehen kann. Hier spielte ein Borg, dessen Bälle nicht mehr die richtige Länge haben, dessen Aufschlag noch schwächer geworden ist und dessen Passierschläge immer seltener gelingen. Alles ist durchaus verständlich, aber es ist – im Vergleich zu seiner Vergangenheit – eben leicht peinlich.

Ein gutdotierter Werbevertrag mit dem Stuttgarter Hauptsponsor in Amerika soll der Grund dafür sein, warum Borg aus seinem Exil zurückgekehrt ist. Seinen Namen („Ich verkrieche mich doch nicht ins Bett und denke pausenlos über meinen Namen nach") hat er in Stuttgart noch nicht aufs Spiel gesetzt. „Ich liebe das Spiel immer noch," hat er jetzt in Stuttgart gesagt.

Geliebt aber haben die Zuschauer ihn und sein Spiel. Und wenn er in Wimbledon auf die Knie sank, wurden ihnen die Augen feucht. Diese Erinnerung sollte er nicht zerstören.

LOS ANGELES / Olympier beraten ihre Zukunft

Boykott und Kommerz, Seoul und Profisport

sid, **Los Angeles**

Die Zukunft Olympischer Spiele steht zur Debatte, wenn sich die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) vom 25. bis 27. Juli im altehrwürdigen Biltmore-Hotel von Los Angeles zu ihrer 88. Session zusammenfinden. Vom Boykott durch die sozialistischen Staaten unter Führung der UdSSR reichen die Probleme über die nächsten Olympia-Gastgeber Calgary und Seoul bis zur Zulassung von Fußball-Profis zu den Spielen von Los Angeles.

Die Fragen, auf die Antworten erwartet werden, wurden in Los Angeles bei der Eröffnungspressekonferenz von Juan Antonio Samaranch *deutlich, in der der* IOC-Präsident schließlich darauf hinweisen mußte, daß die „Spiele in Los Angeles Anlaß dieser Konferenz sind, nicht die Spiele anderswo." Immer wieder war der IOC-Chef gefragt worden, ob es 1988 tatsächlich Olympische Spiele in Seoul geben wird. „Unsere Position ist sehr einfach. Das IOC hat mit Seoul einen Vertrag, und das IOC hält seine Verträge ein", versuchte Samaranch zum wiederholten Male die südkoreanische Hauptstadt aus der Diskussion zu bringen.

Doch diese IOC-Position schließt nicht aus, daß der Spanier, der am 27. September nach Seoul reist, nachdem er zuvor am 3. September in Moskau war, versuchen könnte, die Koreaner dazu zu überreden, von sich aus auf die Spiele zu verzichten, oder einen späteren Austragungstermin zu akzeptieren. Diese Überlegungen werden angesprochen werden, wenn die Organisatoren von Seoul am 26. Juli vormittags ihren Bericht von der Session geben.

Zuvor bereits haben die Olympia-Macher aus Kalifornien ihren Abschlußbericht angegeben, in dem schwerwiegende Probleme wohl nicht mehr erwartet werden. Der IOC-Präsident jedenfalls hat dem OK-Präsidenten Peter Ueberroth bereits unmittelbar nach seiner Ankunft am Dienstag „hervorragende Arbeit" bestätigt. „Ich bin überzeugt, daß diese Spiele in Los Angeles ein Erfolg werden", sagte Samaranch, der erneut mit Stolz auf die Rekordzahl von 141 teilnehmenden NOKs hinwies. Die Zahl wurde wieder erreicht, nachdem Obervolta seinen Boykott widerrufen hatte und seine Teilnahme erneut bestätigte.

In Los Angeles kann es vielleicht zum letzten Mal ungestraft einen Boykott geben. „Rules - Regeln" lautet lapidar der Tagesordnungspunkt 18 auf dem Programm des IOC-Exekutivkomitees, das vom 21. bis 23. Juli zusammentritt. Doch in Los Angeles verbirgt sich hinter diesem einen Wort höchste Brisanz. Samaranch bestätigte, daß es innerhalb des IOC Überlegungen gebe, durch eine Regeländerung den Boykott der Spiele unter Strafe zu stellen: „Wir werden prüfen, ob es in Zukunft für ein anerkanntes NOK Bedingung ist, an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Verstöße könnten mit Sanktionen geahndet werden, aber das muß noch genau geprüft werden."



Bereits am 21. Juli ist die IOC-Zulassungskommission gefragt. Mit ihrem Boykott haben die sozialistischen Länder – sicher ungewollt – dieoffenen Spiele für Profis und Amateure ein ganzes Stück näher gebracht. In einer besonderen Vereinbarung haben sich IOC und der Welt-Fußballverband (FIFA) darauf verständigt, daß in Los Angeles auch Profimannschaften teilnehmen können. Nur so waren die Lücken im Fußballturnier zu schließen, die durch den Boykott entstanden waren. Doch ist nicht zu erwarten, daß diese Auswahl ohne jeden Widerspruch hingenommen wird. Sarajevo, wo die Zulassung von Eishockey-Profis die Olympier bis unmittelbar vor der Eröffnungsfeier in Atem hielt, mag als Beispiel stehen.



Ein Appell von Beckenbauer

sid/dpa, **Koblenz**

Die deutsche Olympia-Auswahl zeigte beim 6:2-Sieg gegen die Fußball-Nationalmannschaft Chinas in Koblenz eine deutliche Leistungssteigerung im Vergleich zur 0:4-Niederlage gegen Bayern München. Ein Grund für das verbesserte Spiel der deutschen Mannschaft: Vor dem Anpfiff sprach Franz Beckenbauer mit den Spielern. Der Teamchef der A-Nationalmannschaft sagte im Trainingsquartier des Sporthotels Erbismühle: „Die ganze Welt schaut nach Los Angeles. Das olympische Fußball-Turnier sollte für einen Spieler neben einer Weltmeisterschaft das Höchste sein." Beckenbauer beklagte, daß viele den Fußball bei Olympia nicht ernst genug nähmen. Deshalb habe er auch einem Michael Rummenigge, der sich für Olympia zu schade sei, ein paar passende Worte gesagt. Zusätzlich motiviert wurden die Spieler durch Beckenbauers Satz: „Die Tür zur Nationalmannschaft *steht auch für euch offen.*"

Stefan Gertel ist fit für Olympia

dpa, **Karlsruhe**

Der Amateurboxer Stefan Gertel hat sich gestern die Fahrkarte zu den Olympischen Spielen gesichert. In Karlsruhe bestand der 24 Jahre alte sechsmalige deutsche Meister einen letzten Härtetest. Gertel gewann einen Sparringskampf über drei Runden gegen den Militär-Vizeweltmeister Gerald Bah (Elfenbeinküste), der in der Schlußrunde aufgab. „Es reicht aus", erklärte Helmut Meyer, Leitender Direktor des Bundesausschusses Leistungssport (BAL), zu der Leistung des Bantamgewichtlers. Der Testkampf war wegen der langen Kampfpause Gertels angesetzt worden. Er hatte sich Anfang März den Kiefer gebrochen. Weil er aber zu früh für den Bundesligaklub CSC Frankfurt wieder in den Ring gestiegen war, ergaben sich Komplikationen beim Heilungsprozeß. In der vergangenen Woche erst bestand Gertel den letzten medizinischen Test und begann danach wieder mit dem Sparring.

Siegfried Perrey ist gestorben

sid, **Düsseldorf**

Wo er auftauchte, füllte er mit seiner Energie ganze Sportstätten, wo er zupackte, wurde etwas bewegt. Siegfried Perrey wurde „Mister Olympia", „Don Crawallo" oder, von vielen ausländischen Athleten, kurz „Mister Germany" genannt. Gestern starb Siegfried Perrey nach langer Krankheit im Alter von 69 Jahren in einem Sanatorium in Bad Mergentheim. Der gebürtige Königsberger, der seit drei Jahrzehnten in Haßloch lebte, war einer der fähigsten Organisatoren des deutschen Sports. Er führte zum Beispiel Regie bei der olympischen Eröffnungsfeier 1972 in München. Lange Zeit war er Spielwart des Deutschen Handball-Bundes und bis zu seinem Tode persönliches Mitglied des Handball-Weltverbandes. Perrey, Träger des Bundesverdienstkreuzes, war Lehrer, geprüfter Organist und vor seiner Pensionierung vor fünf Jahren Referent für Schulsport in der Bezirksregierung Rhein-Hessen-Pfalz.

ZAHLEN

TENNIS

Weissenhof-Turnier in Stuttgart, erste Runde: Teacher – Doyle (beide USA) 6:2, 4:6, 7:6, Kuharszky (Ungarn) – Davis (USA) 6:4, 6:3, Smid (CSSR) – Dowdeswell (England) 6:1, 6:1, Casal (Spanien) – Fibak (Polen) 6:3, 6:1, Higueras (Spanien) – Fillol (Chile) 6:4, 7:6, Barbosa (Brasilien) – Benz (Deutschland) 6:3, 7:6, Bourne – Walts (beide USA) 7:6, 6:1. – **Federation-Cup** der Damen in São Paulo, 1. Runde: USA – Mexiko 3:0, Frankreich – Niederlande 2:1, Griechenland – Japan 2:1, CSSR – *Venezuela 3:0, Dänemark – Chile 2:1,* Schweiz – Ungarn 2:1, Italien – Kanada 2:1, Österreicht – Spanien 2:1.

RADSPORT

Tour de France, 18. Etappe: 1. Fignon (Frankreich) 6:12:45 Stunden, 2. Grezet (Schweiz) 1:04, 3. Lemond (USA) 1:05, 4. Delgado (Spanien) 1:26, 5. Millar (Schottland) 1:44, 6. Simon (Frankreich) 2:12, 7. Kelly (Irland) 2:30, 8. Muñoz (Spanien) 2:32, 9. Criquielion (Belgien) 2:44, 10. Hinault (Frankreich) 2:58, 57. Dietzen (Deutschland) 28:05 Minuten zurück. – **Gesamtwertung:** 1. Fignon 85:37:41 Stunden, 2. Hinault 8:39, 3. Lemond 9:52, 4. Millar 10:09, 5. Delgado 14:40, 6. Simon 15:45, 7. Kelly 16:21, 8. Arroyo (Spanien) 18:12, 9. Ruttimann (Schweiz) 21:03, 10. Criquielion 21:08, 79. Dietzen 1:32:08 zurück.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Strand 08 – Werder Bremen 1:8, Falke Sarbck – Schalke 04 2:13, Borussia Dortmund – FC Dundee 1:1, SpVgg Marl – VfL Bochum 1:8, Bad Marienberg – Fortuna Düsseldorf 2:6, VfL Wolfsburg – Hamburger SV 2:7, Deutschland (Olympia-Team) – China 6:2. Das Olympia-Team spielte in folgender Aufstellung: Junghans – Bast – Bockenfeld (66. Schlindwein), Buchwald, Wehmeyer – Groh (46. Dickgießer), Bommer (72. Lux), Brehme, Rahn (46. Schön) – Schatzschneider (46. Schreier), Mill.

SPORT-NACHRICHTEN

Jockey Richardson stürzte

Köln (sid) – David Richardson, einer der Spitzenjockeys im deutschen Galopprennsport, fällt für die nächsten Renntage aus. Der in Köln tätige Engländer stürzte beim Training und erlitt schwere Nierenprellungen. Im Krankenhaus wurde außerdem der Bruch von zwei Rippen festgestellt, der aber von einem früheren Sturz herührt.

Konto verschwiegen

Warendorf (dpa) - Der Deutsche Verband für Modernen Fünfkampf (DVMF) hat dem Bundesinnenministerium (BMI) in der Vergangenheit die Existenz eines Spendenkontos verschwiegen, auf dem sich 166 000 Mark befinden. Aus Kreisen des Ministeriums wurde inzwischen eine Kürzung der Zuschüsse, die im vergangenen Jahr 330 000 Mark betrugen, angedeutet.

Siege für USA und CSSR

São Paulo (sid) – Durch klare 3:0-Siege haben die USA (gegen Mexiko) und die CSSR (gegen Venezuela) beim Federation-Cup der Tennis-Damen in São Paulo die zweite Runde erreicht.

Vier Tore durch McGhee

Wolfsburg (sid) – Der Schotte Mark McGhee, Neuzugang des Hamburger SV, bewies beim 7:2-Erfolg im Freundschaftsspiel gegen die Fußball-Amateure des VfL Wolfsburg mit vier Treffern seine Qualitäten als Torjäger.

Kleff spielt weiter

Oberhausen (dpa) – Fußballtorwart Wolfgang Kleff, der seine sportliche Laufbahn nach der Saison 83/84 beenden wollte, spielt in der nächsten Saison für Rot-Weiß Oberhausen in der Zweiten Liga.

Trainer Melzig unterlag

Kassel (dpa) – Fußballtrainern kann das Arbeitslosengeld für vier Wochen gesperrt werden, wenn sie das Arbeitsverhältnis mit ihrem Verein ohne wichtigen Grund beenden. Dies entschied das Bundessozialgericht in Kassel im Fall des früheren Duisburger Trainers Siegfried Melzig. Das Gericht erklärte, die gegenseitige Auflösung des Vertrages wegen „unterschiedlicher Auffassungen im sportlichen Bereich", zumal mit einer Abfindung gepaart, könne nicht als wichtiger Grund anerkannt werden.

Handball: CSSR verlor

Rostock/Magdeburg (sid) – Im Spitzenspiel des internationalen Handball-Turniers in Magdeburg und Rostock kam Ungarn gegen die CSSR zu einem 26:20-Sieg. Bei dem als Ersatzveranstaltung für die Olympischen Spiele geltenden Turnier der boykottierenden Länder setzte sich die „DDR" gegen Kuba mit 35:20 durch.

O du mein Österreich!

cf – Die beiden seriösen britischen Sonntagsblätter sind meinungsbildende Instanzen im Lande. Es ist darum buchenswert, daß der „Observer" *letzten Sonntag einen* umfangreichen und fairen Bericht veröffentlicht hat über den 20. Juli 1944 und seine lange Vorgeschichte.

Nach wie vor aber wird auch in der alten Richtung gekehrt. Dafür liefert die „Sunday Times" vom gleichen Tag das Exempel. Dort kommt der 20. Juli in einer Buchbesprechung vor, die J. P. Stern einer amerikanischen Arbeit über den Sicherheitsdienst-Chef Kaltenbrunner gewidmet hat. Stern nennt ihn „den mächtigsten österreichischen Beamten in Hitlers krimineller Clique" – wobei ihm der allerhöchste Österreicher Adolf Hitler irgendwie aus dem Gesichtskreis gerät.

Stern meint, die Liste der Verschwörer habe sich gelesen wie ein Auszug aus dem „Almanac de Gotha". Ihr Tod habe ein ehrenhaftes Ende Preußens markiert. Nach diesem lässigen donaumonarchischen Schulterklaps wird den Männern des 20. Juli nachgesagt, sie hätten sich nur bemüht, weil die NS-Revolution irgendwie nicht in ihrem Sinne gelaufen sei. Die Ansichten der Verschwörer, so Stern, seien nur ein klein wenig weniger extrem gewesen als jene des NS-Regimes.

Damit ist die Welt der alten britischen Propaganda prompt wieder in Ordnung. Ob die Informationen der „Sunday Times" objektiver gewesen wären, hätten da nicht die Österreicher Hitler und Kaltenbrunner im Wege gestanden? Gewiß, zu den Männern des 20. Juli gehörten konservative preußische Adelige, aber nicht nur. Manch einer kam aus nichtpreußischen deutschen Stämmen, etwa Klaus Graf Schenk von Stauffenberg. Österreicher waren wohl nicht dabei.

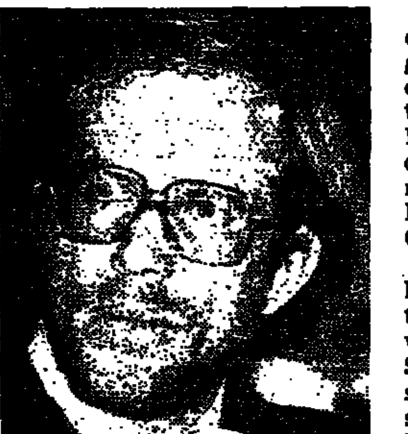
Gidon Kremer, Watteau der Töne – Das Lockenhauser Kammermusikfest

In der Pause Krümelmonster

„Lockenhauser Kammermusikfest" – das ist für avancierte Musikfreunde nun auch schon eine feste Institution, auf deren alljährliches *Wiedererscheinen* man sich lange im Voraus freuen kann. Was der deutsch-russische Geiger Gidon Kremer und sein Generalbevollmächtig*ter vor Ort, Pfarrer Herowitsch*, da jedesmal mitten im österreichischen Burgenland auf die Beine stellen, bzw. an den Fiedelbogen bringen, das verspricht durch die Bank hohen künstlerischen Genuß, ein Sommervergnügen ganz eigener Art, zu dem einen wie von ungefähr die Bilder des Antoine Watteau einfallen.

Diesmal fuhr man mit einigem Bangen nach Lockenhaus, denn Kremer und Herowitsch hatten sich für ihr viertes Fest ausgerechnet auf Mozart kapriziert, trotz der Konkurrenz zu Wien und zu Salzburg. Aber das vermeintliche Risiko erwies sich als gering, denn es war tatsächlich fast die ganze Idealcrew da für Mozart.

Das KV 589 übernahm das jugendliche Hagen-Quartett aus Salzburg. Seine heißblütige Deutung des ersten Streichquartetts von Janáček hofft es demnächst in New York bekanntzumachen. Köchel 297 B wurde „original" durch Robert Levin restauriert, als Symphoniekonzertante mit Oboe Heinz Holliger und der Flöte Aurele Nicolets, dem Fagottisten Klaus Thunemann (Hannover) und dem schier Eichendorffscher Waldharmonie mächtigen 22jährigen Radovan Vlatkowic aus Zagreb/Detmold. Köchel 622 oblag dem Meisterklarinettisten Eduard Brunner.



Eine witzige Festspielkonzeption: Der Geiger Gidon Kremer
FOTO: DPA

Die schönen Bratschen Kim Kashkashian und Tabea Zimmermann, Hatto Beyerle, Hirofumi Fukai, dazu die Meistergeigen Kremer, Zehetmair, Bennion und Shiokawa schickten dem Mozart-Auftakt ein furioses Zwei-Minuten-Greeting-Prälud voraus, einen Minimal-Music-Diamanten *in Feinschliff, von dem Estländer* Arvo Pärt. So läßt man sich ein Musikfest gefallen, so kommt Laune auf das Schloß im Burgenland.

Kremers anspruchsvolle Festspielkonzeption – 14 lange Kammerkonzerte in zwei Juli-Wochen – ist 1984 glanzvoll aufgegangen. Alle Werke eines Abends waren verschiedene Besetzungen. Alle wurden vom „Boß" und seinen 40 Freunden erst kurz zuvor verabredet. Alle Programme kommen erst Stunden vor Konzertbeginn aus der Druckerei. Und: das meiste ist so ausgesucht, daß man es anderswo kaum hören kann. Und trotzdem – oder gerade deshalb – ergibt sich hier eine Hingegebenheit des Musizierens, die ans Herz greift und die schönsten Resultate zeitigt.

Unter den Solokräften, die also ihre Plätze unentwegt tauschten, waren den Streicher-Consorts besonders ergiebige Objekte zugewiesen. Neue Aufgaben, in die etwa der Nachwuchs-Stargeiger Thomas Zehetmair mit ernstester Nachdenklichkeit hineinwuchs (Schostakowitsch, Ignaz Franz v. Biber, Brahms). Man ersah es aus den Werktiteln: Die Musiker machten wirklich Ferien von all dem, womit sie jahraus, jahrein als Konzertsolisten und an Symphonieorchesterpulten ihr Geld verdienen müssen.

Georg Hörtnagel war der Bassist der „Ländler" von Wolfgang Rihm: genialische 13 Saiteninstrumentenetüden zum Thema „Erlkönigs Töchter in Nebelstreifen zur Nacht". Und Professor Beyerle verdiente ein Sonderlorbeerblatt als „Studienleiter" einer exzellenten Zwölferrunde ohne Dirigent für Beethovens große Fuge Opus 133.

Es wird in Lockenhaus auf den kurzzeitig angesetzten Proben scharf trainiert und völlig locker, laut, konversiert, inklusive Russisch und Schwyzertütsch in fünf Konferenzsprachen. Der didaktische Wert dieser Art von Dabeisein ist unschätzbar. Hier kann ein Neuling mehr lernen als im ganzen übrigen Jahr.

Oleg Maisenberg ist als kongenialer Partner Gidon Kremers wieder fest dabei. Kein noch so teurer Schönheitssalon zwischen Peredelkino und Beverly Hills könnte einer ältlichen Dame einen so schmelzvollen Teint verschaffen, wie es die zwei an Prokofjews Duosonate Opus 80 fertigbekamen. Maisenberg und Andras Schiff, Katja und Mireille Labèque eiferten im Klavierduo. Die Violoncelli Ksenija Jankovic und David Geringas, die Flöte Irena Grafenauer, *das Budapester Eder-Streichquartett* traten hinzu und fielen bildschön auf.

Zwecks Rückblende ist übrigens eine Vier-Platten-Dokumentation, *„Lockenhaus 1983"* erschienen, zum Mitnehmen. Die große LP-Firma „Orfeo" mit ihren blaugrauen Labels ist bekanntlich ein Extratip für Musikhörer, die das *ewig Gleiche, ewig* Gestrige satt bekommen haben.

Liebe Bekannte gab es zwar auch in Lockenhaus, aber entweder in Umschriften (*teils historischen*, teils modernen), die die Klangspektren gänzlich umfärben, oder in sowohl kühnen als auch sofort überzeugenden *Neu-Interpretationen. Unvergeßlich* Franz Schuberts Oktett mit Kremer und Brunner im Vorsitz, das plötzlich in engste Nachbarschaft zu Mahler *geriet. Und dann* Beethovens „Erste" unter „bandleader" Woldemar Nelsson – eine schier umwerfende Erfahrung.

Selbst die abendlichen Überlängen (bis sieben Stunden!) passen in Gidons Programmpolitik, die Zuhörer harrten geduldig aus. Den Kennern blieb es unbenommen, während der nicht ganz knapp bemessenen Salonstücke des 18. Jahrhunderts ein Nikkerchen zu machen. Als „Belohnung" für die *Geduld* gab es manch entspannende, gutgelaunte Blödelei, so z.B. eine Gruppe Wollstoff-Ungetüme, Miss Piggys und Krümelmonsters Anverwandte, die aus ihrem „reichen" (Tonträger-)Repertoire hochmusikalische Kostproben boten. Handpuppen-Spielmeister Norman Shetlen ist im *Zweitberuf* ein bekannter Herr aus der Prominenz der Klavierbegleiter; Peter Schreier bevorzugt ihn.

Buntscheckige Abschlußabende rahmten schließlich eine Galamatinee zum 50. Geburtstag von Alfred Schnittke. Eine seiner beliebtesten Sachen, „Moz-Art", wurde neugefaßt uraufgeführt, wonach die Streicherphilharmonie nebst dem Duo Zehetmaier-Kremer und Dirigent Heinz Holliger in einem geheimnisvoll verhallenden Abschiedssymphonien-Exodus von dannen schritten. Das war ein Programm, exemplarisch für Lockenhaus 1984. Nun freuen wir uns auf 1985.

HEINRICH v. LÜTTWITZ



Natürliche, frische Malweise: „Lady Hamilton am Spinnrad" (1782) von George Romney
FOTO: KATALOG

London ehrt den Porträtmaler George Romney

Genie vom Lake District

Daß George Romney (1734–1802) weniger bekannt ist als sein Intimfeind Sir Josuah Reynolds, der Gründer der Königlichen Akademie zu London, oder als Gainsborough etwa, liegt nicht in mangelnder Qualität seines künstlerischen Werkes begründet. Vielmehr teilt er das Schicksal der meisten Maler, die sich von der Akademie etwas fern hielten.

Zu Lebzeiten war das ganz anders: Da kam der junge Romney nach Anfängen im Lake District und in York 1762 nach London, und errang sofort *Erfolg mit einem Historienbild, dem* „Tod des General Wolfe", dem Eroberer von Quebec. Die berühmte Version dieses Bildes, von Benjamin West, *basiert sehr stark auf Romneys* verlorengegangenem Entwurf. Es war niemand anderes als der zukünftige Akademiepräsident Reynolds, der *gegen die Zuerkennung* eines Preises an Romney opponierte, da das Bild im zeitgenössischen Kostüm gemalt und daher der Würde des *Gegenstands* nicht angemessen sei. Romney bekam nur einen Trostpreis, war seitdem mit Reynolds verfeindet, nahm ihm aber, durch den Skandal überaus bekannt geworden, glatt die Hälfte der Kundschaft weg.

Von nun an teilten sich Romney und Reynolds die wichtige Porträtkundschaft in London. Wobei es sicher auch eine Rolle spielte, daß Romney, der ungeheuer schnell mit dem Pinsel war, *Reynolds' Preise um* die Hälfte unterbot. Es nimmt nun etwas wunder, daß diesem großen Vertreter der ersten Blütezeit der englischen Malerei zu seinem 250. Geburtstag in diesem Jahr keine Gedächtnisausstellung in einem der großen Londoner Museen gewidmet worden ist. Aber möglicherweise scheiterte ein solcher Plan daran, daß die Werke Romneys weit verstreut in Privatbesitz sind. Auch die Sammlungen in den Vereinigten Staaten, die einige kapitale Stücke besitzen, können oft nicht zu einer solchen Ausstellung beitragen, da entweder Transportkosten oder Satzung das unmöglich machen. Einiges ist aber immerhin möglich. Und so zeigte die Galerie Leger in der Bond Street eine exquisite kleine Auswahl unter dem Titel „Romney als Maler von Kindern", während Kendal im Lake District, die Stadt seines ersten Wirkens, in der er auch nach langer Abwesenheit starb, in der Abbot Hall Art Gallery Zeichnungen ausstellt.

Die Ausstellung bei Leger fand zugunsten des englischen Kinderschutzbundes statt, und mit Romneys Werken ließ sich das Thema Kind besonders gut gestalten, da er Kinder und Bilder von Müttern *mit Kindern* sehr häufig gemalt hat. Auch eines seiner Hauptwerke, die „Kinder, einen Reigen tanzend" gehört dazu. Dieses lebensgroße Bild *von fünf* Nachkommen der Familie Gower zeigt in Vollendung, was für Romneys Kunst typisch ist: Eine natürliche, frische Malweise, *eine an* klassischen Maßstäben orientierte, meisterhafte Komposition und die gemäßigte Verwendung von Zitaten zur historischen *Nobilitierung des Bildes.*

Hier ist es so, daß die Kinder einen „Tanz der Musen" nach Vorbild von Baldassare Peruzzi vorführen. Das Bild gehört der Abbot Hall in Kendal, und es ist Teil der dortigen Jubelausstellung, die sich sonst dem zeichnerischen Werk widmet. Da Romney sehr viel gezeichnet hat, bietet die Austellung sowohl thematisch wie auch stilistisch einen konzentrierten Überblick. Von den vielen Zeichnungen, die Romney gemacht hat, sind nur verhältnismäßig wenige erhalten geblieben. Es gibt Bilder, zu denen mehr als 40 zeichnerische Vorstudien bekannt sind und einige Beispiele finden sich auch in Kendal. Den größten Teil aber bestreiten Blätter, die Entwürfe zu Historienbildern zum Thema haben. Romney hat seine Ambitionen in diesem Fach nie ganz begraben, und als er später es sich hätte leisten können, das Porträtieren aufzugeben, verbrachte er doch mehr Zeit als früher damit, Entwürfe zu solchen Bildern, oft in Serien, zu machen. (Bis 2. Sept.; Katalog 6 Mark).

GERHARD CHARLES RUMP

JOURNAL

Genforschungszentrum in Kölner Universität

dpa, **Köln**

Das Kölner Institut für Genetik wird voraussichtlich zu einem der vier großen Genforschungszentren der Bundesrepublik ausgebaut. Trotz Konzentrationsmaßnahmen der Landesregierung (94 Wissenschaftlerstellen sind bis zum Jahre 2005 zu streichen) ist der Ausbau der sogenannten Spitzenforschung möglich. Mehr als 2000 Wissenschaftler haben an 217 Seminaren, Instituten und Kliniken im vergangenen Jahr insgesamt 1352 Projekte erarbeitet. 3557 Bücher, Aufsätze und Beiträge wurden in Sammelwerken publiziert. Neben Landesmitteln in Höhe von 30 Millionen Mark erhielt die Universität „Drittmittel" von der Deutschen Forschungsgesellschaft und anderen Stiftungen in Höhe von 15 Millionen Mark. Weitere 8 Millionen gingen an die einzelnen Institute.

Förderpreise des BDI für Bildende Kunst

DW. **Bonn**

Der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie vergibt die diesjährigen Förderpreise für Bildende Kunst an: Helmut Dorner, Lutz Fritsch, Clemens Kaletsch, Axel Lieber, Mechthild Nemeczek, Peter Telljohann und Claude Wall. Das Thema lautete *„Farbige Plastik"*. Neben dem Geldpreis von 8000 Mark wird eine Wanderausstellung mit dem Titel „ars viva" finanziert. Sie wird ab *dem 26. September* im Badischen Kunstverein, Karlsruhe, gezeigt.

In Bayern werden zwei neue Museen eröffnet

jn, **Bonn**

Das Bayrische Nationalmuseum erhält zwei neue Zweigstellen. Am 16. Juli wird das Bayrische Schulmuseum Ichenhausen eröffnet. Es wird die gesamte geschichtliche Entwicklung der Schule von den Anfängen der Erziehung und dem Beginn des Schreibens bis zur Schule der Gegenwart aufzeigen. Einige Tage später, am 23. Juli, öffnet das Kloster Asbach seine Pforten. Dort werden Studiensammlungen von mittelalterlichen Bildwer*ken aus Altbayern – ihre Geschichte* und Ikonographie von der Romantik bis zur Frührenaissance – und volkstümliche Möbel aus Nieder*bayern ausgestellt.*

Einblick in die Politik des Deutschen Museums

dpa, **München**

Erstmals in seiner Geschichte gewährt das Deutsche Museum in München, das größte Technikmuseum Europas, seinem Publikum Einblick in seine Sammlungspolitik. Vom 18. Juli bis zum 11. No*vember zeigt die Ausstellung* „Neuerwerbungen des Deutschen Museums 1983" anhand von etwa 80 Objekten die Vielfalt der Gebiete, mit denen sich ein technisches Museum auseinandersetzen muß.

Peter Jonas geht zur English National Opera

dpa, **London**

Der künstlerische Direktor des Chicago Symphony Orchestra, Peter Jonas, ist zum neuen Geschäftsführer der English National Opera in London berufen worden. Der 37jährige Londoner löst den im Juni 1985 sich verabschiedenden Earl of Harewood ab. Im November 1974 wurde Jonas der Verwaltungsassistent von Sir Georg Solti, dem damaligen Direktor des Chicago Symphony Orchestra. Zwei Jahre später bezog er die Position des künstlerischen Direktors.

Godards „Carmen"

Ballade von Liebe und Bankraub

Filme sollte man eigentlich gleich beim ersten Ansehen verstehen. Doch die Werke des einstigen Kinorevolutionärs Jean-Luc Godard lassen sich nicht nach den üblichen Kriterien beurteilen. Denn erst beim zweiten Ansehen wird man gewahr, mit welchen ausgefeilten Mitteln der in der Schweiz lebende Franzose seine faszinierenden Verwirrspiele in Szene setzt. Auch „Vorname Carmen", Gewinner des „Goldenen Löwen" von Venedig im vorigen Jahr, bildet hier keine Ausnahme. Wer gründlich hinter dieses feine Geflecht aus Phantasie und Musik, Spielerei und Meditationen über das Medium Film blikken möchte, sollte sich Godards Version der alten Carmen-Geschichte unbedingt ein zweites Mal ansehen.

Beim ersten Mal nämlich erscheint diese Geschichte, die sich wie eine Räuberballade anläßt, dann aber sich zu einem Liebesdrama entwickelt, *vor allem eines zu sein: verwirrend.* Im Mittelpunkt steht eine junge Frau namens Carmen (Maruschka Detmers), deren Onkel Jean ein bekannter Filmregisseur ist und allgemein als geisteskrank gilt. Jean-Luc Godard selbst hat diese selbstironische Interpretation seines Berufes übernommen.

Onkel Jean will einen Film drehen, zu dessen *Höhepunkten* ein Banküberfall gehört. Seine Nichte möchte *mit* von der Partie sein und insgeheim die Dreharbeiten für einen echten Bankraub nutzen. Das blutige Drama in der Marmorhalle der Bank *setzt Godard aber so theatralisch* in Szene, daß man bald nicht mehr weiß, was ist hier Spiel, was ist Wirklichkeit? Bei dem Überfall gerät Car*men an den jungen Polizisten Joseph* (Jaques Bonnaffé). Aus dem Kampf zwischen den beiden wird bald eine leidenschaftliche Umarmung, der *Haß schlägt um in physische Besessenheit.*

Ähnlich wie in Carlos Sauras Tanzdrama „Carmen" nimmt auch in Go*dards Spiel um Carmen die Musik* einen breiten Raum ein. Aber nicht die wohlbekannten Klänge aus Bizets Oper ertönen, sondern Beethoven. In *kurzen Einblendungen wird nämlich* ein Orchester gezeigt, daß Beethoven-Stücke einstudiert. Diese Unterbrechungen der Handlung wirken *wie Einschnitte zwischen den Akten* eines Theaterstücks.

Godards Filme mit ihren Wechselbädern aus intellektueller Kühle, in *„Vorname Carmen" symbolisiert* durch endlose Aufnahmen einer kalt gischtenden grünlichen See, sind gewiß keine Kost für ein breites Publikum. Dafür verlangt der Regisseur auch von seinen Zuschauern zuviel Aufmerksamkeit und zu viele Kenntnisse über die technischen und dramatischen Möglichkeiten des Kinos. Dennoch hat gerade dieser Film eine reizvolle Ausstrahlung für alle, die Puzzles und Rätsel lieben, nicht zuletzt jene Rätsel, die die Figur der Carmen auch noch heute umgeben.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Simon Grays neues Stück „The Common Pursuit" in London uraufgeführt

Freund Pinter leistet Geburtshilfe

Man hat sich in London nachgerade daran gewöhnt, Harold Pinter als Geburtshelfer der Stücke von Simon Gray zu erleben. Diese Partnerschaft hat sich seit Grays Welterfolg mit „Butley" bewährt. Pinter ist dabei der Bühnenpraktiker, der als Schauspieler angefangen hat, Gray der Stückeschreiber, der von der Literatur als akademischer Disziplin herkommt und der bis heute an der Londoner Universität englische Literatur lehrt. Pinter inszenierte jetzt am Off-Westend „Lyric Theatre Hammersmith" Grays neuestes Stück, „The Common Pursuit".

Diese bittere Komödie ist eine Suche nach der verlorenen Zeit, vorgeführt von sechs Personen, die – wie der Autor – „Oxbridge"-Absolventen sind. In seiner alten Alma mater, dem Trinity College von Cambridge, führt Gray im Jahre 1964 sechs Studenten zusammen, die in einer eigenen literarischen Zeitschrift nichts weniger als die *Geschmackskultur der Zukunft* mit erklärt elitärem Anspruch formen wollen. Wir erleben, was aus diesem Sextett der „Swinging Sixties" in den nachfolgenden 15 Jahren wird.

Der angehende Herausgeber Stuart, der sich zum Sturm auf das literarische Establishment der Hauptstadt anschickt, sammelt um sich vier gleichgesinnte Freunde. Sein Herzblatt Marigold darf mitdiskutieren – in Grays Landschaft der Vergangenheit sind Sexualität, Freundschaft und Karrieredenken die Wegmarken für Bewährung oder Scheitern.

Wenn wir das Sextett in den siebziger Jahren wiedertreffen, hat die *große Ernüchterung eingesetzt.* So kommt Stuart zu der Einsicht, daß sich mit esoterischen Gedichten unbekannter Talente die Welt nicht ver*ändern läßt. Er wendet sich vom* Geist ab und dem Leben zu. Er läßt sich von seinem reichen und skrupellosen Freund Martin zu dem faulen *Kompromiß verleiten, minderwertige* Dutzendware zu edieren. Die liefert am laufenden Band Peter, der für Geld unter Niveau schreibt, weil er *Frau und vier Kinder zu ernähren hat.* Peter verkörpert die moralische Krise der Zeit besonders deutlich: Der Dozent will ein guter Ehemann und Vater sein und kann es doch nicht lassen, jeder Schürze nachzujagen.

Hilflos diagnostiziert Philosophiedozent Humphrey den schleichenden Substanzverlust, doch auch er wird sein Opus magnum über Wagner nie veröffentlichen, weil er begreift, daß er zwar genug Verstand, aber zu wenig Imagination besitzt.

Entlehnt ist der Stücktitel der programmatischen Schrift des ehemaligen Literaturpapstes von Cambridge, F. R. Leavis. Aber die Freunde werden dem geistigen Rigorismus Leavis' immer weniger gerecht. Dies ist mehr als die bittere Komödie des Erwachsenwerdens, wobei Illusionsdenken an den Widerständen der Welt und der eigenen Ungenügsamkeit zerschellt. Diese sechs Personen bleiben bei der Suche nach einer reineren Welt auf halbem Wege stecken, weil sie die Forderungen von Beruf und Freundschaft nicht ausgleichen.

Der Höhepunkt des Stückes ist erreicht, wenn Gray am Schluß die Anfangsszene in der Studentenbude am Trinity wieder aufnimmt – zu einer schmerzlichen Konfrontation des allwissenden Publikums mit den zukunftsstürmenden Weltverbesserern. Grays Elegie auf die verlorenen Illusionen gerät zwar gelegentlich in gefährliche Nähe einer Sentimentalitätenschau für Intellektuelle. Doch es ist das Verdienst von Harold Pinter, dafür gesorgt zu haben, daß der brillante Dialog dieses Kammerspiels in jedem Augenblick lebendiges Theater blieb.

SIEGFRIED HELM



Was von Bob Wilsons „CIVIL warS" übrigblieb

Panorama voller Rätsel

Ein riesiger schwarzer Kontinent *wird durch Blitze* auseinandergerissen. Zwei Astronauten schweben an turmhohen Silberleitern und versuchen sich zu berühren. Prolog zu Robert Wilsons Menschheits-Schauspiel „CIVIL warS". Ein Multimedia-Spektakel, das vom Bürgerkrieg handelt, von Familien, die um ihr Überleben kämpfen und vom Krieg, der in der eigenen Familie beginnt. Fünf Akte, 15 Szenen, 14 Zwischenspiele, Songs und Filme, eine zwölfstündige Live-Session voller Rätsel, die zum Höhepunkt des Olympischen Sommerkulturfestivals in Los Angeles werden sollte.

Theatergruppen aus Holland, Frankreich, Italien, Japan, USA und der Bundesrepublik hatte Wilson für sein „Bühnenfest der Nichtkommunikation" gewinnen können. Aber nach durchaus erfolgreichen Teilaufführungen – wie im Frühjahr in Köln – platzte der Premierentermin, scheiterte an einigen Millionen Mark. Übriggeblieben ist eine – immerhin doch noch sehr sehenswerte – Zusammenschau von über hundert Zeichnungen, Skizzen, Kostümen und Modellen, die jetzt in Los Angeles während der Olympiade in der Galerie des „Otis Art Institute of Parsons School of Design" zu besichtigen sind.

Wer die in gleißendes Licht getauchten Galerieräume am Wilshire Boulevard betritt und sich von den schwarzweißen Bleistiftzeichnungen sofort ein besseres Verständnis für Wilsons Opern-Spektakel erhofft, wird freilich zunächst enttäuscht sein. Es ist die Reduktion auf das Wesentliche, die hier geschieht und die zum Nachdenken auffordert.

Die Ausstellung, ursprünglich als Ergänzung zur „Sechs-Nationen-Schau" konzipiert, kann und will nicht das Gefühl geben, „CIVIL warS" in die Galerie zu reproduzieren, wie Museumsdirektor Al Nodal unterstreicht. Und so bleibt letztlich ein Panorama voller Rätsel und geheimnisvoller Objekte. Aber es fasziniert dennoch – und belehrt.

UTZ LEDERBOGEN



Hang zu großen Träumen: Der Regisseur Robert Wilson
FOTO: CLAUS HAMPEL

Die Neue Nationalgalerie in Berlin zeigt Christos „Surrounded Islands"

Eine Nachtigall für den Reichstag

Als Christo (Javacheff) im Mai vergangenen Jahres zehn kleine Inseln in dem Naturschutzgebiet Bis*cayne Bay in Greater Miami, Florida,* mit roafarbenem Polypropylenstoff umgab, der als breite Kontur der Eilander auf dem Wasser schwamm – da *wurden* die Augen vieler Betrachter feucht. Selbst Kunsthistoriker und Museumsleute legten den todernsten Jargon ihres Metiers beiseite und gerieten ins reine naive Schwärmen. „Traumhaft schön" nennt Professor Dieter Honisch, Direktor der Nationalgalerie, das „Surrounded Islands"-Projekt und fühlt sich gar an „Monets Seerosen" erinnert. Und der Vorsitzende des Freundesvereins, Peter Raue, sprach vorab schon schriftlich von einer „wunderbaren Harmonie", die „das strahlende Pink des Stoffes... mit der tropischen Vegetation dieser unbewohnten Inseln, dem Licht und der Farbe des Wassers „ergeben habe".

„Surrounded Islands" ist die zweite Komplett-Ausstellung, die die Freunde der Nationalgalerie ihrem Mutterinstitut spendieren. Eine Premiere: Die Schau geht später nach Norwegen, Hamburg, Frankreich, in die Niederlande und nach England.

Wie alles, was Christo und seine Teams unternehmen, ist auch diese Schau in der Großen National-Galerie-Halle perfekt. Weil ausdrücklich zu sämtlichen Projekten untrennbar *die Vorgeschichte dazugehört,* findet man all die Briefwechsel, die nötig waren, bis nach Jahren die Erlaubnis auf dem Tisch lag.

Und natürlich sieht man Kostproben des also wunderbaren rosa Stoffgewebes, das mit phänomenaler Genauigkeit vorgefertigt und ausgelegt wurde. Da sind sogar originale Verankerungen und Bojen. Ein tolles Modell des Archipels ist vorhanden. Und dazu kommen Projekt-Zeichnungen, *wie sie Christo bei jedem seiner* Vorhaben zur Eigenfinanzierung verkauft. Denn auf staatliche Subventionsgeber ist er nicht angewiesen.

Eine Ausstellung, die aber auch etwas von einem Reliquientempel hat. Nur das unterscheidet ihn von herkömmlichen Reliquiaren: Die Her*kunft der Belege ist absolut gesichert.* Ja, der Heilige und sein Apostel sind lebendig unter uns. Vom Namen des Meisters mal ganz zu schweigen.

Nun ist diese Ausstellung nicht um ihrer selbst willen so glänzend ausgerechnet in Berlin zu sehen. Sie dient ausdrücklich als Nachtigall, die für Christos *Reichstagsverpackung* werben soll. Da sind noch längst nicht alle Widerstände aus dem Weg. Und vermutlich bedarf es wiederum eines pingeligen Überzeugungsspickzettels *für Christos Mitarbeiter*, um doch noch ans Ziel zu kommen. Immerhin verdichtet sich der Optimismus der zahlreichen Gläubigen, zur 750-*Jahre-Jubilarfeier zwei Wochen lang* den Reichstag einhüllen zu können.

Natürlich ist das schönste Vorspiel nichts, wenn auf den geplanten Clou verzichtet werden muß. Christo und die Seinen rühren schon rund 13 Jahre für das Berliner Projekt die Trommel. Ich fürchte nun allerdings, daß die Story, die 100 000 Gespräche mit Politikern, Mäzenen, Möchtegernen und Könnteschons, mit Fachleuten und Freunden, nicht zuletzt die prima Skizzen schon ein solches Gewicht haben, daß die tatsächliche Realisierung zwar den hartnäckigen Machern ihren Sieges-Triumph brächte. Ge*blieben ist sowieso die historisch-symbolische* Mißverständlichkeit. Der reine Kunstwert wäre nach dieser langen Geburt aber womöglich geschmälert. Wie beim Stot*tern:* Man weiß schon längst, was gesagt werden soll, nur muß man noch warten, bis die Sache endlich heraus ist. (Bis 2. 9., Katalog 24 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

Unter der Lupe: der Kunsthunger der Deutschen

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Der typische Museumsbesucher in Deutschland – mit welchen Erwartungen betritt er die Musentempel, welche Gewohnheiten pflegt er und welche Vorbildung hilft ihm beim Gang durch die Hallen? Antworten auf diese Fragen gibt jetzt erstmals eine bundesweite soziologische Studie des Karlsruher Professors Hans-Joachim Klein. Der Wissenschaftler *erarbeitete zusammen mit dem Berli*ner „Institut für Museumskunde" eine ausführliche Analyse, die sich auf Umfragen in 28 deutschen Museen unterschiedlichster Themenrichtung und Größe stützt.

Gleich die Frage „Lernort oder Musentempel?" brachte für den Soziologen die größte Überraschung: „Die Bildungsorientierung ist selbst in den ausgewählten Museumsstädten wie Berlin, Frankfurt oder Karlsruhe weniger deutlich als erwartet", sagt Klein. Von 8612 Einzel- und 1357 Gruppenbesuchern, die bereitwillig Fragebogen ausfüllten, gaben nur 45 Prozent an, der Besuch diene ihrer Bildung. 27 Prozent erklärten, der Unterhaltungs- und Freizeitwert des Rundgangs sei für sie ausschlaggebend. Weitere 28 Prozent sahen sowohl Bildungs- als auch Vergnügungsansprüche bei einem Kulturgang als ihre wichtigsten Erwartungen an.

Spontane Entscheidung

Nach der Untersuchung des Karlsruher Professors entscheidet sich jeder zweite Besucher heute, ein Museum spontan zu besichtigen. Spontan – das bedeutet, so Klein, „wenn er vor der Pforte steht und sich sagt: Da könnte ich ja mal reingehen". Der erste Besuch eines Museums fällt zumeist wesentlich kürzer aus als Nachfolgevisiten an gleicher Stätte. Nur durchschnittlich 49 Prozent der Erstbesucher haben länger als eine Stunde Zeit für Picasso oder Prähistorisches, 34 Prozent der Erstbesucher verweilen höchstens 60 Minuten, 17 Prozent sogar nur unter einer halben Stunde. Klein: „Verbesserungen des Führungs- und Informationssystems in deutschen Museen scheinen angeraten zu sein."

Fast alle Besucher, so fand der Soziologieprofessor heraus, gaben bei der Befragung offen zu, daß ihre Vorkenntnisse für den Besuch der Kunststätte „außerordentlich bescheiden" seien. Gerade die jüngeren Besucher, dem „dominierenden Besuchertyp seit 1975", hielten bei der Umfrage mit fehlendem Wissen nicht hinter dem Berg.

Amüsement gefragt

Das in nahezu allen Fällen mit einem Museumsbesuch verbundene Anliegen, „eine persönliche Bereicherung in lockerer, amüsanter Weise zu erfahren" (Klein), lockte im vergangenen *Jahr 52,4 Millionen* Besucher in 1560 Museen, die sich an der statistischen Befragung des Berliner „Instituts für Museumskunde" beteiligten. Diese Besucherzahl liegt auf fast demselben Niveau des Vorjahres.

Die „Museums-Hitliste" führt wie im Vorjahr das Deutsche Museum in München an, das 1983 1,171 Millionen Besucher registrierte. Rang zwei der Beliebtheitsskala hält Schloß Neuschwanstein im Bayerischen mit 1,060 Millionen Gästen. Die Internationale Flugzeugschau Frankfurt lockte 1983 1,045 Millionen Besucher an, den vierten Platz hält mit 924 000 Besuchern die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau.

Den größten Besucherschwund verzeichnete im Vorjahr die Neue Pinakothek in München, die im Vergleich zu 1982 (580 000) nur von 377 000 Kunsthungrigen bevölkert wurde. Den größten Zugewinn an Attraktivität vermeldete 1983 das Germanische Nationalmuseum in München: Hier stieg die Besucherzahl um 88 Prozent von 232 000 auf 435 00 Gäste.



Verrücktheit als Lebenselixier – das macht den Charme dieser Stadt aus, die als „Hauptstadt der Minderheiten" für Amerikaner, je nach Standpunkt, immer attraktiver oder auch unheimlicher wird. Für Kulturpessimisten hat dieses Treiben längst etwas mit dem „Tanz auf dem Vulkan" zu tun. San Francisco ist die erdbebengefährdetste Stadt dieser Welt. FOTOS: DIETRICH/GROHE

San Francisco – die „irre" Stadt am Pazifik wird dem Rest Amerikas fremd

H.-J. STUECK, **San Francisco**

Was soll man von einer Stadt halten, in der ein Punk Rocker namens Jello Biafra und ein stadtbekannter Transvestit in Nonnentracht mit Mini-Rock gute Chancen haben, in den Stadtrat gewählt zu werden? Diese Frage stellen sich Millionen Amerikaner während des Parteikonvents der oppositionellen Demokratischen Partei in San Francisco, der die phantastisch schöne wie exzentrische Stadt am Goldenen Tor in den Mittelpunkt des Interesses gerückt hat.

Was soll man von einer Stadt halten, gehen die Fragen weiter, in der ganze Stadtteile fest in homosexueller Hand sind, in der es doppelt soviel Kneipen wie anderswo und trotz ihrer vielbesungenen Lebensqualität bedeutend mehr Selbstmörder als in gleichgroßen US-Metropolen gibt? Allein von der Golden-Gate-Bridge sprangen schon 776 Lebensmüde in die Tiefe.

Die Fragen deuten es an – für den Durchschnittsamerikaner im Mittelwesten und selbst für die Ostküsten-Amerikaner in New York, wo's selbstverständlich auch Transvestiten, Homosexuelle und Selbstmörder gibt, ist San Francisco fast Ausland, in jedem Fall eine völlig andere Welt.

Die Berichterstattung in den US-Medien, die natürlich alles Groteske und Fremdartige in den Vordergrund stellen, wirkt in der Tat fast wie eine Auslandsreportage. Das geht soweit, daß zum Beispiel zahlreiche Zeitungen den Parteidelegierten kalifornische und speziell San Franciscoer Benimm-Regeln mit auf den Weg geben, die ein wenig an die Bayernfibeln für „Preußen" und „Nordlichter" erinnern.

So schärften die „New York Times" und das vielgelesene US-Nachrichtenmagazin „U.S. News and World Report" ihren Lesern ein, daß es unter traditionsbewußten San Franciscoern an Blasphemie grenzt, ihre Stadt „Frisco" zu nennen, die saloppe Kurzform des Stadtnamens, der in ganz USA gebräuchlich ist.

In San Francisco, so liest man weiter, hat man keine Freunde, sondern „Kontakte", fährt man nicht im Bus, sondern im „Muni" (Kurzform für Municipal gleich städtisch), und entspannt sich nicht auf einem Sofa oder einer Couch, sondern wie zu Goldgräber-Zeiten „on a Chesterfield".

Nichts ist den Bewohnern San Franciscos und des restlichen Kaliforniens fremder als die „Hektik der Yankees". Und läßt sich so ein Yankee mit einer Lokalschönen ein, setzt er sich schnell dem verächtlichen Kürzel-Schimpfwort „ggg.uuu." aus, was soviel bedeutet wie „geographisch unerwünscht" zu sein. Wer erst einmal so genannt wird, hat im Sonnenstaat ausgespielt.

„Kalifornien", so Sprachforscher Frederi Cassidy von der Universität von Wisconsin, „ist ein Sonderfall in Amerika. Da gibt es keinen Zweifel. Vielleicht haben der ewige Sonnenschein und der Jugendkult etwas damit zu tun."

Und in dieser (ohnehin schon) Neuen Welt ist die Stadt am Goldenen Tor wiederum eine Welt für sich, die um nichts in der Welt mit Los Angeles (L.A.) in einen Topf geworfen werden will: Nichts – außer „Frisco" – ärgert denn ihre Bewohner mehr als die Bezeichnung „Kook Capital", zu deutsch etwa Exzentriker-Kapitale – eine Anspielung auf die vielen irren Typen in der Stadt. Die wirklichen Exzentriker, so wird man indigniert belehrt, leben alle in L.A ...

Wenn man dann noch weiß, so die „New York Times", daß San Francisco in ganz Nordkalifornien schlicht und einfach „die City" heißt, kann eigentlich nichts Gravierendes mehr schiefgehen. SAD

Drei Sowjets auf dem Weg zur Raumstation

rtr, **Moskau**

In der Sowjetunion ist am Dienstag abend ein Sojus-T-12-Raumschiff mit einer Kosmonautin und zwei weiteren Besatzungsmitgliedern an Bord gestartet. Das Raumschiff solle an der Raumstation Saljut-7 anlegen, in der sich seit über fünf Monaten drei Kosmonauten aufhalten, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass. Nicht bekannt ist, ob die Sojus-Besatzung die Mannschaft der Raumstation ablösen soll. Die 35jährige Flugingenieurin Swetlana Sawitskaja hatte ebenso wie Kommandant Wladimir Dzanibekow die Raumstation schon bei früheren Missionen besucht. Der Pilot Igor Volk hält sich dagegen zum ersten Mal im All auf. Während der gegenwärtigen Saljut-Mission wurde die Station schon viermal durch unbemannte Raumschiffe mit Proviant und Treibstoff versorgt. Im April hatte bereits eine Sojus mit einem Inder an Bord dort vorangelegt.

Suche nach Atlantis

rtr, **Moskau**

Zwei sowjetische Forschungsschiffe werden im Atlantik den Meeresboden jenseits der „Säulen des Herakles", westlich Gibraltar, unter die Lupe nehmen, wo Wissenschaftler das legendäre Atlantis vermuten. Die Forschungsschiffe sind mit Mini-U-Booten ausgerüstet.

Höchststrafe für Mörder

dpa, **Darmstadt**

Zu lebenslanger Haft wegen Mordes an einer 18jährigen Frau hat die Schwurgerichtskammer des Darmstädter Landgerichts den 31jährigen Heinrich Norbert Krall aus Heppenheim (Kreis Bergstraße) verurteilt. Die Richter hielten den Maschinenführer für schuldig, die junge Frau am 27. Dezember 1983 nach einer versuchten Vergewaltigung grausam zu Tode geschleift zu haben.

Tod in Schweden

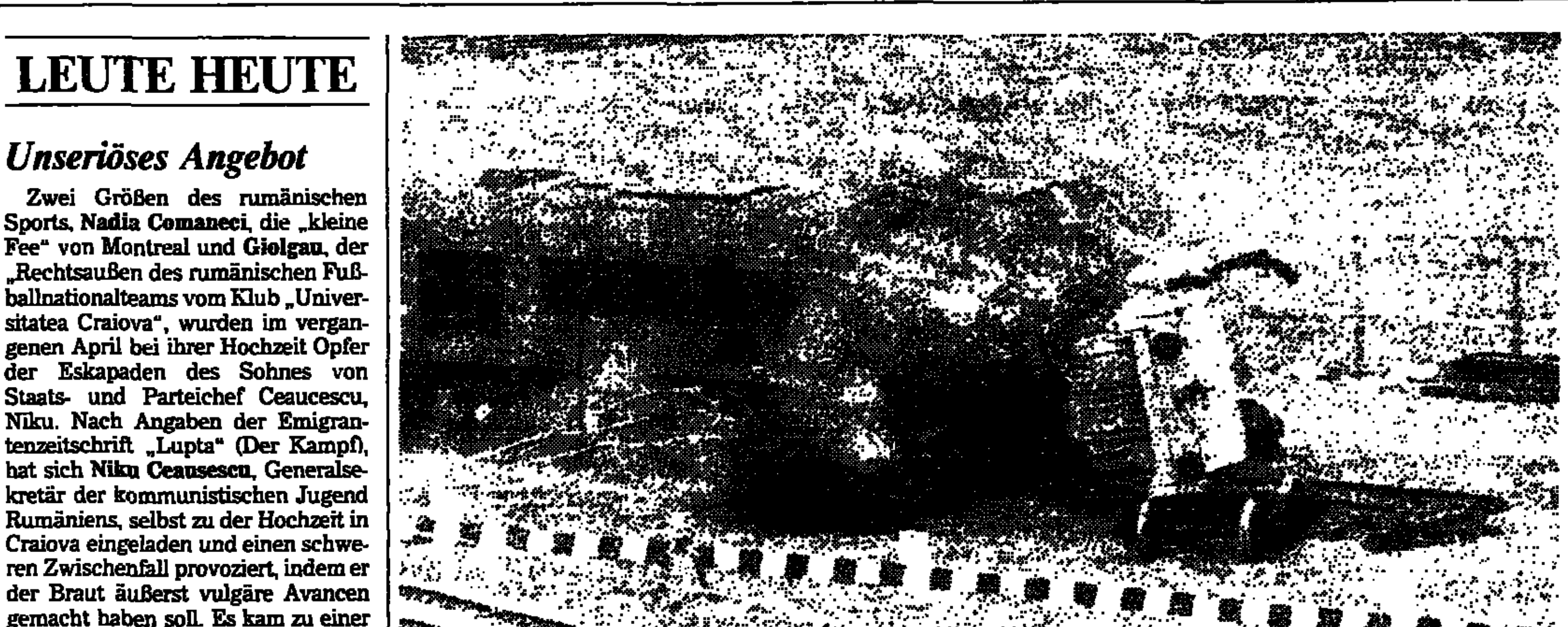
AP, **Stockholm**

In einem Waldgebiet nördlich der südschwedischen Stadt Kristianstad haben Pilzesucher Dienstag abend die Leichen eines Mannes und einer Frau entdeckt. Die Toten lagen in einem Fiat Kombi mit westdeutschem Nummernschild. Als wahrscheinliche Todesursache gab die Polizei Selbstmord an.

LEUTE HEUTE

Unseriöses Angebot

Zwei Größen des rumänischen Sports, **Nadia Comaneci**, die „kleine Fee" von Montreal und **Giolgau**, der „Rechtsaußen des rumänischen Fußballnationalteams vom Klub „Universitatea Craiova", wurden im vergangenen April bei ihrer Hochzeit Opfer der Eskapaden des Sohnes von Staats- und Parteichef Ceaucescu, Niku. Nach Angaben der Emigrantenzeitschrift „Lupta" (Der Kampf), hat sich **Niku Ceausescu**, Generalsekretär der kommunistischen Jugend Rumäniens, selbst zu der Hochzeit in Craiova eingeladen und einen schweren Zwischenfall provoziert, indem er der Braut äußerst vulgäre Avancen gemacht haben soll. Es kam zu einer Schlägerei zwischen den Fußballspielern der Mannschaft Craiova und den Leibwächtern des Präsidentensohnes. Dabei wurden einige Spieler erheblich verletzt. Kurz danach wurde Nadias Rücktritt bekanntgegeben. Um den Skandal nicht publik werden zu lassen, wurde für die Turnerin ein glanzvolles Abschiedsfest organisiert, an dem sogar der Präsident des IOC, **Juan Antonio Samaranch**, teilnahm. Offenbar war die Mannschaft von „Craiova" tatsächlich angeschlagen. Die Presse fand die Erklärung für ihre schwachen Leistungen darin, daß „auf Grund einer plötzlichen kollektiven Erkrankung der Spieler" nur Ersatzspieler eingesetzt werden konnten.



Mit 160 km/h donnerte die Diesellok auf einen 48 Tonnen schweren Stahlbehälter. Ergebnis: Die Lok war schrottreif – der Container aber unversehrt. Das Ganze diente als Beweis für die Verkehrsicherheit von Atommüll-Transporten. FOTO: AP

Atommüll-Container überstand Superknall

dpa, **London**

Mit einer spektakulären und extrem teuren Aktion hat die britische Energiewirtschaft gestern versucht, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß ihre Sicherheitsvorkehrungen beim Transport von Atommüll hundertprozentig funktionieren. Sie ließ vor Zuschauern eine Diesel-Lokomotive und drei Waggons mit einer Geschwindigkeit von rund 160 km/h auf einen Stahlbehälter von 48 Tonnen rasen, der mit simuliertem radioaktivem Abfall gefüllt war. Das Ergebnis faßte ein Sprecher der Veranstalter anschließend in dem Satz zusammen: „Der Druck wurde aufrechterhalten, der Behälter ist intakt, und es gab weniger Schaden, als wir befürchtet hatten."

Das Experiment kostete umgerechnet sechs Millionen Mark und wurde „live" während der Mittagsnachrichten des BBC-Fernsehens übertragen. Der Aufprall wurde von 300 *Journalisten und mehr als 1000* demonstrierenden Atomgegnern auf einem unbenutzten Bahngelände in Melton Mowbray (Grafschaft Leicestershire) beobachtet. Die Demonstranten waren dennoch mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Die Polizei nahm mehrere von ihnen fest.

„Dallas" und „Denver" ziehen die deutschen Damen an

dpa, **Hamburg**

Die Frauen von „Dallas" und „Denver" sind auch in Deutschland modische Leitbilder geworden. In den feinen Geschäften an der Alster in Hamburg oder der Düsseldorfer „Kö" wird immer unverhohlener der Wunsch laut nach einem Kleid, wie es Sue Ellen Ewing, Alexis oder Krystle Carrington tragen. Lange Zeit hat die Modebranche beklagt, daß nur noch die Straße die Mode bestimme. Mit den amerikanischen Fernsehserien „Dallas" und „Denver Clan" ist das wieder anders geworden, sind Glanz *und Luxus neu in deutsche Wohn*zimmer eingezogen. Die Ölprinzessinnen und ihr Anhang, ob intrigant oder lieb und damenhaft, ob sportlich oder Vamp – immer sind die Herrschaften gepflegt und ansprechend angezogen.

Dabei übertreffen die Carringtons in Geschmack und Luxus die Ewings, denen zuweilen etws Hausbackenes anhaftet. Nicht umsonst, *darf doch „Denver"-Kostümbildner* Nolan Miller pro Folge 15 000 Dollar für Bekleidung auf den Kopf hauen. Man sieht es. An den üppigen Pelzkostümen Alexis', durchgestylt von den hochhackigen Pumps bis zu den Hüten, an Krystles Hosenanzügen, den großen Abendroben, der seidenen Spitzen-Nachtwäsche ist nicht gespart worden. Alles maßvoll und in Maßen – sexy.

Immer schmeicheln die Kleider den weiblichen Körperlinien, immer sind die Anzüge der Männer korrekt und maskulin. Doch nie ist etwas gewagt. Ein neuer Modestil wurde nicht geschaffen. Die Eleganz bleibt im Gefälligen stecken. Aber eben das gefällt. Schließlich wollen die meisten Frauen eine Mode, die sie schöner macht.

Im Zeitalter der Vermarktung *konnte der „Denver"-Boom* nicht lange links liegen bleiben. Unter dem Markenzeichnen „Dynasty", wie die Serie in den USA heißt, hat die „20th Century Licensing Corp.", eine Tochter der produzierenden Filmgesellschaft, jetzt Lizenzen zur Konfektionierung der Traumgarderobe der Carringtons vergeben. Eine Kollektion von 25 Teilen Homewear und Nachtwäsche ist bereits von der SLC Fashion Corporation in New York vorgestellt worden. Geordert werden können auch die Gesellschaftsanzüge der Herren der (Carrington)-Schöpfung. Und zum Herbst bietet der New Yorker Modegigant Leslie Faye Alexis' und Krystles Kleider an.

So dürfte sich demnächst also auch in Deutschland für so manche Frau ein Traum erfüllen: Einmal den steinreichen Carringtons zu gleichen – wenigstens äußerlich.

Neues Widerrufsrecht

dpa, **Berlin**

Der Abschluß einer Lebensversicherung kann jetzt innerhalb von zehn Tagen wieder rückgängig gemacht werden. Wie das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen gestern in Berlin mitteilte, kann mit der neuen Regelung ein Versicherungsnehmer noch einmal in Ruhe überlegen, bevor er sich für lange Jahre finanziell verpflichte.

Der Rhein „brennt"

dpa, **Koblenz**

Am 11. August „brennt" wieder der Rhein: Auf einer Strecke von 17 Kilometern zwischen der Gemeinde Spay und der Stadt Koblenz werden rund 70 Fahrgastschiffe an beleuchteten Burgen, Schlössern, Berghängen und Häuserfronten vorbei den Rhein entlangfahren. Feuerwerke illuminieren zusätzlich die malerischen Rheinorte. 500 000 Besucher werden erwartet.

Priester verurteilt

dpa, **Mainz**

Zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren und neun Monaten ist der ehemalige Leiter des Mainzer Domchors, Heinrich Hain (50), wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Schutzbefohlenen sowie Homosexualität mit Minderjährigen verurteilt worden. Das Landgericht Mainz hielt den Priester nach dem Urteil der sittlichen Verfehlungen an neun Domchorknaben und einem anderen Jungen für schuldig. Vor drei Wochen war wegen gleicher Straftaten ein 35jähriger Mainzer Domkantor zu einer Freiheitsstrafe von ebenfalls sieben Jahren *und neun Monaten* verurteilt worden.

Teurer Fehlschuß

AP, **Djakarta**

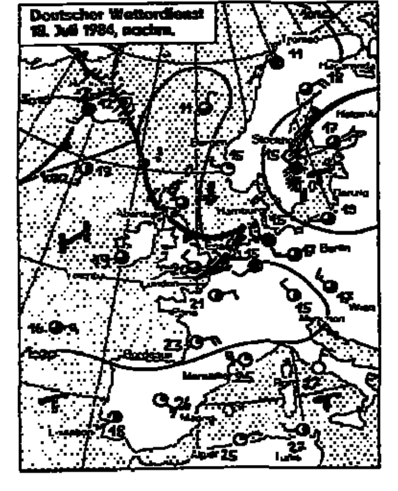
Indonesien hat von den Versicherungsgesellschaften eine Entschädigung von 65 Millionen Dollar für den Nachrichtensatelliten „Palaba B-2" erhalten, der im Februar vom amerikanischen Raumschiff „Challenger" aus auf eine falsche Umlaufbahn geschossen worden war. Der Restbetrag in Höhe von 75 394 000 Dollar wird bis zum Wochenende ausbezahlt.

ZU GUTER LETZT

Hundesteuer auch für Schweinehunde?, fragte eine Frau aus Duisburg beim Finanzamt an. „Im Prinzip muß auch für Windhunde Steuern gezahlt werden", lautete die Antwort für die Frau, die wissen wollte, ob sie ihren Mann, einen Windhund, für die Hundesteuer anmelden müsse. Eine andere Frau hatte ein ähnliches Problem: Sie fand ihren Gatten offenbar zu zahm und beantragte für den „armen Hund" Steuerbefreiung. Auch ein bislang steuerfrei gehaltener „innerer Schweinehund" wurde dieser Tage angemeldet, wußte dpa zu berichten.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: An der Ostflanke eines ostatlantischen Hochs läßt die Zufuhr kühler und wolkenreicher Meeresluft von der Nordsee her nach Mitteleuropa nur allmählich nach.



Vorhersage für Donnerstag:
Nur im Südwesten und in Schleswig-Holstein größere Bewölkungsauflockerungen. Im übrigen Bundesgebiet meist starke Bewölkung und vereinzelt geringer Regen. Temperaturen am Tage zwischen 15 und 19 Grad. Tiefstwerte in der Nacht bei elf Grad. Schwacher, an der Küste mäßiger Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten:
Niederschlagsneigung allmählich weiter abnehmend, wechselnd wolkig und nur zögernde Erwärmung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	17°	Kairo	28°
Bonn	16°	Kopenh.	18°
Dresden	14°	Las Palmas	31°
Essen	15°	London	20°
Frankfurt	17°	Madrid	26°
Hamburg	15°	Mailand	23°
List/Sylt	15°	Mallorca	27°
München	15°	Moskau	26°
Stuttgart	16°	Nizza	24°
Algier	25°	Oslo	20°
Amsterdam	18°	Paris	21°
Athen	20°	Prag	14°
Barcelona	24°	Rom	27°
Brüssel	18°	Stockholm	15°
Budapest	19°	Tel Aviv	26°
Bukarest	20°	Tunis	27°
Helsinki	17°	Wien	17°
Istanbul	27°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.15 Uhr, Untergang: 21.33 Uhr; **Mondaufgang:** 0.15 Uhr, Untergang: 13.08 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Rundschlag aus dem Schweizer Exil

Der italienische Thronprätendent verärgert die monarchistischen Kreise seines Landes

K. RÜHLE, **Rom**

Der Krach im italienischen Monarchistenlager (siehe WELT Nr.125 v. 29.5.) nimmt immer heftigere Formen an. Prinz Viktor Emanuel polemisiert von seinem Schweizer Exil aus gegen den sogenannten „Hofstaat" seines Vaters, des verstorbenen Exkönigs Umberto. Die Männer, die zum engsten Kreis des letzten Königs von Italien zählten und ihm auch nach der Abdankung die Treue hielten, werden jetzt vom Thronprätendenten als „Geschäftemacher im Schatten des Thrones" bezeichnet und aus ihren Ehrenämtern verjagt.

Zielscheibe Nummer eins ist dabei Oberst Francesco Scoppola (62), *lange Jahre hindurch getreuer* Paladin Exkönigs Umbertos, gleichzeitig Sekretär und freundschaftlicher Ratgeber des Monarchen. Zusammen mit Falcone Lucifero, der 39 Jahre lang Minister und Sprecher des Hauses Savoyen war, ist Oberst Scoppola von Viktor Emanuel mit Schimpf und Schande abgehalftert worden.

Freilich ist Scoppola ihm die Antwort nicht schuldig geblieben. „Ich war nie ein Höfling im Sinne der vom Prinzen angewandten Worte, aber ich verzichte darauf, ihn zu verklagen," erklärt Oberst Scoppola mit südländischem Stolz. „Moralisch gesehen ist Viktor Emanuel schon längst von mir verklagt und verurteilt worden." Scoppola will den Rechtsweg nicht beschreiten, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden und keinen Schatten auf das Ansehen Umbertos von Savoyen fallen zu lassen. Er hat dabei die volle Unterstützung der „alten Garde" unter den italienischen Monarchisten und ins besondere auch des Herzogs Amadeus von Aosta, Oberhaupt einer Nebenlinie des Haues Savoyen.

Der Herzog, Besitzer eines berühmten Weinguts in der Toskana, genießt im Gegensatz zu Prinz Viktor Emanuel großes Ansehen in der italienischen Öffentlichkeit und erfreut sich allgemeiner Achtung und Beliebtheit in allen Monarchistenkreisen des Landes. Über ihn weiß Oberst Scoppola zu berichten, daß er sehr oft den Exkönig in dessen Exilresidenz von Cascais in Portugal besuchte und bis zur letzten Stunde nicht vom Sterbebett des Monarchen wich. Umbertos Sohn Viktor Emanuel sei dagegen fast nie in Cascais erschienen. Wenn der Prinz jetzt das Andenken seines Vaters durch die Beschimpfung der Getreuesten beschmutze, könne man das nur als gemein und schamlos bezeichnen.

Die jüngsten Attacken des Thronprätendenten gegen die bisherige Monarchistenführung hat die Atmosphäre in den savoyentreuen Kreisen Italiens weiter vergiftet. Das dürfte sich negativ auf den bevorstehenden Kongreß der „italienischen Monarchistenunion" auswirken. Er beginnt am 29. Juli in Rom und soll nach dem *Willen Viktor Emanuels den neuen* Führungsstab anstelle des von ihm abgesetzten Generalstabs wählen.

Ein Teil der örtlichen Leitstellen hat auf die Einladung überhaupt nicht reagiert. Darunter so wichtige Zentren wie Turin, Aosta, Genua, Triest. Diese wollen im Oktober einen Gegenkongreß einberufen, der nicht geneigt sein dürfte, nach der Pfeife Viktor Emanuels zu tanzen.